

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnement: 3.50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungsliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeleitete Kolonettelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Druckersprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 13. September 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die amtliche Streikstatistik für das zweite Quartal 1899.

II.

Wie wir schon am Eingang unseres vorigen Artikels*) betonten, bleibt der Eindruck, den die Öffentlichkeit aus der Publizierung der sogenannten vorläufigen Zusammenstellung der Streikfälle erhält, in erster Linie hassen. Daß vielleicht in einem Jahre die falschen Ergebnisse mehr oder weniger berichtigt werden, das hindert keinen einzigen Gegner der Arbeiterbewegung, aus der jetzigen Veröffentlichung Kapital zu schlagen. Und das liegt ja auch ungemein nahe, wenn man mit der Zahl der Streikenden die Zahl der Kontraktbrüchigen vergleicht.

Bei 34 509 Streikenden werden 8888 Kontraktbrüche aufgezählt; das sind zwar nicht mehr wie im ersten Quartal fast die Hälfte aller Streikenden, aber immer noch gut 25,75 Prozent. Mit dieser Ziffer wird im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung operiert, sie steht sich allmählich in der öffentlichen Meinung fest. Kann man sich dabei doch auf die Autorität einer Behörde berufen! Hier ist nun der Punkt, wo wir genötigt sind, auch die oberste Leitung des statistischen Amtes einer zwar nicht gewollten, aber thatsächlichen Freiführung der öffentlichen Meinung anzufügen. Das statistische Amt müßte doch eigentlich wissen, daß die Streikstatistik, so wie sie nach der vorläufigen Zusammenstellung erscheint, unrichtig ist. Wenn sie ohne weiteres neben die Zahl der Streikenden, die ungenau angegeben ist, die Zahl der Kontraktbrüchigen setzt, so wird ohne Zweifel das Bild zu Ungunsten der Arbeiter verändert, d. h. die Zahl der Kontraktbrüchigen ist im Verhältnis zur Zahl der Streikenden zu hoch angelegt. Man wendet vielleicht ein, daß der nämliche Fehler, der bei der Zahl der Streikenden vorhanden sei, auch für die Zahl der Kontraktbrüchigen zutrefte. Dieser Einwand ist hinfällig. Hier zeigt sich so recht die Schattenseite der von vornherein gerügten Polizeistatistik. Die Polizeibehörden interessieren ein Streik, der ganzen Natur ihres Berufes nach, nur dann, wenn sie dabei etwas zu thun haben, d. h. wenn Ausschreitungen oder Unregelmäßigkeiten vorkommen. Um Streiks, bei denen die Polizei nicht mitzutun hat, kümmert sie sich gar nicht oder nicht ohne Not.

Nun kommen aber in der Praxis sehr viele Streiks, namentlich kleineren Umfanges, vor, wo man die Polizei gar nicht braucht. Infolgedessen erfährt die Polizei auch nichts von ihnen und kann daher nichts melden. Wohl aber erfährt sie jeden Streik, bei dem Kontraktbruch, Ausschreitungen, Postenstreik u. dgl. vorkommen. Darüber wird dann genau Buch geführt und berichtet. Die Folge dieser Ermittlungsmethode ist, daß wir wohl alle Ausstände mit Kontraktbruch in unserer amtlichen Zusammenstellung finden, nicht aber alle Streiks, wo Kontraktbruch nicht vorkam. Bei großen Streiks endlich scheint die Berichterstattungskunst der Polizeibehörden überhaupt zu versagen; denn wie könnten sonst die Angaben gerade über eine Reihe der größten Streiks fehlen!

Wir sagen also, daß infolge der eigentümlichen Ermittlungsmethode die Streikstatistik ein für die Arbeiter durchaus nachteiliges Gepräge erhält und daß auch die das Material verarbeitende Behörde sich diesem Eindruck nicht länger verschließen dürfte. Wäre die Zahl der Streikenden vollständig angegeben, so hätten wir fürs zweite Quartal etwa eine Summe von 46 500 statt 34 500, wie sie nach der amtlichen Zusammenstellung lautet. Dagegen sehe man nun die rund 9000 Kontraktbrüchigen. Zieht man den Vergleich mit der amtlichen falschen Angabe der Streikenden, so sind 25,75 Proz. der Streiker kontraktbrüchig, setzt man dagegen die annähernd richtige Summe in Gegenrechnung, so waren von den Streikenden noch nicht 20 Proz. kontraktbrüchig.

Das ist unseres Erachtens schon ein wesentlicher Unterschied. Dieser Unterschied vergrößert sich aber noch, wenn wir eingedenk sind, mit welcher Leichtigkeit und in welchem Umfange von den Berichtsbehörden Kontraktbruch festgestellt wird. Da wir in dieser Richtung schon die amtliche Streikstatistik des ersten Quartals ausführlich gewürdigt haben, so seien hier aus dem Schatze des zweiten Quartals nur ein paar ganz prägnante Fälle herausgehoben.

Nach der amtlichen Statistik sollen bei dem Weberstreik in Reichensbach in Schlesien nicht weniger als alle Streikenden, das sind 997, kontraktbrüchig gewesen sein. Formell mag ja Kontraktbruch vorliegen. Aber thatsächlich liegt der Sachverhalt so, daß die Arbeiter zunächst nur in zwei Fabriken streikten, die Arbeitgeber sich aber alsbald solidarisch erklärten und die gesamte Arbeiterschaft ausvertraten, woraus dann allerdings die Arbeiter schon vor Ablauf der Afindung feierten. Bei dem Bergarbeiterstreik in Kleinrosseln und Spittelklingen (Lothringen) sollen nicht weniger als 3000 Arbeiter kontraktbrüchig gewesen sein! Nun, über diesen Streik und seine Berechtigung hat selbst die Unternehmerpresse ein für die Haltung der Arbeiter durchaus günstiges Urteil verlauten lassen. Das „Leipz. Tageblatt“, das gewiß mit der Arbeiterbewegung nicht sympathisiert, ließ sich über diesen Ausstand folgendes schreiben:

„Der Ausstand ist auf den in Kleinrosseln gelegenen Gruben der Firma Les petits-Fils François de Wendel zuerst aus-

gebrochen und zwar aus Gründen, deren Berechtigung sofort von der gesamten Bevölkerung anerkannt wurde. Sie bedingten die Sympathie für die streikenden Bergarbeiter, die eine Gleichstellung mit den Knappen in den fiskalischen Gruben zu erzwingen gedachten. Auch die Behörden, welche im ersten Schreie mit 50 Gendarmen aus dem Kreise Forbach und Saarbrücken erschienen, haben sehr bald die Polizei verschwinden lassen, da sie eine in u s t e r h a f t e ruhige Arbeiterschaft vor sich sahen. Die Gendarmen selbst erteilten den Arbeitern wegen ihres Verhaltens uneingeschränktes Lob. Die Bürger der Stadt Forbach lassen sogar eine Petition cirkulieren, die sich schnell mit Namen aus allen Ständen bedeckt. In der Schrift, die an die Grubenbesitzer gerichtet ist, heißt es u. a.: „Wir stehen einmütig auf Seiten der Vergleite und erziehen die Firma Wendel, nicht durch rücksichtsloses Auftreten die Arbeitermassen zu verbittern.“

So präsentieren sich die 3000 kontraktbrüchigen Streiker aus Lothringen. Man sieht den Wert solcher Angaben über Kontraktbruch! Selbst die Gegner finden ihn in den beiden vorgeführten Fällen durchaus berechtigt, soweit er formell zu konstruieren ist. Bringt man aber nur diese beiden Fälle allein in Abzug, so vermindert sich die schreckliche Zahl von 8888 Kontraktbrüchigen in ihrer moralischen Wichtigkeit um annähernd 4000, sodasß kaum etwas mehr als die Hälfte bleibt.

Freilich, die Gegner der Arbeiterbewegung und vielleicht auch Graf Posadowsky werden sich bei der weiteren Verteidigung der Zuchthausvorlage „unentwegt“ an die unrichtigen und für die Arbeiter nachteiligen Ziffern der Polizeistatistik halten und auf ihrem sandigen Grunde ihre Angriffe auf die deutschen Arbeiter weiterhin aufbauen. Deswegen müssen wir alles aufbieten, um für die Streikstatistik ein besseres Ermittlungsverfahren zu erlangen. Die Unzulänglichkeit des jetzigen ist nach dieser zweiten Leistung evident.

Obwohl es kaum möglich ist, die amtlichen Ziffern zum Vergleich heranzuziehen, so wollen wir doch unter dem Vorbehalt aller Reserve die Endziffern für das erste Halbjahr 1899, die sich für Deutschland auf beendete Ausstände beziehen, mit der Zahl der Streiks in Frankreich und England in folgender Tabelle zusammenhalten.

Streiks im ersten Semester 1899.

Gewerbe	Deutschland		Frankreich		England	
	Zahl	Beteiligte	Zahl	Beteiligte	Zahl	Beteiligte
Bergbau und Hütten	15	4 514	14	12 621	89	18 303
Steine u. Erden	47	2 900	40	7 967		
Metalle u. Maschinen	78	3 343	48	15 509	60	10 048
Textilindustrie	47	6 645	56	5 805	46	9 396
Holz u. Schnitzstoffe	56	1 798	23	2 539	7	344
Nahrungsmittel	28	1 413	8	1 215		
Bekleidung	31	3 155	9	453	12	664
Baugewerbe	187	17 113	21	3 365	120	25 719
Uebr. Gewerbe*)	46	2 402	44	4 053	47	8 007
	583	43 882	263	53 587	331	72 841

Auf jeden Vergleich mit der Streikbewegung im Ausland verzichten wir angesichts der Unvollständigkeit der deutschen Angaben. Indessen sei zum Schluß zur weiteren Kennzeichnung der deutschen Streikstatistik noch darauf hingewiesen, daß sowohl England wie Frankreich um die Mitte eines jeden Monats die Streiks des vorhergehenden Monats amtlich bekannt geben, und daß die Resultate der amtlichen Statistik des Auslandes, obwohl ihre Veröffentlichung viel beschleunigter erfolgt, im Gegensatz zur deutschen Streikstatistik, die erst 2 1/2 Monate nach dem Quartalschluß die Ausstände des vorhergehenden Quartals veröffentlicht, wahre Muster von Vollständigkeit und Zuverlässigkeit darstellen.

Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 12. September.

Die von Jagow.

In einzelnen Kreisblättern finden sich jetzt neben den amtlichen Anzeigen stramm oppositionelle Artikel, und zwar nicht nur in den Organen, die das Revier eines gemäßigten Beamten erleuchten, sondern auch in den amtlichen Blättern unbeteiligter Kreise.

So widmet das in Perleberg erscheinende „Kreisblatt für die Westprignitz“ dem gemäßigten Regierungspräsidenten von Posen, v. Jagow, einen Nachruf, in dem es heißt:

„Zu allgemeinen tiefsten Bedauern geht damit der Staat zur Zeit der hervorragenden und überall erfolgreichen Arbeitskraft eines seiner ersten und besten Beamten verlustig. Wir aber bedauern, daß der Mann, der als Abgeordneter unseres linkselbischen Nachbarreiches auch unsere grundberechtigten Niederungsinteressen vertrat, wegen seiner Ueberzeugungstreue persönliche Widerwärtigkeiten über sich ergehen lassen muß.“

Die Männer, die in dieser Zeit **kinlofer Gegenseite** ohne Seitenblicke ihre Ueberzeugung vertragen, mögen der unumschränkten Hochachtung aller gradans denkenden Menschen gewiß sein; insbesondere aber gilt dies von unserer Seite dem Vertreter unseres stammverwandten Nachbarreiches Herrn von Jagow.“

*) Unter „Uebrige Gewerbe“ befinden sich auch bei England die Streiks im Nahrungsmittelgewerbe.

Es ist auffällig, daß das Kreisblatt von Perleberg gerade dem doch weit entfernten Regierungspräsidenten von Posen einen Nachruf widmet; daß er zufällig einen benachbarten Wahlkreis vertrat, ist auch keine genügende Erklärung des sonderbaren Interesses, das Perleberg dem Posener Beamten widmet. Aber das Rätsel löst sich, wenn man einen Blick in das Handbuch des preussischen Staats wirft und dort als Perleberger Landrat auch einen derer — von Jagow sieht. Der Nachruf des Perleberger Kreisblatts stellt sich demnach als eine Art Familienanzeige dar. Und gegen so viel Familiensinn will die törichte Regierung ankämpfen! Ein Herr v. Jagow sieht als Kurbrandenburgischer Erbjaegermeister auf Rüsselstädt, dann haben wir einen Kammerherrn auf Migen aus derselben Familie, nicht nur in Perleberg, sondern auch in Osterburg ist ein v. Jagow Landrat, und die Verbindung der Beamten mit dem Agerartum wird durch den Rittergutsbesitzer v. Jagow auf Kalberwisch hergestellt, der in allerlei Ausschüssen sitzt. Ein v. Jagow ist schließlich auch Postchefssekretär in Rom.

Damit sind natürlich die Familienbeziehungen längst nicht erschöpft. Aber diese eine Aufzählung genügt, um einen Begriff davon zu geben, welche Macht die großen adeligen Familien repräsentieren. Das ist nicht nur ein Staat im Staate, das ist der Staat selbst. —

Die Affaire.

Die Bedeutung des gestern gemeldeten Besuchs die Mitglieder des Kriegsgerichts, Dreyfus die Strafe der Degradation zu erlassen, ist noch unklar. Das Gesuch ist unweilentlich, wenn es nur befragt, mit einer Degradation sei es genug, die erste habe fortwährende Wirkung. Sollte aber, was allerdings nicht anzunehmen ist, das Gesuch bedeuten, daß Dreyfus seinen Rang als Offizier halten soll, so wäre das ein Unternehmen der Kriegsrichter, das ebenso wie die Jubilation „mildernde Umstände“ das Bewusstsein der Unschuld beweist.

Das Revisionsverfahren geht inzwischen seinen Gang. Ein besonders gewichtiger Revisionsgrund wird von mehreren Pariser Blättern beigebracht. Das Gesetz vom 28. Januar 1874 bestimmt in Art. 46 und 47, daß die schuldig Befundenen, die zu Zwangsarbeit, zu Festung oder Kerker verurteilt werden, nach der Abhängigkeit ihrer Strafe unter Polizei-Aufsicht gestellt werden. Art. 47 fügt hinzu: Das Urteil kann die Dauer dieser Ueberwachung beschränken oder sie aufheben. Enthält das Urteil keine Bestimmung über Aufhebung oder Beschränkung der Ueberwachung, so ist das Urteil ungueltig. Nun ist Dreyfus zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, und von Rechts wegen bleibt er der Polizei-Aufsicht nach Abhängigkeit seiner Strafe unterstellt. Das Urteil enthält aber keine Bestimmung über Aufhebung noch Beschränkung der polizeilichen Ueberwachung, es erzußt auch nicht, daß das Kriegsgericht hierüber beraten hat. Diese Veräumnis muß die Richtigkeitserklärung des Urteils zur Folge haben. Labori und Demange werden entsprechende Anträge stellen. Vor dem Revisionsrat von 1894 hatte die Verteidigung Dreyfus' auf Anträge verzichtet, mit der Erklärung, sie vertraue auf die Gerechtigkeit des Revisionsrats.

Die „Frankf. Jg.“ meldet aus Paris, daß Mathieu Dreyfus namens seiner Familie bei einem ihrer Söhne wohlwollenden Mitglied der Regierung vorstellig wurde. Dreyfus selbst lehnte es ab, Bagnadigung zu erbiten, dagegen hatten seine Brüder und seine Frau in den letzten Tagen einen so schlimmen Eindruck von dem forperlichen Befinden des Verurteilten, daß sie, für sein Leben höchst besorgt, einen eigenen Schritt zu unternehmen beschloßen, um seine Freilassung zu erlangen, ohne den Fortgang der Revision zu hemmen.

Sola.

Sola veröffentlicht in der „Aurore“ einen Artikel, überschrieben „Der fünfte Akt“.

Es heißt darin: Es ist immer mein Entschluß gewesen, daß der überführende Beweis der Wahrheit in der Dreyfus-Angellegenheit aus Deutschland kommen werde. Die Stunde ist jetzt nicht dazu angethan, um Stillstehenden über die hierdurch mögliche Gefahr wachen zu lassen. Biesch ist die Ansicht verbreitet, man müsse den Tag erwarten, an dem Deutschland unter einem Donner Schlag den letzten Akt der Angelegenheit vollzieht.

Vor meinem Prozeß im Januar 1898 erfuhr ich auf das bestimmteste, daß Esterhazy der Verräter sei, daß er an Schwarzglocken eine große Anzahl Schriftstücke ausgeliefert habe, daß viele dieser Schriftstücke von seiner Hand waren, und daß die vollständige Sammlung derselben sich im Kriegsministerium in Berlin befände. Als ich die Wahrnehmung machte, daß das Kriegsgericht in Rennes Dreyfus wiederum verurteilen werde, sagte ich zu Labori, er solle Schwarzglocken als Zeugen vernehmen lassen. Der Präsident des Kriegsgerichts weigerte sich, dies zu thun, und so muß die Regierung sich diese Dokumente auf diplomatischem Wege von Deutschland verschaffen. Abdam wird eine neue Revision notwendig werden. Wenn die Regierung aber hier vor zurücktreten sollte, so wird die Verteidigung der Wahrheit und Gerechtigkeit das notwendige thun. Nicht einer von uns wird seinen Posten verlassen.

Am 28. November werden wir wieder in Versailles versammelt sein. Mein Prozeß wird, da man es will, wieder beginnen. Wenn bis dahin die Gerechtigkeit nicht zu ihrem Recht gelangt ist, werden wir ihr dazu verhelfen. Labori wird abdam sein Waldogter halten; ich werde ihn nicht zum Stillstehenden auffordern, er wird nur die Wahrheit zu sagen haben, ohne Besorgnis, daß er mir schadet, denn ich bin bereit, die Wahrheit mit der Freiheit und dem Blute zu bezahlen. Vor dem Kassationshof der Seine habe ich die Unschuld Dreyfus' beschworen, ich bekräftige sie vor der ganzen Welt und ich versichere nochmals, die Wahrheit ist auf dem Wege und nichts wird sie aufhalten. In Rennes hat sie einen Riesenschritt vorwärts getan.

Ich fürchte nur, daß die Wahrheit, wie ein Blitzstrahl als rächende Nemesis das Vaterland verwüßend, sich Bahn brechen wird,

wenn wir uns nicht selbst beissen, sie unter dem heißen Himmel Frankreichs wieder erstahlen zu lassen. —

Zu den Blättern, die den Justizmord verteidigen, gehört auch das Berliner Centrumsorgan, die „Germania“. Sie schreibt: „Das Schicksal einer einzelnen Person kommt nicht in Betracht, wenn es sich um das Wohl der ganzen Gesellschaft handelt, und selbst den unwahrscheinlichen Fall vorausgesetzt, daß Dreyfus das Opfer eines entsetzlichen Irrtums geworden sein sollte, geht es nicht an, mit seiner Person die ganze Zukunft von Frankreich zu verknüpfen.“

Diese Selbsterhaltung des Berliner Centrumsorgans mit dem jehuitischen Generalstab Frankreichs ist sehr charakteristisch. Im Interesse der schwarzen Internationale darf die „Germania“ nicht zugeben, daß Dreyfus unschuldig ist, und auch nicht, daß es sich nicht um eine einzelne Person sondern um die Heiligkeit des Rechts handelt, das die „Germania“ dem Wohl der ganzen Gesellschaft, will sagen: der alleinseligmachenden Kirche unterzuordnen wünscht.

Die aufgeregte Volkst-Bezeugung gegen die Pariser Welt- und Presse ruft die schlimmsten Erscheinungen hervor. Die deutsche Regierung scheint verunsichert nicht gewillt, sich durch diese Woge beeinflussen zu lassen.

Der „Hamburger Korrespondent“ schreibt offiziell: „Man kann es verstehen, wenn derartige Pläne aufstauen, aber immerhin muß man den Beteiligten doch empfehlen, den Schritt wohl zu überlegen und sich nicht in der Erregung zu Entschlüssen verleiten zu lassen, über deren Zweckmäßigkeit man zum mindesten sehr geteilter Meinung sein kann. Es ist ja bekannt, daß es gerade die Rationalisten sind, die ein Herüberbleiben Deutschlands mit Freuden begrüßen würden, und die einen etwaigen Beschluß, offiziell die Ausstellung zu meiden, wiederum dahin deuten würden, daß Deutschland direkt an Dreyfus und seinem Schicksal interessiert sei.“

Deutsches Reich.

Eine Zusammenkunft des Jaren mit dem Kaiser in Potsdam soll sehr nahe bevorstehen. Das Kaiser Alexander-Garde-Regiment, dessen Chef der Zar ist, wurde plötzlich aus dem Marsch abgerufen. Auch Graf Murawiew, der russische Minister des Reichs, wird erwartet.

Vielleicht wollen sich die hohen Herren über den Ausgang der Haager Friedenskonferenz mit einander besprechen. —

Abkürzung der Kaisermandate. Die Kaisermandate sind ganz plötzlich abgelehrt worden. Der Kaiser soll aus politischen Gründen den Wunsch hegen, früher nach Berlin zurückzukehren. —

Zu einem parlamentarischen Landrats-Streit rät die „Deutsche Tageszeitung“. Alle noch im Amt befindlichen Abgeordneten sollten ihr Mandat niederlegen. Es wäre doch eindrucksvoller, wenn sie den Dienst quittierten. —

Dem Beamtenwechsel. Offiziell wird geschrieben: Neben der Neubefugung einzelner erledigter Oberpräsidenten sind in den letzten Tagen Nachrichten verbreitet worden. Diese beruhen lediglich auf Reportercombinationen. — Miquel soll erkrankt sein.

Aus der Verleppzeit.

Das Parteivertreten verdirbt den Charakter. Bisweilen geraten ganz wohlwollende Leute in ein Ministerium, sind sie aber einmal darin, so gehen sie an dem Geist des Ortes stets zu Grunde. Wir wollen nicht behaupten, daß Herr v. Verlepp etwa viel an sozial-politischer Einsicht zu verlieren gehabt hätte, als er das preussische Handelsministerium übernahm. Als er es aber los wurde, beschloß er sich etlicher sozial-reformerischer Bemühungen, die ihn sogar bei den Scharfmachern in den Ruf eines Umstürzlers brachten. Andererseits hat man von dem bürgerlich-reformerischen Seite wiederholt Vorhaltungen wegen unersetzlicher Leistungen auch gegen die nachmittliche Verlepperei gemacht. Nun, wir konnten unmöglich an das aufrichtige Wohlwollen eines Mannes glauben, der als Minister den Kurs der Justizhausvorlage steuerte. Jetzt wird ein weiteres Zeugnis bekannt, das beweist, wie Herr v. Verlepp auch den elementarsten Grundsätzen jeder arbeiterfreundlichen Politik als Minister widerstrebt. Die Düsseldorf-Niederheinische Volkszeitung veröffentlicht den folgenden ministeriellen Erlaß:

Ministerium für Handel u. Gewerbe Berlin, 22./I. 98. B. 219.

Die sozialdemokratische Partei hat, um ihren Einfluß auf die Arbeiterbevölkerung zu stärken und in Vöthigung ihrer Behauptung, daß sie allein berufen und im Stande sei, die Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten, in vielen Städten durch ihre Gewerkschaften oder Gewerkschaftskartells „Gewerbe-Kommissionen“ eingerichtet und diesen die Aufgabe gestellt, Mißstände des gewerblichen Lebens, insbesondere Mängel einzelner gewerblichen Anlagen an die Öffentlichkeit zu bringen. Dieses Verfahren soll den einzelnen Arbeiter, dem angeblich allemal sofortige Entlassung droht, wenn er die Mitteilung von Ungehörigkeiten verlangt, vor der Rache der Unternehmer schützen und zugleich die öffentliche Meinung über die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise aufklären. Die unter sozialdemokratischer Parteileitung stehenden Gewerbe-Kommissionen haben an verschiedenen Orten den Versuch gemacht, mit den Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Verbindung zu treten und sich als ein gleichsam amtlich anzuerkennendes Mittel und Bindeglied zwischen den einzelnen Arbeiter und den Gewerbe-Aufsichtsbeamten einzuschleichen.

Ein vor kurzem zu meiner Kenntnis gelangter Vorfall giebt mir Veranlassung, auf die Gefahren hinzuweisen, die für die Stellung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten aus einem amtlichen Verkehr mit Gewerbe-Kommissionen erwachsen können, die, statt sich auf eine sachliche und lokale Vertretung der Arbeiterinteressen zu beschränken, die Aufhebung und Beseitigung vorhandener Mißstände hauptsächlich zu dem Zweck betreiben, um ihre Partei-Interessen zu fördern, die Arbeiter zu verheizen und in weiten Kreisen Mißstimmung zu erregen. Die Beamten werden beschworen über Mißstände in den ihrer Aufsicht unterstellten gewerblichen Anlagen auch dann nicht unbeachtet lassen dürfen, wenn sie durch die Vermittlung der sozialdemokratischen Organe zu ihrer Kenntnis gelangen. Sie werden unter allen Umständen durch Untersuchung an Ort und Stelle die Begründetheit derartiger Beschwerden zu prüfen und das nach dem Ergebnis ihrer Prüfung etwa Erforderliche zu veranlassen haben.

Dagegen werden sie sich davor hüten müssen, daß es den bez. Gewerbe-Kommissionen gelingt, sich als amtlich anerkannte Vermittler zwischen sie und die einzelnen Arbeiter zu schieben und sich dadurch den Arbeitern als eine Art Aufsichtsinstitut über den staatlichen Gewerbe-Aufsichtsdienst darzustellen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Gewerbe-Kommissionen die auf ihre Eingaben an die Gewerbe-Aufsichtsbeamten ihnen zugegangenen schriftlichen Bescheide entstellend veröffentlichen, sie im sozialdemokratischen Parteinteresse ausbeuten und dazu benutzen, das Ansehen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten in den Augen der Arbeiter zu schädigen.

Ein Gewerbe-Aufsichtsbeamter, der sich unbefugterweise herbeigelassen hat, den Einladungen zu den Sitzungen einer solchen Gewerbe-Kommission zu folgen, hat sich dort wegen seiner Dienstführung verantworten und Befehlungen über die Grenzen seiner Befugnisse entgegennehmen sollen.

Es bedarf keiner weiteren Aufklärung, daß eine Anerkennung solcher Gewerbe-Kommissionen durch die Staatsbehörden, wie sie beispielsweise darin liegen würde, wenn die Gewerbe-Aufsichtsbeamten auf den persönlichen

Verkehr mit den einzelnen Arbeitern verzichtet und die Gewerbe-Kommissionen als zur Anbringung aller Beschwerden legitimiert anerkennen und mit ihnen amtlich verkehren würden, nicht nur eine Verneinung des Einflusses der sozialdemokratischen Partei, sondern auch die Untergrabung der Stellung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zur Folge haben muß.

Das königliche Reg.-Präsidium wolle hiernach die Gewerbe-Aufsichtsbeamten Ihres Verwaltungs-Bereichs gest. entsprechend befehlen und sie insbesondere anweisen, jeden amtlichen Verkehr, insbesondere auch alle Korrespondenz mit den bezeichneten Gewerbe-Kommissionen zu vermeiden und darauf hinzuwirken, daß die einzelnen Arbeiter ihre Beschwerden persönlich bei ihnen anbringen.

Das Ministerium für Handel und Gewerbe: Reichs-Reg.-Präsidium 1/2 98 I. III. B. 974. Besonders genaue Befolgung des Schlußsatzes. J. B. Veicher.

Wel eifriger könnte auch Verlepps Nachfolger, der heiligste Anwalt der Justizhausvorlage, nicht den Aufsichtsbeamten den Herzlegen die zuverlässigste Gelegenheit, sich über die Arbeiterverhältnisse richtig aufzuklären, nicht zu verpassen. Ein Mann, der seinen Namen unter solch ein Schriftstück gesetzt hat, beansprucht jetzt als Sozialpolitiker Vertrauen seitens der Arbeiter! Kann wirklich jemand glauben, daß ein so beschaffener Reaktionsär ernsthaft gewillt hat, mit Sozialdemokraten in einem internationalen Arbeiterkongress-Komitee zusammen zu arbeiten? —

Vom Judenfesttag.

Am Montag wurde der antisemitische Parteitag in Hamburg geschlossen. Ciesle-Berlin sprach über die „Judenfrage am Ende des 19. Jahrhunderts“. Er wies nicht den Ausschlag des alten Testaments aus dem Schulunterricht und erklärte mit Besiegung auf die jüdischen Bestrebungen, es sei nicht zu dulden, daß die Alliance israélite sonderlich und „einen Wesandten am deutschen Kaiserhofe unterhält“. Im 20. Jahrhundert werde die Judenfrage zur Weltfrage werden und „endgiltig als solche von den anderen Völkern gemeinsam und endgiltig durch völlige Absonderung und (wenn die Notwehr es gebietet) schließliche Vernichtung des Judenvolkes gelöst werden.“

Sehr stürmisch ward die Debatte über einen Antrag Raab, die Parteileitung zwei Vorsitzenden und den Reichstags-Abgeordneten der deutschen sozialen Reformpartei zu übertragen. Von den beiden Parteivorsitzenden soll wenigstens einer dem Reichstag angehören. Himmermann-Dresden erklärte, daß er im Falle der Annahme des Antrages Raab den Vorsitz niederlegen müsse. Ciesle meinte, der Antrag Raab bedeute eine Absehung des Parteitag zu Gunsten der Fraktion. Liebermann v. Sonnenberg war mit dem Antrag Raab einverstanden.

Der Antrag Raab wurde schließlich mit 76 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Ein Delegierter schimpfte besonders auf den alten Erz-bauer Abraham.

Bei den Konservativen wurde mit Entrüstung die Wirkung des Judengotts konstatiert.

Eine Resolution gegen Dreyfus und für den französischen Generalstab scheint nicht angenommen worden zu sein. —

Zur Kiautschou-Fahrt Siebers spricht die katholische „Märkische Volkszeitung“ den Wunsch aus, daß er rechtzeitig zur zweiten Beratung der Justizhausvorlage zurück sein möge. Das klingt verdächtig. Ist die Reise nach China eine — Pflicht vor der Justizhausvorlage, der gegenüber Sieber sich fest engagiert hat? —

Die „Kreuz-Zeitung“ ist neuerdings nicht nur für den konstitutionalismus heftig begeistert, sondern sie, die seit ihrer blühenden Glanzzeit stets für Staatsrecht und Verfassungsbruch eingetreten ist, schwärmt in fast beängstigender Weise für Recht, Gesetz und Verfassung.

Die „Kreuz-Zeitung“ nennt unseren Vorschlag, die alte Ver-ordnung vom 30. Mai 1849, die verfassungswidrig durch eine königliche Zwangsverordnung das rechtmäßig geltende Wahlrecht aufhob und uns das Elend des Dreiklassen-Wahlrechts bescherte, endlich zu beseitigen, die Empfehlung eines „unzweifelhaft dolosen Verfassungsbruchs“. Sie schreibt:

Es ist zuzugeden, daß die Rechtsgültigkeit der Verordnung vom 30. Mai 1849, durch welche an die Stelle des gleichen Wahlrechts das Dreiklassen-Wahlrecht gesetzt worden ist, mehrfach beanstandet worden ist. Aber selbst wenn diese Beanstandungen gerechtfertigt wären, so wäre der jener Verordnung anhaftende Mangel dadurch beseitigt worden, daß ein Teil ihres Inhalts in die Verfassungsurkunde (Art. 71) aufgenommen und daß sie in Art. 118 ausdrücklich bestätigt worden ist. Das Dreiklassen-Wahlrecht bildet somit einen Bestandteil der Verfassung, und ein Versuch der Regierung, es durch einseitige Aufhebung der Verordnung vom 30. Mai 1849 aufzuheben, würde ein Verfassungsbruch schlimmster Art sein.“

Die „Kreuz-Zeitung“, die erst kürzlich nach dem Muster des italienischen Staatsrecht-Doktors „heroische“ Mittel empfahl, gegen den Verfassungsbruch predigen zu hören, ist ein Spohr für sich. Wir begreifen auch, daß sie eine unige Liebe zu dem alten kontre-revolutionären Rechtsbruch empfindet, einmal weil das Junkertum nur durch ihn seine Macht behaupten konnte, dann weil jener Staats-recht in erster Linie das Wert ihrer Leute gewesen ist, das Wert jener „Kreuz-Zeitung“-Hamarilla, die den kranken Geist des Königs durch die Verpöbelung ungeheuerlicher Gefahren völlig verwirrte und ihn für alle reaktionären Gewaltthaten gefügig machte.

Wir halten nach wie vor die Beseitigung eines Rechts-bruchs so wenig für einen Rechtsbruch, wie es uns als ein neuer Justizmord erscheint, wenn ein unschuldig Verurteilter freigesprochen wird. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ meint, jene, zwar nicht rechtsgültige Verordnung werde durch die Aufnahme in die Verfassung legitimiert, so ist dagegen zu bemerken, daß diese Verfassung ja selbst aufrechtzuerhalten ist und dann rechtmäßig und nicht fähig ist, eine rechtswidrige Einzelbestimmung zum Recht zu erheben.

Es ist in der That der einzige verfassungsmäßige und zweck-dienliche Weg, auf dem die Regierung nicht nur zum Mittelstand-kanal, sondern auch zur Erlösung aus dem Junkerbann gelangen kann, wenn sie unserem Ratsschlag folgt.

Freilich, die Regierung wünscht schwerlich, Gesichte zu waschen. —

Die „Berliner Zeitung“ ist in tobender Wut, daß die Social-demokratie ihr nicht den Gefallen erweist, sich zu spalten. Die Debatten in unserer Partei während der jüngsten Zeit mochten bei den bürgerlichen „Perls“-ächtigen Liberalen seltsame Hoffnungen erwecken auf Zugang von links her zur Hebung ihres politischen Richtigtums. Aber die Socialdemokratie lebt nicht den bürgerlichen Pseudodemokraten zuliebe. Wenn das Blatt seinen herben Schmerz nur in bössartigen Niedrigkeiten auszutoben weiß, so wird es denjenigen unter unseren Parteigenossen unangenehm, die es mit seiner Zuneigung verunehrt. —

Militärbonfett und Mandier. Es kam zuweilen auch vor-kommen, daß sich Militärverbote direkt gegen die militärischen Interessen richteten; indessen weiß auch dann die Militärbehörde sich zu helfen. Ein derartiger Fall kam aus Wenigenjena gleich Jena berichtet werden. Dort ist der Gasthof zur „Grünen Tanne“ (das Lokal ist dadurch historisch, daß in demselben Goethe den „Erkönig“ gedichtet hat) seit geraumer Zeit schon mit dem Militärverbot belegt, weil der Saal dieses Gasthofs auch den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zur Benutzung frei steht. Der Gasthof hat dadurch weder an seinem Renommee noch an seiner Rentabilität Einbuße erlitten. Als dieser Tage Wenigenjena mit einer größeren Einquartierung bedacht wurde, zeigte es sich nach den aufgestellten Berechnungen schon von vorn-herin, daß für die Verde nicht genügende Unterkunft vorhanden war. Kurz entschlossen hob die Militärbehörde den Vorbot für die Stallungen und Restaurationslokalitäten auf die Dauer der Ein-

quartierung auf und zwang den Gastwirt, etwa 20 Pferde zu be-herbergen. Der Saal blieb nach wie vor bespottet. End die Lage der Einquartierung vorbei, dann wird auch das Militärverbot wieder im vollen Umfange in Kraft treten. Das nennt man Konsequenz und — Befehlsheftigkeit. —

Politische Pornographie, Inquasi-kristallerei, trieb fort-gesetzt die Post. Der Geist ihres nach Kiautschou geschickten Hinz geht immer noch in ihrer Redaktion um. Sie behauptet lieber-voll die bloßfischen Schmutzereien des Korbmachers Fischer, obwohl sie eingestandenenermaßen an seine Verleumdungen nicht glaubt; sie hat vor einigen Tagen die dumme, inhaltslose Substanz des Herrn Köster ihrer höchsten Beachtung gewürdigt — der Verfasser wird leider ge-richtlich verfolgt, weil er sich seinen Familienpflichten entzogen hat — und sie steht sich anständig mit Hilfe der „Enthaltungen“ über die finsternen Mächte der sozialdemokratischen Führer von Schenderlein die Socialdemokratie „in der Nähe“ an. Die „Post“ hat nun einmal eine Vorliebe fürs Anrüchige, und es erhöht in Ihren Augen nur den Kredit ihrer Gewährsmänner, wenn sie um abentäurige Handlungen öffentlich demüht waren. Dieser Schender-lein wurde ja aus der Partei ausgeschlossen, weil er vier Jahre wegen Unterdrückung abgehört hatte und einen unbefohlenen Parteigenossen fälschlich wegen Unterdrückung denunziert hatte. Die „Post“ mag also getrost auf das Zeugnis ihres Herz-bänders Schenderlein für die Arbeiterführer „als eine Notte arbeitsfahener Subjekte“, als die „Wutsauger am Arbeiterhande“ bezeugen. Sie mag ihren Beson und Selbstgehen — es sind die „vornehmsten“ Kapitale und Geburtsgrößen, die das Blatt aus-halten — erzählen, daß „Leute, welche Gut und Blut für die Arbeiter eingesetzt haben, von hinterlistigen Parteigrößen, welche ein Unterkommen an der Gewerkschaftsfronte wünschen, auf die Straße speziert werden.“ Sie mag von den Spiegeln und Deminganten erzählen, die sich jeder Vertrauensmann hält, die ihren lauberen Chef bei Ausgängen begleiten, um ihm jederzeit unter die Arme greifen zu können.“ Sie mag berichten, daß die Streikführer „auf seltsame und selbige in ihre eigene Tasche sammeln“, und daß „Parteigrößen“ einflussreiche Parteigelder für sich zu verwenden pflegen, und das nie-mand dabei etwas findet. (Schenderlein reibt aus eigener Er-fahrung!) Ja, sie mag sogar den Schenderlein einen „ehelichen Mann“ heißen, der angewidert die Partei verließ, er, der nicht eine-mal Verdragen opponieren durfte, und sie mag ihn als Rothfelle für die Justizhausvorlage in Anspruch nehmen. All das wahn-sinnig-gemeine Geschwätz eines ungläubigen Patrons mag sie nach-reiben.

Vor einem aber sollte sich die Redaktion der „Post“ doch aus Klugheit hüten: sie sollte ihre Fischer, Köster und Schenderlein nicht allzu sehr rühmen. Denn es könnte leicht geschehen, daß Herr v. Stamm die Redaktion insgesamt auf die Straße speziert, und daß die Fischer, Köster und Schenderlein einsieht, die ja aus erster Hand, statt aus zweiter, die Socialdemokratie zu bekämpfen im Stande sind, und die ja außerdem die gewöhnliche Ware erheblich billiger liefern werden als die bisherigen Doktores. —

Verurteilung durch Entlassungsscheine! Zu diesem interessanten Kapitel wird jetzt aus dem Gebiet der sächsischen Sandstein-Industrie (Elbthal) ein charakteristischer Beitrag geliefert. Es handelt sich dabei um folgenden Fall. Zwei Spitz-maurer, die in dem sächsischen Steinbruch arbeiteten, ver-langen eine kleine Lohnhöhung, die ihnen rundweg ab-gelehnt wurde. Darauf machten die beiden Arbeiter am nächsten Lohntag „Feierabend“, da ihnen eben der Lohn zu niedrig war. Sie belamen sofort Arbeit in einem andern Steinbruch, und hatten schon 14 Tage zur größten Zufriedenheit des Unternehmers dort gearbeitet, als ihnen derselbe erklärte, sie müsse die beiden vorläufig entlassen. Er würde sie erst dann wieder einstellen, wenn sie solche Entlassungsscheine von ihrem letzten Arbeitgeber beibrächten, welche die Worte „ordnungs-mäßig entlassen“ enthielten. Da die Arbeiter so „ordnungs-mäßig“ wie nur irgend möglich die Arbeit niedergelegt hatten, so gingen sie zu Schmidt, und verlangten derartige vorläufige Entlassungsscheine, die ihnen rundweg verweigert wurden. Bei näherer Erörterung über diese Angelegenheit stellte sich nun heraus, daß sich die Steinbruchunternehmer in ihrer Organisation bei konventioneller Strafe verpflichtet haben, nur solche Arbeiter einzustellen, deren Entlassungs-schein die schon erwähnten Worte ganz harmlos zwei Worte: „ordnungsmäßig entlassen“ enthält. Was für einen Zweck diese Abmachung hat, ist ja klar, geht aber ganz zweifellos aus dem unehelichen Vorgehen gegen die zwei Arbeiter hervor. Nirgends mehr Arbeit sollen sie bekommen, weil sie so dreist waren, für ihre Arbeit eine etwas bessere Be-zahlung zu verlangen! Das ist grenzenloser Terrorismus, un-ver-schämte Behinderung an freiwilliger Arbeit. Offenlich nimmt man sich diesen Fall an maßgebender Stelle zur Begründung der Justizhausvorlage zur Notiz.

Reichsständischer Diktaturgeist im liberalen Baden. Man schreibt uns aus Baden: Neben die Willkürigkeit der Folge-behörden des liberalen Ministeriales gegenüber den Summungen des Püttlamerischen Diktaturregimentes, sobald es sich um die Ent-rechtung und Wundtötung der sozialistischen Arbeiter-schaft handelt, ist an dieser Stelle schon viel geschrieben worden. Am letzten Sonntag sagte die badische Polizei dieser ihres staats-erhaltenden Ruhmeschronik ein neues Blatt ein. Unsere Strahburger Parteigenossen, die man in ihrer Heimat seit Jahren rechtlos gemacht hat, waren herübergekommen nach dem badischen Dorfe Reumühl, ihrem letzten Zufluchtsort, um dort in einer Versammlung u. a. zu der Aufhebung ihres italienischen Fremdes Caranini Stellung zu nehmen, der Anall und Fall den Baden des Reichslandes hatte ver-lassen müssen aus dem einzigen Grunde, weil er, von einem ihm gesetzlich gewährtesten Rechte Gebrauch machend, an der Agitation gegen die drohende Justizhausvorlage thätigen Anteil genommen und durch die gesetzlich erlaubte Verteilung von Flugchriften sich bei der Polizeibehörde „lästig gemacht“ hatte. Als in der Versammlung einer der Redner dieses Vorgehen der reichsständischen Polizeigewalt ein barbarisches nannte, löste der überwachende badische Beamte, nachdem er vorher von einem neben ihm stehenden Strah-burger Kriminalbeamten auf seine „Pflicht“ aufmerksam gemacht worden war, die Versammlung auf Grund des badischen Vereins-gesetzes kurzerhand auf. Damit gesagt sein soll, daß die Thaten des Regimes Püttlamer Kulturwerke ersten Ranges sind! —

Beamtenpflicht.

Zur selben Zeit, da in Breuchen die Landräte gegen ihre Regierung muden, stellt das Organ der sächsischen Konser-vativen, das „Vaterland“, einen Lobes der Beamtenpflichten auf, der in seiner Offenherzigkeit lehrreich ist:

Wenn die Beamten bei der Verteidigung von Thron und Staat sich lau zeigen, und statt an der Spitze der Patrioten dafür zu kämpfen, thaflos zusehen, wie die Genossen sich organisieren und einen Wahlkreis nach dem andern überwälzigen, wer soll denn eigentlich, fragen wir, den Zu-sammenbruch der staats-treuen Bevölkerung veranlassen und ihre Leitung in die Hand nehmen? Den Geistlichen verbietet ihr Stand die Entfaltung einer thätigsten politischen Agitationsthatigkeit; die Gewerbetreibenden in Stadt und Land sind im Ringen um ihre Existenz so in Anspruch genommen, daß ihnen meist für weitere Thätigkeit Zeit und Kraft fehlt, viele hemmen überdies Geschäftsrücklagen. Rentner, Beamte und Offiziere außer Dienst, die von Haus aus den besten Willen besitzen, ihre Fähigkeit und Erfahrung im Parteikampf zu ver-bätigen, und die nötige Mühe dazu haben, scheuen sich, weil sie nicht nur irgendwelche Anerkennung nicht finden, sondern fürchten müssen, dafür scheinlich angesehen zu werden. Ein völliger Umsturz in diesen traurigen Verhältnissen würde dagegen eintreten, wenn die Beförderung der Staats-beamten nicht allein von ihrer rein geschäftlichen Thätig-keit, sondern von dem Eifer und der Geschäftlichkeit ab-

hängig gemacht würde, den sie in der Bekämpfung der Revolutionspartei entwickeln. Auf diesem Felde sollte sich die dienstliche Befähigung der Beamten mit in erster Linie zu beweisen haben, denn die Arbeit auf diesem Gebiete ist unserer Erachtens mindestens ebenso wichtig und verdient sich, als die in der Amtsstube.

In nicht geringem Grade werden diese Rückschlüsse des konservativen Organs schon längst befolgt. Daher rühmt ja das stetige Wachstum des Vertrauens der Bevölkerung gegenüber der Beamtenhierarchie. Wünschen die Konservativen auf diesen Pfaden fortzuwandeln — uns soll es recht sein.

Das „Vaterland“ weiß aber das System der Sozialistenbekämpfung durch die eidlich zur Unparteilichkeit verpflichteten Staatsorgane noch weiter auszubauen. Es verlangt: „Grundsätzlich dürften staatliche Lieferungen und Arbeiten an Kaufleute, Fabrikanten oder sonstige Gewerbetreibende nicht vergeben werden, die sich der Sozialdemokratie gegenüber indifferent verhalten. Und dieser Grundsatz müßte auch bei den Ausschreibungen der Städte und Gemeinden, ja selbst bei den Einkäufen der Beamten und Offiziere zur Durchführung gebracht werden.“

Auch hierauf gäbe es eine Antwort. Die Arbeiterkonsumenten unterstützen die vom Staat boykottierten Indifferenten und boykottieren die Werkzeuge des Parteistates.

Es ist übrigens interessant zu sehen, daß das konservative Zentralorgan den Staat und die Beamten zum Boykott nicht nur Andersgesinnter, sondern sogar der politisch Ruhigen feierlich auffordert, während sächsische Gerichte ohne Unterlaß den Boykott als groben Unfug aburteilen. —

Ausland.

Transvaal-Affäre.

Die von der britischen Regierung nach dem Kabinettraktat am letzten Freitag abgeordnete Deputation wurde Dienstag früh der Regierung der Südafrikanischen Republik ausgehändigt.

Die englischen Kriegskolonnen werden fortgesetzt. Der Dampfer „Greel“ landete in Lourenço Marques 589 Kisten Munition, der Dampfer „Dunolly Castle“ acht Kisten Munition und fünf Kisten Gewehre.

Aus Simla wird gemeldet: Der erste Truppentransport segelt mit den Feldlazaretten am 10. September von Bombay nach Südafrika ab. Die gesamte für Südafrika bestimmte Streitmacht wird sich gegen den 25. September einschiffen.

Die „Voss. Ztg.“ läßt sich aus London berichten: Es verlautet, der Regierung von Transvaal sei eine zehntägige Frist für die Beantwortung der Depesche Chamberlains gestellt worden. Die offizielle „St. James Gazette“ sagt, Transvaal sei kein souveräner Staat, deshalb gebühre ihm nicht die Behandlung, die der Bruch mit einer Großmacht erdulden würde. Weder eine Kriegserklärung noch das übliche Ultimatum sei erforderlich. Wenn die Boerenregierung die Feindseligkeiten beginnt, würde diesen begegnet werden, aber wenn Präsident Krüger die britischen Forderungen zurückweist, würden diese lediglich durch Waffengewalt geltend gemacht werden. Nicht einmal das Parlament würde einberufen, sondern für die Ausgaben des Feldzuges nur die Indemnität nachgeschickt werden, wenn es zu der ordentlichen Tagung zusammentrete. —

Schwereratsprozess in Serbien.

In der Montagmorgens-Sitzung wurde der Erzpriester Gjuritsch verhört, welcher zugiebt, an König Milan und die Regierung beleidigende Briefe geschrieben zu haben, weil er über König Milan wegen ihm bedrohender Äußerungen deselben aufgebracht war. Gjuritsch leugnet, den Umsturz der Dynastie bezweckt zu haben, beteuert seine Vaterlandsliebe und weist die Anschuldigung zurück.

Der Junge Radostowitsch sagt aus, Gjuritsch habe ihn im Jahre 1890 aufgefordert, eine andere Flagge zu hissen und habe ihm gesagt, man müsse Peter Karageorgewitsch zurückrufen. Gjuritsch erwidert, er habe derartige Worte nicht an ein Mitglied der fortschrittlichen Partei richten können. Radostowitsch beharrt auf seiner Aussage.

Rum wird Kreschobitsch als Angeklagter vernommen. Er ist ein schöner, kräftiger, junger Mann, mit hübnem Antlitz von großer Intelligenz, 28 Jahre alt, und erscheint in häuslicher Kleidung. Er wird beschuldigt, zwischen den totalen Führern und Monto Tojitsch und Karageorgewitsch die Korrespondenz besorgt zu haben. Er war mit einem türkischen und montenegrinischen Paß ausgerüstet. Kreschobitsch gesteht seine Mitwirkung beinahe selbstgefällig ein. Auf die Aufforderung des Präsidenten, Mitschuldige zu bezeichnen, zeigt er auf Tanschanowitsch, Protitsch, Duritsch und Nikolitsch.

Obers Nikolitsch fragt Kreschobitsch, wie er damals, als er ihn bei Objel gesehen haben wollte, den Bart getragen habe?

Kreschobitsch sagt, daß er am Kinn ausgerasiert war. Rum erfindet eine leidenschaftliche Bewegung. Nikolitsch und die andere Angeklagte rufen aus: „Niemand! Ich habe immer einen Vollbart getragen.“ (Lebhafte Bewegung.) Nikolitsch ruft Kreschobitsch zu: „Dennunquam!“ Unter ungeheurer Aufregung wird die Verhandlung geschlossen.

In der Dienstag-Sitzung wurde der Angeklagte Postbeamter Mavantsch verhört. Nach Verlesung eines Briefes von Karageorgewitsch an Mavantsch, in welchem der Schreiber seinem Mitgefühl für die Leiden des serbischen Volkes Ausdruck giebt, erklärt Mavantsch, er wäre der Vertrauensmann des Angeklagten. Markowitsch habe sich zur Abfassung von Broschüren und sogar zur Ermordung Milans bereit erklärt. Mavantsch leugnet jede Verbindung mit Karageorgewitsch. Ein Brief, welcher verlesen wurde, sei nur die Antwort auf seine Geldforderung zum Zwecke der Begründung eines Klattes zur Annäherung der mohammedanischen und der christlichen Serben. Mavantsch befreit, an einem Komplott zu Gunsten des Karageorgewitsch beteiligt gewesen zu sein. Man verliest die Aussage des Dr. Simonowitsch, welche den Bestand einer solchen Verschwörung, sowie die Teilnahme des Mavantsch behauptet. —

Frankreich.

Prozess gegen die Royalisten. Personen, die den Ministern nahesteht, versichern, wie der „Zef. Ztg.“ gemeldet wird, daß die Beweise für das Komplott vorhanden sind. Beispielsweise ist eine vollständig organisierte royalistische Regierung entdeckt worden, die in allen Provinzen bereits ihre Präfecten, ihre Gerichtspräsidenten, sogar ihre Steuereintnehmer hatte und bereits im stillen funktionierte. Zweifelhaft ist noch, ob es gelingen wird, den Nachweis zu führen, daß auch ein gewisser General, der jetzt wieder im Drehfus-Prozess sehr hervorgetreten ist, am Komplott beteiligt gewesen ist. —

Die Ausschmückung Gnerins. Die Polizei verhaftete nachts in der Rue Chabry drei Personen, welche Gnerin vom fünften Stock eines Nachbarhauses aus mit Lebensmitteln zu versehen versuchten.

Spanien.

Barcelona, 12. September. Die Behörden fahren fort, die größten Vorsichtsmaßregeln gegen die Karlisten zu ergreifen. Hier und in den umliegenden Dörfern übernachtet die Bürgerwehr die verdächtigen Karlisten. Von der Garnison Barcelona ist ein specielles Korps abgetrennt worden, welches ebenfalls mit der Bewachung der Karlisten beauftragt ist. Die Anhöhen und die wichtigsten Punkte der Umgebung sind besetzt; man ist nämlich überzeugt, daß beim Ausbruch eines karlistischen Aufstandes Barcelona das Ziel der Aufständigen werden soll, da die hiesige Bevölkerung die unzufriedensten in ganz Spanien ist.

Afrika.

Aus Tripolis wird dem Reuterschen Bureau gemeldet, daß dort die Nachricht eingetroffen ist, die französische Mission Foucaux-Lamy sei in der Oase von Bir durch eine große Zahl Tuaregs angegriffen worden, welche nach schweren Verlusten die Mission vollständig vernichtet hätten.

Der französische Minister für die Kolonien, Decrais, teilte jedoch im heutigen Ministerrat mit, er habe keinerlei Benachrichtigung hinsichtlich der Vernichtung der Expedition erhalten. —

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage beschloß die Partei-Versammlung des 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises nach folgendem:

Die Partei-Versammlung im 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreise hält es für erforderlich, daß der Parteitag die Versuche, die sozialdemokratische Partei von ihrer bisherigen revolutionären Tathil abzubringen, entschieden zurückweist.

Es sind dabei jedoch solche Beschlüsse zu vermeiden, die den Anschein erwecken könnten, als solle ein Reizgericht abgehalten oder die Freiheit der Kritik innerhalb der Partei eingeschränkt werden.

Deshalb fallen alle theoretischen Streitigkeiten, obgleich sie selbstverständlich in den Erörterungen des Parteitages eine Rolle spielen werden, aus dem Rahmen der Parteitagsbeschlüsse heraus.

Um so schärfer aber sind diejenigen Vorschläge zu brandmarken, von denen der Parteitag die Ueberzeugung gewinnt, daß deren Befolgung den proletarischen Kampfscharakter der sozialdemokratischen Partei zerstören, sie dem sozialistischen Endziel entfremden und sie zu einem Anhängsel bürgerlicher Reformparteien machen müßte. Das sind insbesondere:

1. die von Schlypp, Bernstein und anderen Genossen befürworteten Konzeptionen an den Militarismus, dessen verderblicher Einfluß auf den Einrichtungen eines stehenden Heeres ruht;
2. die Bernsteinische Begünstigung der uferlosen Weltpolitik der Regierära, durch die dem deutschen Volke die schrecklichsten Ausgebürd des Kapitalismus, die Plantagenwirtschaft mit Ruß, aufgeschliffen wird;
3. der Bernsteinische Vorschlag, auf das, was er die „Frei-legenden“ nennt, zu verzichten, damit die Sozialdemokratie bündnisfähig werde für das liberale Bürgertum, eine Tathil der Feigheit, die uns den sozialistischen Kernpunkt unseres Programms rauben und zum Untergang der Partei führen müßte.

Die Parteiversammlung für den 16. sächsischen Kreis (Chemnitz) beschloß:

Die von einzelnen Genossen herbeigeführten theoretischen Erörterungen können für die Partei nicht schädigend wirken, im Gegenteil ist die freieste Meinungsäußerung in der sozialdemokratischen Partei eine Notwendigkeit. Die Partei hat, auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, weiter ihr Endziel im Auge zu behalten, die politische Situation zu Gunsten der Arbeiterklasse auszunützen, an allen praktischen Aufgaben auf den Gebieten des politischen Lebens mitzuwirken, selbstverständlich ohne Verletzung unserer prinzipiellen Grundsätze.

Die Parteiversammlung erkennt die Zugehörigkeit des Genossen Bernstein zur Partei nach wie vor an.

Bezüglich des Militarismus wünscht die Versammlung, daß der Parteitag an Punkt 8 unseres Programms festhält.

Parteitag für Schleswig-Holstein usw. Nachzutragen ist, daß die gestrige Mitteilung der Eins- und Ausgaben der Agitation sich beziehen auf die Zeit vom 1. Sept. 1897 bis 30. Sept. 1898. Vom 1. Oktober 1898 bis 31. August 1899 betragen die Einnahmen 6990 M., einschließlich des verbliebenen Restbestandes von 1821 M. und die Ausgaben 6198 M.

Den Bericht über die Presse erstatten Krause und Breckow. Der Stand der Zeitung ist ein sehr günstiger. Noch beim letzten Parteitage betrug das Defizit rund 11 000 Mark. Am 1. Januar 1898 hatte es sich vermindert auf 8796 Mark. Am 1. Januar 1899 ergab sich ein Ueberschuß von 4050 M. und am 1. Juli dieses Jahres war der Ueberschuß 10 000 M. In zwei Jahren hat sich also der finanzielle Stand um 21 000 M. verbessert. Infolge dieses günstigen Standes ist eine Vergrößerung der Zeitung von den Firmenträgern beschlossen worden. Seit dem 1. Februar wird der Zeitung ein halber Bogen mehr beigelegt, und trotzdem diese Vergrößerung eine jährliche Mehrausgabe von 10—11 000 M. ergibt, ist im ersten halben Jahre schon ein Ueberschuß von 6000 M. erzielt worden. Auch ist die Anschaffung einer Jwilling-Motationsmaschine im Preise von ca. 30 000 M., eines 10pferdigen Gasmotors usw. von den Firmenträgern beschlossen worden. Die Gesamtkosten dieser ganzen Umgestaltung der Zeitung werden etwa 45 000 M. betragen. Auch die Uebernahme der Heiler Parteifolportage auf das Geschäft hat sich als von Vorteil erwiesen. Die Prosechosten der Zeitung haben sich in den letzten Jahren bedeutend vermindert. Die Insertions- und die Abonnements-Verhältnisse haben sich in recht günstiger Weise entwickelt. Die Abonnentenzahl hat sich von 6500 vor 2 Jahren auf jetzt 9000 gehoben. Auch in den Gegenden, wo bislang der Verkehr sehr klein war, ist immer mehr fester Fuß gefaßt worden, ganz besonders nach Norden zu, in den dänischen Gebieten. Wenn die günstigen Verhältnisse für die Zeitung so bleiben, werden die jetzt beschlossenen Mehrausgaben sich bald aus den Ueberschüssen der Zeitung selbst gedeckt haben.

Eine lebhafte, eingehende, noch in der Nachmittags-Sitzung sich fortsetzende Debatte rufen die Ausführungen des Abg. Frohme hervor, daß es sehr gewagt sei, auf den jetzigen Stand der Zeitung gefügt, eine solche große Ausgabe zu beschließen. Man hätte versuchen sollen, unter den alten Verhältnissen weiter zu arbeiten. Unstetig wird die entgegengesetzte Ansicht vertreten.

Ueber die Stellungnahme zu den Kommunalwahlen referiert Strödel-Kiel. Die Kommunal-Wahlrechtsfrage in Schleswig-Holstein ist durch das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts bekannt geworden. Eingehend legt Referent nochmals die Sachlage dar und kommt zu dem Schlusse, daß hoffentlich im nächsten Herbst unsere Parteigenossen ihren Einzug in die Stadtkollegien halten werden. Beschlossen wird, daß dort, wo ein den Opfern entsprechender Erfolg zu erwarten ist, die Genossen unter Aufstellung eigener Kandidaten sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen haben. Eine fünfgleibige Kommission zur Ausarbeitung eines Kommunalprogramms wird gewählt.

Zum internationalen Arbeiterkongress 1900 in Paris werden nach dem Referat Legiens, der eingehend die bisherigen internationalen Beziehungen der Arbeiter schildert, die Genossen Pegien und Strödel gewählt. Der alljährlich gratis verteilte Norddeutsche Volkskalender soll, um eine frühere Verbreitung zu ermöglichen, in Zukunft redaktionell und technisch in Kiel hergestellt werden.

Alljährlich soll jetzt in der Provinz ein Parteitag stattfinden, weil durch die sich immer mehr zupflanzenden politischen Verhältnisse das Bedürfnis zu einer Besprechung vorhanden sei. Als Ort wird für den Parteitag Kiel gewählt.

Nach 8 Uhr abends wird der Parteitag mit einem dreifachen Hoch auf unsere Bewegung geschlossen.

Partei-Konferenzen. Die Parteikonferenz für den Regierungsbezirk Merseburg beschloß am Sonntag im Falle, ein Flugblatt gegen die Jagdhauvorlage in einer Waffensache zu verbreiten und einen Agitationskalender in circa 100 000 Exemplaren herauszugeben und gratis unter der Landbevölkerung zu verteilen.

Nach einem Referat Swientys und lebhafter Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Bezirkskonferenz des Regierungsbezirks Merseburg erklärt, daß die Befolgung der von Bernstein eingeschlagenen Tathil den proletarischen Kampfscharakter schwächen und dadurch die Erreichung des sozialistischen Zieles verzögern würde. Die Bezirkskonferenz erklärt darum die tathilischen Vorschläge Bernsteins für unannehmbar.

Für das Herzogtum Altenburg tagte am Sonntag eine Konferenz in Schmöck. Aus dem Kasernenbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahme im vergangenen Jahre 2972 M. betrug. An die Parteihauptkasse gingen 600 M. ab. Die Ueberrechnung über die „Altenburger Volkszeitung“ ergab eine Einnahme von 32 442,20 M., eine Ausgabe von 31 125,50 M. und einen Kasernenbestand von 1316,65 M. In der Ausgabe ist eine Summe von 3000 M. eingeschlossen, die dem Inhaftiertenfonds überwiesen worden ist.

Zu der Kreis-Konferenz des 17. hannoverschen Parteitages in Garburg berichtete der Vertrauensmann, daß 20 000 Flugblätter, 2500 Parteizeitungen, 3000 Parteizeitungen und 500 Neue Welt-Kalender verbreitet wurden. Auf dem Lande sind mit Amt Allenthal 10 000 Volkskalender verbreitet worden. Die Einnahmen betragen vom 1. September 1898 bis 31. August 1899 9061,97 M., die Ausgaben für die gleiche Zeit 8085,15 M. Unter den Einnahmen sind 1200 M. von Wilschelsburg aufgebracht worden.

Nach den Referaten des Genossen Adler wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Die heutige Parteikonferenz bedauert es, daß ein Mitglied der Fraktion in einem Blatte, das nicht offiziell zur Partei gehört und ohne seinen Namen zu nennen, Angriffe auf einen Punkt des Parteiprogramms richten konnte. Sie erklärt, daß die Schlyppischen Erklärungen keinen Anlaß zur Aenderung des Punktes 8 der nächsten Forderungen geben und beauftragt die Delegierten, im Sinne dieser Erklärung zu stimmen.

Die heutige Parteikonferenz begrüßt es, daß Genosse Bernstein den Mut gehabt hat, eine eingehende Diskussion der Grundgedanken unserer Parteianschauungen herbeizuführen. Sie ist der Meinung, daß diese Diskussion jedoch in auch nicht dem kleinsten Punkte Anlaß giebt, den theoretischen Teil oder die praktischen Forderungen im Programm der deutschen Sozialdemokratie abzuändern, da es den Kritikern auch nicht gelungen ist, einen einzigen wesentlichen Grundstein vom Lehrgebäude von Marx und Engels zu erschüttern. Von diesem Standpunkt aus giebt die Konferenz den für den 17. hannoverschen Wahlkreis zu wählenden Delegierten folgende Aufgaben mit:

I. Jedem Versuch, Bernstein als außerhalb der Partei stehend zu bezeichnen, ist Widerstand zu leisten.

II. Jeder Versuch, daß Bernstein Irrtümer bei Marx und Engels nachgewiesen habe, ist abzulehnen.

III. Jedem Versuch, daß Bernstein, über das bisher Anerkannte hinausgehend, neue Wege eröffnet habe, ist nicht stattzugeben.

IV. Einer Aenderung auch nur eines Programmpunktes im Bernsteinischen Sinne darf nicht zugestimmt werden.

Die Majestätsbeleidigung der „Magdeburger Volksstimme“. Dem Genossen Schmidt ist nunmehr die Anklageschrift zugestellt worden. Sie ist sehr umfangreich. Schmidt ist der Majestätsbeleidigung und der Beleidigung eines Mitgliedes des Landesparlamentes als Mithäter angeklagt. Er soll die Handlung vorständig begangen haben. Die Verhandlung wird nunmehr bald stattfinden. Diese Anklage als Mithäter sieht aus, als sollte auch bei einer Verurteilung Schmidts der unschuldig zu 4 Jahren Gefängnis verurteilte Genosse Müller noch nicht freigegeben werden.

Für Parteizwecke gingen aus Jwidau ein: Anton 4,80, Heinrich 3,80, von der Luis 3,85, Franz 1,75, Luz 2,10, Eber 1,—, Lillner 10,10, Theodor 5,50, Brand 4,—, Johann 13,00, Stammler 19,35, Hermann 3,30, Feiner Dadd 14,65, Bruderpersonal 3, 17,15, Emil 3,20, Rückzahlung 80,60, Wöhlau 5,40, Steinmetzen Jwidau 12,15, Kurzer 6,45, Bus der Kolbe 1,50, Heinrich 0,50, Anton St. 10,—, Hermann 5,—, Ernst 5,—, 10,—, Hermann 1,75, Barthel 39,30, Komiker 81,—, Späte Maßnahme 112,85, Punkte Welt 81,40, Julius 13,—, Papierliste Jwidau 6,25, Ludwigs 25jähriges Ghejubiläum 3,—, Ernst Sp. 2,—, Geburtstag 3,—, Hermann 1,90, Lohr 14,00, Hermann 3, 39,—, Feiner Dadd 19,75, Wöhlerei 5,75, Bruderpersonal 3, 16,00, Summa 886,29 M.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Mit Hilfe des ambulanten Gerichtsstandes wurde Genosse Kofat als Redacteur der „Königsberger Volksstimme“ vom Schöffengericht in Leipzig zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte seiner Zeit nach der „Pisse“ von einer Versicherung der Leipziger Wäckerinnung gegen Ungeziefer in satirischer Weise Kofitz genommen und dadurch fühlten sich die beiden Obermeister der Innung beleidigt. Trotz Widerstands des Beklagten erklärte sich das Leipziger Gericht für zuständig und fand die Thatsache der Beleidigung der Beleidigung in dem Umstande, daß ein einziges Exemplar des Königsberger Blattes durch Tausch an die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ gelangt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Glaser. Wie in einer Versammlung der Glaser am Montagabend bekanntgegeben wurde, haben folgende Firmen noch nicht bewilligt: A. I., Rosenhallerstraße; G. Leistein, Weinhilfsstraße; S. P. u. Co., Kronenstraße; Brandenburg, Säugowstraße; A. Schmidt, Wehrstraße; J. J. J., Zimmerstraße; Vornhard u. Biele, Wilowstraße; Weder, Wilowstraße; D. G. u. A., Alte Jakobstraße. Laut Bericht der letzten öffentlichen Versammlung hat ein jeder arbeitende Kollege 10 Proz. des Arbeitsverdienstes an die Streikliste abzuführen. Am Donnerstag, den 14. d. M., abends 8½ Uhr, wird eine öffentliche Versammlung der Glaser in den Arminkallen abgehalten. Jeder Streikende hat um 10 Uhr morgens sich bei Stramm, Mitterstr. 123, zu melden.

Die Streikkommission J. A. C. Jahn.

Besamntiere. Unkese Forderungen haben folgende Firmen bewilligt: Hugo Schulz Ma., Gebr. Prinz, Hugel, A. Prinz, Krause u. Dambitsch, E. Reibler, E. Schulz, F. Epstein, Roa Kfg., Daust Radf., D. Wille, F. Queitich, Herz.

Nicht bewilligt haben: Winger Wm., Wendel u. Comp., G. Wätsche, E. Wustede, Köstermann u. Jarinowitsch, Sachs u. Schwarz, W. u. G. Repler, A. Sinel, Hoffmann u. Weiland, Wagler, Reif u. Burmeister, A. Knopfmacher, E. Hoppe, Winter u. Haupt, Selwing, Praggade, A. Bolmer, Drehmer, E. Schmidt.

Kollegen, wir erwarten, daß Ihr vorliegende Firmen auf das strengste meldet.

Die Lohnkommission.

Zur Lohnbewegung der Möbelpolierer. Die Möbelpolierer beschloßen sich am Dienstag mit der Lohnbewegung in der Branche. Weber erstattet den Bericht. Die Lage ist im allgemeinen eine günstige. Es stehen jedoch noch die Antworten gerade einer Anzahl von größeren Werkstätten aus. In den Streik eingetreten sind 218 Kollegen, von denen 99 ihre Forderungen bewilligt erhielten, so daß noch 120 Streikende verbleiben. Eingegriffen in diese Zahlen ist auch die Reihe jener großen Werkstätten, deren Inhaber noch für ihre Stellungnahme den Beschluß der Freien Vereinigung der Holzindustriellen abwarten. Die der Referent in seinem Schlußwort mitteilt, geht aus den Meldungen, die während der Versammlung noch eingegangen sind, hervor, daß die Zahl der Kollegen, deren Forderungen bewilligt wurden, auf 188 gestiegen ist. An Stelle des erkrankten Kommissionsmitgliedes Körner wird Weber in die Kommission gewählt. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Kollegen, die bisher Forderungen noch nicht gestellt haben, auf, dies noch nachträglich zu thun.

In der Firmenscheider-Branche befinden sich die Annaher seit Montag im Streik. Es haben bereits folgende Firmen bewilligt: W. B. Bartel, Otto Räderbusch, P. Schmiedel, Stätefeld und Schulz, R. Dittmeyer, R. Epinius, J. Klein, Gebr. Vertram, Heinrich Rieberg und A. Kaharinen.

Deutsches Reich.

Von den christlichen Gewerkschaften.

Es ist vielfach darauf hingewiesen worden, daß das Internationales die christlichen Gewerkschaften, sobald sie sich durch die Aufstellung von Forderungen uneben machen, genau so ver-

abscheulich wie die freien Gewerkschaften. Und zumal jetzt, wo trotz des heissen Willens einer hegenden Geistlichkeit und trotz dem Gezeter der Centrumsführer eine erfreuliche Annäherung der christlich organisierten Arbeiter und der Gewerkschaften wahrzunehmen ist, schlottert das Handwerksmeisterium aus Furcht vor den Dingen, die sich daraus entwickeln möchten. Die Einigung der beiden Bergarbeiter-Organisationen in Sachen des Knappschaftsprogramms gehört zu den schönsten Erfolgen besonderer Arbeiterführer. Aus einer Reihe rheinischer Städte war das Zusammengehen sonst sich befehdender Fachvereinigungen zur Erlangung glücklicherer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu berichten; sogar in dem über die Massen zurückgebliebenen Baden haben sich, wie bereits mitgeteilt, die christlichen Textilarbeiter mit dem deutschen Textilarbeiterverband zusammengesetzt, um eine kürzere Arbeitszeit zu erlangen; und nun hat zu all dem noch ein Führer der katholischen Arbeiter, der M.-Gladbacher Arbeitersekretär Giesberts, die „paritätischen“ Gewerkschaften, worunter er solche versteht, die alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen Meinung und der Weltanschauung umfassen, als die Gewerkschaften der Zukunft bezeichnet. Das ist mehr, als ein christlicher Unternehmer, ja mehr, als der im Sinne des Centrums arbeitervriendlichste Ultramontane überleben zu können glaubt.

Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn das in Wiesbaden erscheinende „Neue deutsche Handwerkerblatt“ auf die fürchterliche Gefahr hindeutet und schreibt:

„Wirtschaftlich gehen die beiden Richtungen ja jetzt schon ganz und gar Hand in Hand und zum guten Teile auch in politischer und sozialer Hinsicht. Das sehen wir in erster Linie bei Streiks. Der Zusatzenbauvorlage gegenüber sucht die eine Richtung die andere zu überbieten. In Bayern gegen das Unternehmertum läuft vollends die eine Richtung der anderen den Rang ab. . . . Kommt ein Ausgleich zu stande, dann werden die Gesellen und Arbeiter Ansprüche erheben, gegen welche die jetzigen das reinste Kinderpiel sind. Ist erst bei den Gesellen und Arbeitern der Name „Socialdemokrat“ weggefallen, dann fällt ihnen ohne weiteres auch die Sympathie der gesamten Gesellschaft zu. Daran zweifle man ja nicht. Und die Ausbreitung der Christlichen beschleunigt diesen Gang der Dinge. Die Meinung werden in erster Linie die Handwerksmeister und namentlich die kleinen Meister zu bezahlen haben.“

Zum Schluss fordert dann das Blatt die Handwerksmeister auf, dem Centrum und auch den Konservativen die Gefolgschaft zu versagen und sich auf sich selber zu verlassen. Das hat den „Christlichen Arbeiterfreund“, der sich als Centralorgan der christlichen Arbeitervereinigungen Westdeutschlands bezeichnet, demnach erschüttert, daß er Herrn Giesberts als eine Persönlichkeit bezeichnet, die sich „gewissermaßen als Arbeiterführer geriere“; und das Blatt verlangt mit „aller Entschiedenheit“, daß im christlich-sozialen Lager keine sogenannte „tonangebenden Leuten“ das Wort führen, die sich der Tragweite ihrer Kränkungen nicht bewußt sind.

Wir verstehen nicht, wie es der „Arbeiterfreund“ Herrn Giesberts die Eigenschaft des christlichen Arbeiterführers abzustreiten vermag; ist doch der M.-Gladbacher Arbeitersekretär auch der Redacteur des Verbandsorgans „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“. Aber darin hat das Blatt recht, daß Herr Giesberts das Wesen der christlichen Gewerkschaften nicht richtig aufgefaßt hat. So haben die Centrumsführer, die berufliche Organisationen nicht gemeint. Sie sollten ein Mittel sein, die christlichen Arbeiter vor der Verführung mit den Socialdemokraten zu bewahren und sie dem Centrum zu erhalten; und da kommt Giesberts und redet von paritätischen Gewerkschaften. Er verfällt in den gleichen Fehler, wie vor ihm der Kölner Kaplan Heßdorffer, der es ebenfalls eifrig mit der Organisation der Arbeiter meinte, dafür aber auch bald nachher in ein weltentlegenes Eifelöhrchen veretzt wurde. Er sah heute noch da, wenn nicht das ungeheure Aufsehen, das die Wahrgelung machte, das Generalvikariat gezwungen hätte, ihm inzwischen eine Stelle in M.-Gladbach zu geben. Was man gegen Giesberts unternehmen wird, bleibt abzuwarten. Einstweilen hat er sich durch die ihm von seiten der „Kölnischen Volkszeitung“ widerfahrene Abhüttelung und durch die Anrempelung seiner christlichen Vorkämpfer vom „Arbeiterfreund“ noch nicht beirren lassen. Er schreibt in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“:

„Was die paritätischen Gewerkschaften betrifft, so sind dieselben allerdings ein Ziel, welches wir lebhaft befürworten und erstreben, welches aber in noch sehr weiter Ferne liegt. Für paritätische Organisationen geben uns die Handwerker ja selbst ein treffliches Beispiel in ihren Zwangsvereinigungen. Es ist doch der preussischen Regierung gar nicht eingefallen und die Handwerker haben es auch nicht verlangt, das für Protestanten, Katholiken und Juden, Socialdemokraten, Liberale, Konservative und Centrumsanhänger je eine besondere Innung gegründet wurde. Man hat das vielmehr häufig „paritätisch“ gemacht und alle in einen „einigen Bund“ vereinigt. Da nützt es nichts, daß vielleicht manchen biederen Hünfler eine Gänsehaut überläuft, wenn er in der Innung neben einem waschechten Socialdemokraten sitzt; die „Sozen“ muß man sich halt gefallen lassen, denn die Innung ist paritätisch. Wenn aber die Handwerker und die Arbeitgeber sich zu solchen paritätischen Innungen, Kartellen, Syndikaten zusammenschließen, um wirtschaftliche Verbesserung ihres Standes herbeizuführen, ohne deshalb ihre religiöse und politische Gesinnung zu verleugnen, dann dürfen und müssen die Arbeiter daselbst thun. Auch sie müssen dahin streben, daß sie alles Trennende beseitigen und die Arbeiterschaft zu einer einheitlichen mächtigen Organisation führen. Letzteres ist eben das einzige Mittel, das den Arbeiter retten kann.“

Das ist gewiß sehr vernünftig gesprochen, aber doch nicht im Sinne der Centrumpartei. Zudem, ist bei den „christlichen“ Arbeitern einmal die von den Kaplänen künstlich erzeugte Scheit vor den „Noten“ überwunden, dann werden ihrer auch immer mehr den wirtschaftlichen Kampf der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen.

In Ludenwalde stehen die Cigarrenmacher der Firma Robert Vogel im Auslande. Die Firma weigert sich, den von verschiedenen Firmen schon seit sechs Jahren gezahlten Lohn ebenfalls zu zahlen. Eine Kommission, welche veruchte, eine Einigung zwischen der Firma und dem Arbeiterpersonal herbeizuführen, wurde mit dem Vermerk von Herrn Vogel beschieden, daß er keine Pfennig zulege, er werde sich billigere Arbeitskräfte verschaffen. Die Streikenden haben sich an das Cigarren konsumierende Publikum Ludenwaldes um Unterstützung gewandt.

Aus Weuthen (Oberschlesien) wird uns geschrieben: Unter den Welegschaften einiger Kohlenruben an der russischen Grenze bei Myslowitz herrscht Streikstimmung. Grund zum Streiken haben die Arbeiter allerdings genug, da eine Erhöhung der Löhne zum Teil gar nicht eingetreten, zum Teil so geringfügig ist, daß sie in Anbetracht der fortwährend gestiegenen Kohlenpreise gar nicht ins Gewicht fallen. Gerade gegenwärtig herrscht wieder großer Arbeitermangel; die Leistungen der zugewanderten Galizier sind meist ungenügend. Der tägliche Kohlenverand aus Oberschlesien ist bis auf ca. 7000 Waggons gestiegen.

Die Veruche, in ober-schlesischen Giebereien Arbeiten für die Leipziger Giebereien, in denen gestreikt wird, herzustellen, sind gescheitert an den mangelhaften Einrichtungen der hiesigen Giebereien und dem geringen Gehalt der hiesigen Formner.

Den Forster Textilarbeitern, deren Lohnkommission den Fabrikanten, wie schon mitgeteilt, ihre Forderungen unterbreitet hatten, ist jetzt ein Schreiben zugegangen, in welchem mitgeteilt wird, daß die Eingabe dem Arbeitgeber-Verband der Tuchindustrie zu Forst übergeben worden sei. Dieser Verein verfolgt, wie das „Forster Tageblatt“ schrieb, den Zweck, bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermitteln, „berechtigten Forderungen“ der Arbeitnehmer Anerkennung zu verschaffen, unbedingte aber nach dem Grundsatz: „alle für einen, einer für alle“ energisch abzuweisen. Zur Durchführung dieser Ziele hat sich jedes Mitglied durch Hinterlegung von Wecheln, deren Betrag nach der

Arbeiterzahl normiert ist, verpflichtet. — Dem Verein sind sämtliche Anwesenden ohne Ausnahme beigetreten.

Der Verein ist erst nach dem Eingehen der Arbeiterforderungen gegründet worden, ohne Zweifel, um die gegenwärtigen „unberechtigten“ Forderungen „energisch abzuweisen“. Es ist also möglich, daß es in der Forster Tuchbranche wiederum zu Differenzen kommt.

Die Wahlen zum Gewerbegericht in Königsberg endeten, so weit die Arbeitnehmer-Beiziger in Betracht kommen, mit einem Siege der Kandidaten der Gewerkschaftskommission.

Der Ausstand der Bergarbeiter im Plauenischen Grunde nimmt größere Dimensionen an. Am Sonntag fand eine äußerst stark besuchte Versammlung statt, in welcher die Kommissionen, die beauftragt waren, mit den Direktionen Rücksprache zu nehmen, Bericht erstatteten. Die Unterhandlungen sind resultatlos verlaufen. Vom königlichen Werk wurde berichtet, daß der Herr Bergverwalter erklärte, mit der Kommission in Abwesenheit des Direktors (derselbe ist immer noch auf Urlaub) nicht verhandeln zu können. Auf dem Burgler Werk ist die Verhandlung mit der Direktion ebenfalls resultatlos verlaufen. Die Arbeiter sollten sich den von der Direktion gemachten Bedingungen unterwerfen, dann wollte man auch die Wahrgelungen und Bestrafungen rückgängig machen. Also die Arbeiter sollten sich demütigen, sollten zu Kreuze kriechen. Die Versammlung gab darauf eine klipp und klare Antwort, indem sie nachstehende Resolution einstimmig annahm:

„Die heute, den 10. September, im Deutschen Haus tagende Versammlung der streikenden Bergarbeiter im hiesigen Revier erklärt, am morgenden Tage unter keinen Bedingungen anzufahren, und erbittet in den Anschlägen vom Burgler und königlichen Werk nur den Versuch einer Einschüchterung. Sie verspricht, im Streit so lange auszuharren, bis sämtliche Forderungen bewilligt sind, welche von den Arbeitern gestellt worden sind.“

Die Forderungen der Arbeiter sind äußerst bescheiden. Sie verlangen, daß in Zukunft an Lohn erhalten sollen Säuer und diesen gleichstehende Arbeiter für eine achtsündige Schicht 4.40 bis 4.80 M., Lehrgänger und diesen gleichstehende Arbeiter 4.10 bis 4.30 M., Höckerleute und diesen gleichstehende Arbeiter 3.50 bis 3.80 M. und bei Tagearbeitern soll eine Lohnerhöhung um 20 Proz. eintreten. Weiter wurden gefordert die Einrichtung von Rammkassabäcken, die Befreiung aller Leberstunden und Sonntagsgarbei, außer in Fällen, wo es sich um die Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter oder des Grubenbaues handelt, achtstägige Lohnzahlung, oder, wenn es bei den vierwöchigen Abschnitten verbleiben soll, mindestens acht Tage und zwar Freitags, eine entsprechende Abschlagszahlung.

Die Direktionen scheinen zum Kampfe gerüstet zu sein, daher die unerhörte Provokation durch Entlassungen und horrenden Lohnabzüge. Der Kampf dürfte daher ein schwerer werden. Die Bergarbeiter des Plauenischen Grundes sind aber des Sieges sicher, wenn die Einigkeit und Geschlossenheit nicht getrübt wird und die Arbeiter Deutschlands sie in diesem ihnen aufgedrungenen Kampfe moralisch und finanziell nach Kräften unterstützen. Darum ergeht an die Arbeiterschaft Deutschlands der Ruf: Helft den Bergarbeitern des Plauenischen Grundes ihren Kampf siegreich durchzuführen!

Grüße sind zu richten an Hermann Weiler, Niederhählich Nr. 81 k, alle sonstigen Sendungen an Oswald Luch, Niederhählich Nr. 59 n.

In Leipzig-Gohlis ist es in der Lohmannschen Fabrik für Musikwerke abends zu Differenzen gekommen. Schuld daran ist das schnelle Vorgehen des Direktors. Der nach einander eine Versammlung, die dem Arbeiterausschuß angehörige Metallarbeiter und schließlich 40 Metallarbeiter entließ; die ersteren nur, weil sie die Beschwerden im Auftrage ihrer Mitarbeiter zu niedrigen hatten. Daraufhin haben die Arbeiter beschlossen, die Arbeit niederzulegen; ein letzter Einigungsversuch soll aber dorrst noch von seiten der in Betracht kommenden Organisation gemacht werden.

Billige und willige Arbeitskräfte. Der Abgeordnete zum gothaischen Landtag, Herr Gräbel, Vorsitzender des Thüringer Arbeitervereins, macht folgendes bekannt: „Bei dem jetzigen Emporkommen der Industrie glaube ich darauf aufmerksam machen zu müssen, daß in den Ortschaften des Herzogtums Gotha: Sabarz, Winterstein, Schwarzhausen, Schmerbach, Vangenhain, Fischbach, Menteroda, Nagza, Frankroda billige und willige Arbeitskräfte zu finden sind. Fabrikanten, die genügt sind, irgend welche Industrie in Thüringen einzuführen, erteile ich gern jede Auskunft.“

Die gewerkschaftliche Agitation wird dafür sorgen, daß auch die „zufriedenen“ thüringischen Arbeiter in Zukunft nicht allzu billig und willig sein werden. Uebrigens wird durch den Ausspruch des Herrn Vorsitzenden geschlossen, daß die Klagen der Arbeiter in Thüringen über schlechte Löhne vollauf berechtigt sind.

Der Würzburger Bäckerstreik ist, wie hiesige Blätter zu melden wissen, beendet. Meister und Gesellen haben sich vor dem Einigungsamte verständigt.

Ausland.
Die Glasbläse der Arbeiter in Albi (Südfrankreich) eröffnet am 24. September den dritten Glasofen. Zur Feier dieses Ereignisses findet in Albi — bei Carnaux — ein Fest statt, zu dem auch deutsche Genossen, u. a. Liebknecht eingeladen sind. Liebknecht, welcher der Einladung nicht folgen kann, ist von den französischen Genossen ersucht worden, die deutschen Gewerkschaften, deren Adressen in Frankreich nicht bekannt sind, zu ersuchen, doch wenigstens einen Vertreter zu dieser Feier, die einen internationalen Charakter tragen soll, zu entsenden.

Für die Steinindustrie-Arbeiter Berlin ergehen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
Antofelsabrik von Hannover 4.30. Drei gleiche Anoden, M. & Sch., M. S. P. u. Press ertus 3.—, Aufmacher Berlin 30.—, Knopfabrik Wanahe 8.50, Tischlerei Krönke u. Hummel 6.10, Ueberichung vom Franz 3.25, Holzwerkstätten Deutschlands 50.—, Gemischtwaren aus Grell 10.—, Holzarbeiter Berlin 100.—, Bildhauer Berlin 100.—, Tischler Berlin 300.—, Buchbinder Berlin 300.—, Tabakarbeiter Berlin 15.—, Glasarbeiter Stralau 50.—, Steinleger Berlin 66.—, Metallarbeiter Berlin 100.—, Banarbeiter Berlin 50.—, Banarbeiter Berlin 250.—, Maurer (centr.) Berlin 1000.— (davon 500.— direkt).

Weitere Beiträge werden im Berliner Gewerkschaftsbureau, Kamenstr. 16, I, vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 6—8 Uhr, entgegen genommen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die socialdemokratische Frauenbewegung in Leipzig machte die Genossin Weichmann in einer Versammlung des dortigen Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse einige Angaben. Die Bewegung datiere von 1893, wo bei der Reichstagswahl ein Aufruf in unserem Parteiblatt erlassen wurde, daß sich die Frauen an der Flugblattverbreitung beteiligen sollten. In einer darauf stattfindenden Versammlung wurde eine Frauenorganisation gegründet. Es zeichneten sich 150 Frauen ein. Als nach anderthalb Jahren der Verein auf 350 Mitglieder gestiegen war, fiel er dem schärfsten Juvvel zum Opfer. Nunmehr schlossen sich die Frauen den socialdemokratischen Vereinen an, wo sie den Genossen stets treu zur Seite gestanden haben. Bis Anfang dieses Jahres sich die Frauen wieder selbstständig organisierten, wodurch sie in den Stand gesetzt sind, ihre Interessen nach allen Seiten hin zu wahren und durch Versammlungen und Diskussionen Aufklärung unter den Frauen zu schaffen. Referenzen bedauern nur, daß die Leipziger Parteigenossen dem neuen Verein nicht dieselbe Sympathie entgegenbringen wie dem aufgelösten, wo man den Frauen das Recht einräumte, zu den stattfindenden Parteitagungen eine Delegierte aus der Reihe ihrer Mitglieder vorzuschlagen, die dann auch in der Parteiversammlung gewählt wurde.

Von der Versammlung wurde dann folgende Resolution angenommen:

„In Anbetracht der durch die wirtschaftlichen sowie familiären Verhältnisse bedingten Schwierigkeiten, mit denen eine Frauen-

bewegung zu kämpfen hat, erachten es die Genossinnen für Recht und Pflicht, daß die Genossen des 12. und 13. Wahlkreises sich mehr ihrer politischen Pflichten den Frauen gegenüber bewußt sein möchten und nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die Gleichberechtigung der Frauen als einen Punkt ihres Programms mit durchzuführen suchen.“

Lezte Nachrichten und Deyeschen.

Kiel, 12. September. (W. T. V.) Heute vormittag um 8 Uhr fand auf dem zur Herbstübungsflotte gehörigen Kreuzer „Wacht“ eine **Explosion** im Bodovorderkastel infolge Reihens von 30 Stehbolzen statt. Vier Personen wurden getödet: Oberfeuermeistermaat Schneider, Oberbeizer Geisler, Heizer Zimmer und Heizer Meyer. Außerdem wurden ein Unteroffizier und drei Mann leicht verletzt.

Köln, 12. September. (W. T. V.) Die „Köln. Jtg.“ schreibt zu der auch von verschiedenen Seiten Deutschlands erhobenen Aufforderung, die **Pariser Weltausstellung** nicht zu besuchen, diese Herren, die ihrer sehr begreiflichen Entrüstung in jeder Form Ausdruck geben wollten, sollten doch bedenken, daß Entschlüsse dieser Art reichlich überlegt sein wollen. Sollte die Entwidlung der Trethausfrage in der schmählichen Bahn verharren, in die sie gebracht worden ist, und auf solche Weise die der Ausstellung feindliche Strömung in andern großen Ländern verstärkt werden, so daß diese sich veranlaßt sehen, der Ausstellung fernzubleiben, so würden auch wir die Frage zu erwägen haben, welche Stellungnahme uns hier unser wirtschaftlicher und politischer Vorteil vorschreibt. Aber wir haben, so ganz das Blatt, nicht den mindesten Grund, bei dieser Sache an der Spitze zu marschieren. Gefühlspolitik und Nützlichkeitspolitik sind zwei verschiedene Dinge, und wir glauben, daß Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts allen Anlaß hat, der Nützlichkeitspolitik treu zu bleiben, mit der es in den letzten Jahrzehnten im ganzen und großen gar nicht schlecht gefahren ist.

Frankfurt a. M., 12. Sept. (W. T. V.) Die „Frankf. Zeitung“ medelt aus Paris: **Matthieu Dreyfus** reiste gestern abend wieder nach Rennes, um seinen Bruder zu veranlassen, auf die Revision beim militärischen Revisionsrat zu verzichten. Alles hängt jetzt von der Frage ab, ob der Verurteilte diesen Verzicht unterzeichnet. Wenn er dies thut und wenn der Minister die Begnadigung, welcher die überwiegende Mehrheit der Minister zuneigt, beschließt, so wird das entsprechende Dekret noch heute dem Präsidenten der Republik zur Unterschrift vorgelegt werden und morgen im Amtsblatt erscheinen. Dreyfus wird aber, falls die Begnadigung zur Ausführung kommt, noch heute abend Rennes verlassen, um Privatbestimmungen zu vermeiden.

Wien, 12. September. (W. T. V.) Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. v. Fuchs, richtete heute an Jarvorki, den Vertreter der großen Vereinigung der Rechten, an Funke als Vertreter der großen Vereinigung der Linken, an Walfahrt, den Obmann des Klub Italiano, an Dr. Verlaup, den Vertreter des socialdemokratischen Verbandes, und an Karl Hermann Wolf, Vertreter der Schönerer-Gruppe, gleichlautende Schreiben. Das Schreiben betont das allgemeine Gefühl, das die öffentlichen Verhältnisse Oesterreichs dringend der Befundung bedürfen und verweist auf den alleseitig ertönenden Ruf nach Einstellung des Kampfes, Wüderung der Gegensätze und Zusammenfassung der Kräfte zu gemeinsamer Arbeit. Hierzu sei nötig, alles hinwegzuräumen, was der **gesehlichen Wirksamkeit der Volksvertretung** entgegenstehe. Die Vorbereitung dieses Zieles betrachte er als gewählter Präsident derzeit als erste und wichtigste Aufgabe. Mittel und Weg hierzu sei die Herbeiführung eines gegenseitigen Gedankenaustausches der Gegner, um die Verständigung zu beverfstelligen. Auf neutralem Boden, vom gewählten Haus-Präsidenten geladen, können die Gegner, ohne sich etwas zu vergeben, den Versuch machen, die Gegensätze so weit auszugleichen, daß von allen Völkern Oesterreichs hierbei eine gesicherte, geordnete Parlamentararbeit ernstlich zu erwarten stände. In erster Linie sei somit die Aufgabe zu lösen, eine Bahn zu finden, in welcher die Sprachenfrage einer gesehlichen Lösung zugeführt werde. Es bedürfe keines Beweises, daß die friedliche Lösung des Sprachenstreites, die allen Parteien gleichermäßen vorschwebt, nur auf dem Wege der gegenseitigen Annäherung unter vorurteilsloser Beachtung auf die beiderseitigen Rechte erzielbar sei. Zu solchen Unterhandlungen auf neutralem, friedlicher Arbeit gewidmetem Boden will das Schreiben den ersten Anstoß geben. Demnach ersucht der Präsident, zu obengedachtem Zweck am 24. d. M. vormittags in seinem Bureau zu erscheinen. Der Präsident behält sich vor, im geeigneten Zeitpunkt auch an die Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dieser seiner Aktion die geeignete Mithilfe zu gewähren.

Wien, 12. September. (W. T. V.) Der ungarische Ministerpräsident Szell hatte heute vormittag eine längere Konferenz mit Graf Tisza und Graf Solowowski. Abends wollte er nach Budapest zurückkehren.

Budapest, 12. September. (W. T. V.) In Anwesenheit vieler ausländischer Botschaften wurde heute vormittag der Kongreß der internationalen kriminalistischen Vereinigung eröffnet.

Budapest, 12. September. (W. T. V.) Der achte Kongreß der internationalen kriminalistischen Vereinigung wurde heute von dem Justizminister Vlosz, welcher zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde, eröffnet. Es sind zahlreiche Mitglieder aus allen Weltteilen anwesend.

Budapest, 12. September. (W. T. V.) Einer Blättermeldung zufolge wurden bei Alfoldmarkt zehn Soldaten, welche sich in einem Zelte befanden, vom Bliz getroffen. Vier derselben sind gestorben.

Kopenhagen, 12. September. (W. T. V.) Der Arbeitgeberverein stellt auf Grundlage eingelaufener Nachrichten fest, daß nach Beendigung der großen Ausproberung die Arbeit seit gestern im ganzen Lande wieder aufgenommen worden ist.

Paris, 12. September. (W. T. V.) Da in dem heute vormittag zusammengetretenen **Ministerrat, der über die Dreyfusfrage** beriet, eine Einigung nicht erzielt wurde, wurde die Entscheidung vertagt.

Paris, 12. September. (W. T. V.) Die drei Personen, welche vergangene Nacht verhaftet wurden, weil sie in der Rue Cadrol aus einem der Wohnungen **Guerins** gegenüberliegenden Hause demselben Lebensmittel zulommen ließen, werden wegen Teilnahme an einem Komplott gegen die Sicherheit des Staates verfolgt werden. Die Polizei beschlagnahmte über 200 Kilogramm Etwaren. Circa 15 Palete waren bereits auf diesem Wege den Antihemilien zugegangen.

Paris, 12. Sept. (W. T. V.) Der „Temps“ schreibt in seiner heutigen Abendnummer: **Der Präsident des Kriegsgerichts in Rennes**, Jonast, habe, ehe er den Prozeß übernommen, das Verlangen gestellt, daß ihm ein Advokat zu seinem Bestande zur Seite gestellt werde. Seine Vorgesetzten antworteten, er möge sich denselben selbst wählen. Seine Wahl traf den wohlbekannten Dreyfus-Gegner, Anwalt Auffray, mit dem er während der ganzen Dauer des Prozesses täglich Unterredungen hatte.

Caracas, 12. September. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Calcaño Auswärtiges, Olavarría Finanzen, Arvelo Inneres, Ferrer Krieg, Smith Öffentliches Kredit und öffentliche Arbeiten, Abelardo Arismendi Ackerbau, Pachando Posten und Telegraphen, Mosquera öffentliches Unterrichts. — Der Präsident verließ Caracas, um das Kommando über die Truppen, welche gegen Castro vorgehen, zu übernehmen.

New York, 12. September. (W. T. V.) Cornelius Vanderbilt, das Haupt der bekannten Familie Vanderbilt, ist heute früh hier gestorben.

New York, 12. September. (W. T. V.) Cornelius Vanderbilt, das Haupt der bekannten Familie Vanderbilt, ist heute früh hier gestorben.

New York, 12. September. (W. T. V.) Cornelius Vanderbilt, das Haupt der bekannten Familie Vanderbilt, ist heute früh hier gestorben.

New York, 12. September. (W. T. V.) Cornelius Vanderbilt, das Haupt der bekannten Familie Vanderbilt, ist heute früh hier gestorben.

New York, 12. September. (W. T. V.) Cornelius Vanderbilt, das Haupt der bekannten Familie Vanderbilt, ist heute früh hier gestorben.

Zeit durchhungern muß. Sie hat ja die Auswahl, und wenn es nicht paßt, der hat ja nicht nötig, sich bei ihr um Stellung zu bewerben. Nun noch einiges über die Dienstreise der Wagenführer. In einem der uns mitgeteilten Durchschnittsfälle dauerte der Dienst in sechs Tagen nacheinander täglich 13, 10, 11, 12, 11 1/2 Stunden. Nicht oft teilt sich die Arbeitszeit derart, daß eine zweifelhafte bis dreifelhafte Pause eintritt, so daß es nicht Seltenes ist, daß der Angestellte von morgens früh bis nach Mitternacht auf dem Posten sein muß, um dann am nächsten Morgen mit dem frühesten wieder anzutreten.

Doch nun zurück zu den Personen, die es endlich bei der Straßenbahn zu einer als fest betrachteten Stellung gebracht haben. Diese wurden früher nur bei verhältnismäßig schweren Vergehen aus dem Dienst gejagt, heute wirft sie selbst dann, wenn sie sich bereits Degenen in Stellung befinden, oft irgend ein unglücklicher Zufall auf die Straße.

Es ist längst bekannt, daß die Stellung der Wagenführer seit Einführung des elektrischen Betriebes außerordentlich erschwert worden ist, und es kommt noch hinzu, daß die Direktion der großen Straßenbahn-Gesellschaft den Angestellten gegenüber höchst selten so etwas wie menschliche Rücksicht walten läßt. Sehr bezeichnend ist da folgender Vorfall. Ein Wagenführer, der im Dienste der Gesellschaft 23 Jahre thätig gewesen ist, also die beste Zeit seines Lebens für Direktion und Aktionäre geopfert hat, war vorige Woche so unglücklich, an der Haltestelle bei der Köpenicker Landstraße mit einigen anderen Straßenbahnwagen zusammen zu stoßen, weil die Bremse bei der Handhabung versagte. Durch dies Unglück wurde ein Materialschaden verursacht, den die Betriebsleitung auf 188 M. und 68 Pf. bezuschl. Was thäten nun die Vorgesetzten des im Dienst ergrauten Beamten? Der Inspektor kam dem unglücklichen Manne mit dem Vorschlag, doch lieber freiwillig seine Entlassung zu nehmen und die 45 M. Kautions-, bis er gefestigt habe, in Stich zu lassen, weil andernfalls seine Entlassung von der Direktion bestimmt und er außerdem für den von ihm verursachten Schaden in voller Höhe haftbar gemacht würde. Der Wagenführer nahm sich diesen Wink mit dem Rat von Herzog zu Herzen, ging ab und sieht nun mit seiner Familie drohend da, trotzdem er bis dahin unter Kollegen und Vorgesetzten wegen seiner Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit allgemein geschätzt worden war. Die Direktion macht aber ein glänzendes Geschäft, da sie für den Pensionsfonds, zu dem sie sich auf Betreiben der städtischen Behörden mit Fängen und Bürgen versehen mußte, nunmehr einen unbedeutenden Zuwachs weniger hat.

Und wie sehr der Wagenführer bei den Zusammenstößen von Zufälligkeiten abhängig ist, die außerhalb des Bereiches seiner Geschäftlichkeit stehen, wird durch folgenden Fall bewiesen: Am vorigen Sonnabend mußte ein Expedient, also ein qualifizierter Vorgesetzter, auf der Strecke Spittelmarkt-Großgörschenstraße für einen plötzlich erkrankten Wagenführer einspringen. Die Fahrt verlief überaus unglücklich, da der Expedient auf dieser Strecke nicht weniger als drei Zusammenstöße hatte.

Frägt man nun nach der Ursache der häufigen Unglücksfälle, so geben die Beamten an, daß die Direktion in gar vielen Fällen insoweit den schwersten Teil der Schuld trage, als sie aus Sparparanoiden Gründen nicht allein die Angestellten weit über Gebühr anstrengt, sondern auch die Wagen, und zwar ebenfalls aus über angebrachter Sparparanoid, außerordentlich unzuverlässig in stand halte.

War oft soll es vorkommen, daß die Handwerker einen Wagen nur flüchtig nachgesehen aus der Hand lassen, eben weil die Direktion, vom falschen Sparparanoid befestigt, eine gründliche Revision für zu zeitraubend und kostspielig halte. Versage dann plötzlich die Bremse, so läßt der Wagenführer bei einem angerichteten Unglück als der allein Verantwortliche da. Ferner sei der schon gekennzeichnete Brauch, die Ausgelernten mit Handlangerarbeiten zu beschäftigen, an manchen Unglücken schuld. Wenn ein Mann, der eben die nötigen Handgriffe erlernt habe, auf Tage oder Wochen vom Beruf abkomme und dann plötzlich wieder als Wagenführer eingestellt werde, könne er naturgemäß nur unsicher seine verantwortungsvolle Arbeit verrichten.

Diese Mitteilungen zeigen, wie gewissenlos die Profitsucht einer Gesellschaft schaltet und walzet, die es dann der ihr von der liberalen Stadtverwaltung eingeräumten Privilegien wahrlich nicht würdig hätte. Die Darstellung stellt aber auch die Verurteilungen in grelles Licht, die die liberalen Stadtväter begingen, als sie es bei Bewilligung neuer Privilegien der Straßenbahn-Direktion gar nicht schnell genug zu Dank machen konnten.

Möge die Bevölkerung diesen Herbst durch die Wahl möglichst vieler sozialdemokratischer Vertreter dafür sorgen, daß das Stadtparlament hinfort nicht zu ähnlichen Mißbräuchen die Hand reichen.

Tokales.

Agitiert für die Stadtverordneten-Wahlen!

Die Berliner Sozialdemokratie stellt zu den am 6. November stattfindenden Ersatzwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung wiederum eigene Kandidaten auf. Selbstverständlich kommen hierbei nur die von der dritten Wählerabteilung zu vollziehenden Wahlen in Betracht. Die Ausschüßten auf den Sieg der Sozialdemokratie sind durchaus nicht unglücklich, wenn die Parteigenossen energig für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten agitieren, wenn sie nicht wieder — wie bei den Reichstagswahlen im vorigen Jahre — in allzu großer Siegeszuversicht glauben, der Sieg der Sozialdemokratie sei so sicher, daß es der Entfaltung einer regen Agitation nicht erst bedürfe.

Diese falsche Siegeszuversicht, welche sich bereits bei früheren Kommunalwahlen in Berlin bemerkbar machte, hat uns leider schon den Verlust von drei Wahlbezirken gebracht, welche vordem sozialdemokratische Vertreter gewählt hatten. Das darf unter keinen Umständen wieder vorkommen. Nicht nur die schon jetzt in unserem Besitze befindlichen Wahlbezirke, in denen Ersatzwahlen zu vollziehen sind, müssen gehalten, sondern möglichst viele neue für die Sozialdemokratie dazu erobert werden.

Vor allem gilt es, die trägen Massen aufzurütteln, welche sich sowohl bei den politischen, wie bei den Kommunalwahlen teilnahmslos verhalten. Gerade bei den Kommunalwahlen ist die Zahl dieser Indifferenten eine nur allzu große; sind doch alle bisherigen Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung nur als Minoritätswahlen zu betrachten, da die übergroße Mehrzahl der eingeschriebenen Wähler sich um diese Wahlen nicht kümmerte.

Wahr ist der Prozentfuß der sich an den Wahlen beteiligenden Kommunalwähler Berlins erheblich gestiegen, seitdem die Sozialdemokratie den Kampf um die Stube im Roten Hause mit Erfolg begann, aber dennoch bleibt in dieser Hinsicht noch sehr viel zu thun übrig. Raslos und mit Aufbietung aller Kräfte muß für die weitere Aufklärung der Kommunalwähler gewirkt, überall auf die Dringlichkeit der Teilnahme an den Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung hingewiesen werden, dann erst wird erreicht werden, was für die Sozialdemokratie bei dem bestehenden elenden Wahlsystem überhaupt zu erreichen ist: die Erwerbung sämtlicher Mandate, welche die III. Wählerabteilung zu vergeben hat, ein Ziel, welches die braven Parteigenossen unserer Nachbarstadt Nitzdorf bereits erreicht haben.

Auf denn zu neuen Kämpfen! Vorwärts zu neuen Siegen! War es doch stets die Sozialdemokratie, welche bei anderen Gelegenheiten die trägen Massen aufzurüttelte, welche den Indifferenten aus politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu überwinden wußte.

Die Stadtverordneten-Versammlung soll die kommunalen Interessen der Bevölkerung Berlins vertreten. Will sie dies, so ist es ihre heiligste Pflicht, die Interessen der werthhaltigen Bevölkerung — des weitaus größten Teiles der Berliner Bürgerschaft — mehr und besser zu vertreten, als dies bisher geschehen ist. Dies wird jedoch, davon sind wir fest überzeugt, in genügender Weise erst geschehen, wenn die werthhaltige Bevölkerung Berlins auch nicht ein Mandat, bei dessen Vergabung sie mit zu bestimmen hat, in andere Hände giebt als in die der Kämpfer für

die Befreiung der Arbeit vom Joche der kapitalistischen Produktionsweise, in die Hände sozialdemokratischer Stadtverordneter.

Wozu die Verurteilung des Kapitäns Drehschulz erhalten muß, beweist folgende Zeitungsnote: „Der Klub der Pariser Freunde“, der sich vor zwei Jahren bildete, hat sich gestern Abend wieder aufgelöst. Anfang 1898 trat eine Gruppe von Handwerkern, die in der Königsplatz wohnen, zusammen und beschloß, gemeinsam zur Weltausstellung nach Paris zu fahren. Um die für die Reise nötigen Kosten zusammen zu bringen, ohne daß der einzelne mit einem Mal zu bedeutende Geldeausgaben machte, wurde bestimmt, daß jedes Mitglied des Klubs, insgesamt 12 Personen, einen Wochenbeitrag von 8 Mark zu zahlen habe. Der Betrag wurde nach der städtischen Sparkasse gebracht und sollte vor der Abreise nach Paris im Jahre 1900 an sämtliche Mitglieder in gleichen Summen zur Verteilung gelangen. Auf Grund der neuesten Vorgänge in Remes trat gestern Abend die Mitglieder des Klubs in ihrem regelmäßigen Versammlungsort, im Restaurant „Zum Bräutchen“ am Alexanderplatz, zusammen und beschloß, einmütig, die Fahrt zur Weltausstellung nicht anzutreten. Der Kassierer wurde beauftragt, das auf der Sparkasse liegende Geld zum Zweck der Rückzahlung sofort zu kündigen.

Daß die „Pariser Freunde“ sich mit ihrem am Ende vom Dalles eingegebenen Eederg lächerlich machen, ist ja nebenbei. Wie aber steht die Reichshauptstadt, die Stadt der Intelligenz, in der Kulturwelt da, wenn zahlreiche Berliner Blätter diese gleichgültige Historie von des Sparklubs Glück und Ende mit ganz empfindlicher Miene als symptomatisches Zeichen dafür ins Feld führen, daß die neue Verurteilung des französischen Hauptmanns den furor toutonius bereits bis zur Siebentage entseffelt habe?!

Der finanzielle Abschluß der städtischen Abbladerpläne für das Etatsjahr 1898 hat sich gegenüber den Vorjahren insofern wesentlich günstiger gestaltet, als in Folge der Regierungsverordnung vom 17. März 1898, wonach vom 1. Oktober 1898 v. J. ab das Abbladen und die Lagerung des Berliner Hausmülls in den Vororten verboten wurde, der Verkehr auf den städtischen Abbladerplätzen in einem Umfange gestiegen ist, der bei Aufstellung des Etats nicht vorausgesehen werden konnte. Während in dem Halbjahr April-September 1898 nur 6067,36 Tonnen Müll abgeladen wurden, liegt die Zahl in dem folgenden Halbjahr Oktober 1898 bis März 1899 auf 119 882,66 Tonnen. Die Gesamteinnahme des Unternehmens betrug 367 171,21 M., die Gesamtausgabe 279 070,21 M., es verbleibt daher ein barer Reibstand von 87 201 M.; außerdem wurden zur Tilgung gewährter Darlehen 44 940,15 M. verwendet. Hierbei muß aber bemerkt werden, daß nur ein Teil, nicht ganz die Hälfte, des nach den Abbladerplänen gebrachten Mülls im Jahre 1898 von diesen fortgeschafft werden konnte, die Kosten der Fortschaffung des anderen Teils also auf spätere Jahre verschoben werden mußten.

Unsere Mitteilung über den Typhus in Berlin wird von einigen Blättern demontiert. So sehr wir auch wünschen, daß dies Dementi uns keinen Schaden mache, so müssen wir doch unsere geführte Meldung aufrechterhalten. Thatsächlich haben die gemeldeten Erkrankungen Aufsehen erregt, und ebenso stimmt es mit dem im Moabit Krankenhanse geübten Verdacht, daß das Wasser des Reinickendorfer Sees solche Kranke, die in letzter Zeit dort badeten, infiziert hat.

Der Fernverkehr mit Argentan, Waderleben, Bingen, Malchin, Reudersow (Reud.), Nordhorn, Pagan, Roßbach, Schwerin (Warze), Tapolau und Teterow ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je eine Mark.

Im Winterfahrplan für den Fernverkehr Berlins treten folgende wichtige Änderungen ein. Der D-Zug 17 Berlin-Stettin erhält durch Späterlegung um 20 Minuten ab Berlin, Stettiner Bahnhof, 7²⁰ abends Anschluß an den D-Zug 7 von Köln, an Berlin, Friedrichstraße, 7²⁰ abends. Die Verbindung mit Schweden durch die Züge 213 und 214, ab Stettiner Bahnhof 8⁰⁰ früh und an 12⁰⁰ mittags, bleibt entgegen dem ersten Entwurf zum Winterfahrplan bestehen. Der Zug ab Schiffscher Bahnhof 3⁴⁵ nachmittags nach Königsberg (Neumark) wird beschleunigt. Er geht von Lichtenberg-Friedrichstraße erst um 6⁰⁰ abends ab und trifft in Königsberg (Neumark) bereits um 9⁰⁰ abends ein. Ebenso geht der Zug 688 aus Königsberg (Neumark) erst um 5³⁰ morgens ab und trifft bereits um 9⁰⁰ morgens in Lichtenberg, Friedrichstraße ein. Der Zug 688 verkehrt 10 Minuten später. Er trifft aus Königsberg 8³⁰ in Lichtenberg erst um 8⁰⁰ abends ein. Der Zug 689 geht von Briesen nach Berlin 18 Minuten früher, er trifft in Lichtenberg um 11³⁰ ein. Der bisher um 8³⁰ abends vom Schiffscher Bahnhof nach Bützow abgegangene Zug 688 wird erst um 10⁰⁰ abends fahren; er fährt vom Alexanderplatz nunmehr 11⁰⁰, von der Friedrichstraße 11³⁰.

Na, also! Die Juwelen der Frau Agnes Freund haben sich wiedergefunden. Von der Polizeidirektion in Braunschweig erhielten gestern morgen die Dame und die Heilige Kriminalpolizei die Mitteilung, daß sich die im Kölner D-Fluge befindliche Tasche mit dem wertvollen Inhalt in Braunschweig befindet. Sie war irtümlich unter das Gepäc einer Braunschweiger Dame geraten, die mit Frau Freund zusammen in dem Zuge gefahren war.

Zwei Ladendiebstahl wurden Montagnachmittag in Moabit abgefaßt. Ein Kriminalbeamter verfolgte schon seit längerer Zeit zwei Frauen, die des wiederholten Ladendiebstahls verdächtig waren. Am Montag kamen beide von Charlottenburg her, mit Umschlangehändlern und einem Korbe versehen. Sie behaupteten, daß sie ihren Männern Essen gebracht hätten. Im Laden des Hauses Lohwitzer 9 verlangten sie Schutz vor sich und ihre Kinder, probierten verschiedene Sachen, verließen dann aber das Geschäft, ohne etwas gekauft zu haben. Bald darauf wurde die Verkäuferin auf das Revierbureau in der Ottostraße gerufen, um sich beschlagnahmte Sachen anzusehen. Es waren Schuhe aus ihrem Geschäft, und die Frauen, denen man sie abgenommen hatte, waren die, kurz vorher von ihr bedienten Kundinnen, die bald darauf der Kriminalbeamte erwischt hatte. Die Diebinnen hatten es verstanden, während des Anprobierens sich drei Paar Kinder- und zwei Paar Damenschuhe unter die Kleiderhülle zu schieben und dort an eigens dazu angebrachten Haken aufzuhängen.

Im Straßenge triebe verunglückt ist gestern morgen um 10 Uhr die 69 Jahre alte Arbeiterwitwe Luise Kähn, geb. Reuendorfer, aus der Waisenstr. 2. Die alte Frau wollte am Sparassen-Gebäude den Mühlendamm überqueren, geriet in Verwirrung, wurde von einem elektrischen Wagen umgestoßen und zog sich einen Bruch des rechten Schlüsselbeins zu. Ein Schuttmann von der 4. Bezirkswache brachte sie mit einer Droschke in ein Krankenhaus.

Ein Kampf in den Lüften konnte gestern nachmittag von der Gertrundenstraße aus beobachtet werden. Ein Lufball, der hoch oben auf der Petrikirche horstet, hatte eine Taube geschlagen und wollte mit seiner Beute dem Horst zufliegen, als plötzlich drei Krähen daherfliegen, um ihm den Raub zu entreißen. Der Falke hatte aber seine Beute schon gepackt und verteilte sie mit wüthigen Schnabelschlägen. Die Krähen setzten dem Falken in dessen vor allen Seiten so mächtig zu, daß er genötigt war, die Taube auf das Dach eines Hauses niederfallen zu lassen. Während nun eine der Krähen sich der toten Taube zu bemächtigen suchte, setzten die beiden andern den Kampf fort. Der Räuber der Lüfte hatte aber jetzt die Fänge frei und machte von diesen Waffen ausgiebigen Gebrauch, daß die Angreifer bald trügend von dannen zogen. Der Sieger verblieb noch eine Zeit lang an der Kampfzelle, folgte Kreise ziehend, bis er sich plötzlich entporth und im nächsten Augenblick in eine andere Taubenkarst einfiel. Das Schauspiel hatte eine große Zuschauermenge festgehalten, die dem Verlauf des Kampfes gespannt folgte.

Mutter und Kind verschwunden. Am 4. d. M. verließ die 30 Jahre alte Frau des Kaufmanns Selgarten, Eugenie geb. Müller, mit ihrem vier Monate alten Kinde heimlich ihre Wohnung und ist seitdem verschwunden. Die Frau war schon seit längerer Zeit gemüthkrank und sollte in eine Heilanstalt gebracht werden. Wahrscheinlich hat sie aber Furcht gehabt und sich deshalb entfernt. Nachforschungen in den Krankenhäusern sind erfolglos geblieben. Da die Frau wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hat, so beabsichtigt man, daß sie sich das Leben genommen und das Kind in den Tod mitgenommen habe. Die Vermisste ist 1,59 bis 1,60 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar und eine schwächliche, kränkliche Gestalt und trägt ein schwarzes seidenes Kleid, einen schwarzen Umhang und einen schwarzen oder blauen Hut. Das Kind trägt ein kurzes weißes Kleid.

Schwer verbrannt hat sich gestern vormittag in der Rüschenfabrik von Rietsche u. Sader in der Wallstr. 16 die 19 Jahre alte Arbeiterin Anna Hausmann vom Lützen-Platz 64. Mit schweren Verletzungen am Kopf, am Hals, an der Brust und an den Armen wurde sie durch die Rettungsgesellschaft in das Hospital der Frauen Schwestern in der Niederwallstraße gebracht.

Aus einer gefährlichen Lage befreite die Feuerwehr einen Geisteskranken. Der 23jährige Sohn des Försterns Großkopf in der Schulstr. 20 war wegen Epilepsie und Geisteskrankheit in der Anstalt zu Biesdorf untergebracht, aber im April auf unbestimmte Zeit von dort zu seinen Eltern beurlaubt, da sich anscheinend sein Gesundheitszustand gebessert hatte. In der Nacht zum Dienstag war es ihm nun gelungen, sich unbemerkt aus seinem Schlafzimmer zu entfernen. Er kroch durch das Dachfenster auf das Dach, erklomm hier einen zwei Meter hohen Schornstein und ließ sich dort nieder. Ein Straßenpassant bemerkte den nur mit Hemd bekleideten jungen Mann in seiner gefährlichen Lage. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die dann mit allen Vorsichtsmaßnahmen vorgeht. Nach Ausbreitung des Sprungtuches besiegte Brandmeister Troja mit drei Mann das platte Dach und schloß sich an den Schornstein heran. Mittels der Jangleine wurde dann der Geistesgestörte vom Schornstein herabgezogen, von den Feuerwebern aufgefunden und vom Dach herabgetragen. Er war vollständig erstarrt, da er in seiner luftigen Bekleidung wohl zwei Stunden dort oben zugebracht hatte.

Ein Fabrikbrand kam gestern früh 2 Uhr auf dem Grundstück Elisenstraße 24 zum Ausbruch. Im ersten Stock des Oelgebäudes befindet sich dort das Papier- und Papp-Engros-Geschäft von C. Sasse, während im zweiten die Goldleisten-Gründsteinanstalt von C. Heißer und im dritten die Drucker von Baldowits untergebracht sind. Das Feuer kam in der Goldleistenfabrik aus und fand an den trockenen Leisten so reiche Nahrung, daß es bei Anbruch der Wehr bereits den ganzen Fabrikraum erfaßt hatte. Obgleich die Wehr sofort mit mehreren Schlauchleitungen eingriff, konnte doch nicht verhindert werden, daß die Flammen die Decke durchschlugen und die Drucker erfaßten. Während die Goldleistenfabrik total ausbrannte, so daß sie einstweilen ihren Betrieb einstellen muß, ist die Drucker besser weggekommen, so daß hier die Arbeitsunterbrechung nur eine vorübergehende ist. Das Papierlager im ersten Stock hat durch Wasserschaden stark gelitten. — Auf Brandstiftung dürfte ein großer Verdacht ruhen, der gestern früh gegen 6 Uhr Poststr. 44 wüthete. Bereits im September v. J. brannte der Dachstuhl des 10 Fenster haltenden rechten Seitenflügels nieder, und auch diesmal ist der neu aufgeführte Dachstuhl samt allen Bodenräumen vollständig eingeschwert worden. Auffällig erschien diesmal, daß bei Anbruch der Wehr das Dach bereits an allen Ecken brannte. Die Lösungsarbeiten nahmen drei Stunden in Anspruch.

Feuerbericht. Dienstag früh 9 Uhr gingen Karlstraße 10 Kleingewerke und Wäsche in Flammen auf. Montagnachmittag erfolgte ein Alarm nach Schäferstraße 14, wo ein mit Papier und Brennmaterial angefüllter Vorrath eingelagert wurde. Bald darauf brannten Schindelstraße 25 in einem Warte- und Kartons mit Gipsstaubschmied und Hühnerstraße 18 Schaufelwerkstätten. Vorher waren noch eine Reihe zum Teil unbedeutender Brände abzuolischen. Sebastianstraße 24 hatte der Inhalt einer Badeliste Feuer gefangen, während Köhlerstraße 68a überglotetes Fett einen Brand verursacht hatte. Durch Selbstentzündung von Wehlothen entstand Rüdlerstraße 48 ein Kellerbrand. Ein Alarm nach Pallisadenstraße 13 betraf einen Kleinenbrand, der aus den Fußboden und die Balkenlage bestand. Kleinerer Brände wurden außerdem gemeldet von Swinemünderstraße 14, Biegnitzerstraße 6, Fahnstraße 9, Ulfedomsstraße 20a und Friedrichstraße 107.

Aus den Nachbarorten.

Eine neue Polizeiverordnung für die Rad- und Motorfahrer hat der Vorstand des Bezirke „Spandauer Forst“ erlassen. Sie bestimmt, daß Rad- und Motorfahrer an den ca. 100 Meter vor dem Restaurant Hundeküche stehenden Warnungstafeln von ihren Häusern abzurufen und diese bis zu den außerhalb der Warnungstafeln liegenden Straßenspreiten zu führen haben. Motorwagen und alle sonstigen Fuhrwerke haben die bezeichnete Straße im Schrittempo zu durchfahren. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 9 M. oder verhältnismäßiger Haft bestraft. An schönen Sommer-Sonntagen mag eine solche Bestimmung vielleicht in den Nachmittagsstunden am Plage sein. Wochentags und zur Winterzeit auch Sonntags ist die Neuerung völlig zwecklos und nichts als eine unnütze Plakerei für die Stadtfahrer.

Wauerschlauheit. Das in Schöneberg immer dringender laut werdende Verlangen nach Errichtung eines Krankenhanes hat naturgemäß dazu geführt, daß sich die beiden städtischen Körperschaften, Stadtverordnete und Magistrat, mit dieser Frage beschäftigten. Sel es nun, daß in Untertracht eines von mehreren Stadtverordneten geäußerten Wunsch, die durch den Verkauf von Ländereien reich gewordenen Müßbäuer möchten der Stadt ein geeignetes Terrain unentgeltlich überlassen, unsere beiden Körperschaften eine abwartende Stellung einnehmen, oder mögen es andere Gründe gewesen sein, kurz und gut, man hört und sieht nichts von der Errichtung eines Krankenhanes. Desto rühriger sind jedoch die Schöneberger Pflanzbauern. Vor einiger Zeit war noch possendes Bauland in dem zumeist in Betracht kommenden Billiggebiet zwischen Friedenau und Süden für 100 M. die Ruthe zu haben. Die dort ansässigen Großgrundbesitzer haben sich nunmehr dahin geeinigt, die Ruthe nicht unter 200 M. abzugeben. Es berührt wirklich unheimlich, wenn man sieht, wie viele Staatsbürger jede Gelegenheit benutzen, sich zum Schaden der Allgemeinheit zu bereichern. Vielleicht bieten die im November stattfindenden Ersatzwahlen Gelegenheit, die Spekulation jener Herren ins rechte Licht zu stellen.

In dem Strafverfahren gegen den Reichsgläubner Joachim Heilgen zu Charlottenburg wegen Erpressung, Betruges und Verleumdung ist die seit vier Monaten schwebende Voruntersuchung durch den Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Friedberg gestern geschlossen worden. Die Akten befinden sich nunmehr zur Erhebung der Anklage bei der Staatsanwaltschaft.

Das Dampferunglück auf der Havel, über das wir gestern berichteten, ist nach Mitteilung einiger Passagiere des angenehmen Stern dampfers „Kronprinzessin Victoria“ viel gefährlicher verlaufen, als nach den ersten Mitteilungen anzunehmen war. Es erregte besonders Unwillen, daß die „Dorothea“ ruhig weiter fuhr, als das Unglück geschehen war, trotzdem der Kapitän dieses Schiffes wissen konnte, daß der angesehene von ihm angerichtete Zusammenstoß die schlimmsten Folgen haben konnte. Die Kronprinzessin Victoria, die led ward und allmählich voll Wasser lief, suchte, als sie an den Strand gefahren war, alsbald durch Rot-Signale Hilfe herbeizuschaffen. Wie notwendig ein Verstand war, beweist die Thatsache, daß die in der Kajüte befindlichen Passagiere über Hals und Kopf durch die Kajütenfenster auf Deck geschafft werden mußten. Alle Signale blieben

Jedoch vor der Hand erfolglos, denn merklichgerweise stimmte sich anfänglich keiner der vielen vorbeifahrenden Dampfer um die von der „Kronprinzessin Victoria“ ausgehenden Zeichen. Die Lage wurde immer kritischer und die männlichen Passagiere des von 250 Personen besetzten Schiffes hatten alle Mühe, die geängstigten Frauen und Kinder zu beruhigen. Zwar sah das Vorderende des Schiffes fest, doch war es dem Kapitän unmöglich, soweit ans Land zu bringen, daß die Fahrgäste in Sicherheit geschafft werden konnten. Unterdessen sank das Hinterende des Schiffes immer tiefer ins Wasser, so daß die Fahrgäste sich mehr und mehr nach vorne zusammenbrängen mußten. Auch hielt der Maschinenist es für geraten, die Feuer zu löschen. Endlich nach zwei Stunden qualvoller Angst kamen andere Dampfer heran, die dann die Fahrgäste aufnahmen und nach Wannee ans Land brachten. Bei dem Zusammenstoß ist ein Mann durch Glassplitter erheblich an der Hand verletzt worden; im übrigen sind die Passagiere und Mannschaften mit heiler Haut davon gekommen. Jedoch beklagen viele Personen den Verlust von Kleidungsstücken, die entweder im Wasser verloren gingen oder auch während des Zusammenstoßes vom Körper gerissen und zerlegt wurden.

Gerichts-Beilage.

Vom Schutze der für den Staat besonders nützlichen Elemente. Einem „beleidigten“ Streikbrecher hat das Schöffengericht zu Charlottenburg Genehmigung verschafft. Der Thatbestand, welcher der am Dienstag stattgehabten Verhandlung zu Grunde lag, ist folgender: Im Februar d. J. verfaßte der Schriftführer des Porzellanarbeiter-Verbandes ein gedrucktes Cirkular an die Zahlstellen, worin die Namen einer Anzahl solcher Personen mitgeteilt werden, die bei Lohnbewegungen ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind und dadurch die Interessen des Verbandes geschädigt haben. In dem Cirkular heißt es: „Der Zweck (der Namensmitteilung) soll sein, daß die Verwaltungen bei eventuellen Anmeldungen neuer Mitglieder nach Durchsicht der Namen wissen können, ob der Betreffende auch würdig ist, in unsere Organisation aufgenommen zu werden; weiter, daß solchen Arbeitswilligen, die gegen die Kollegenchaft und gegen die Organisation sich vergangen haben, und die bekanntlich weit öfter als andere Kollegen, infolge ihrer moralischen und geschäftlichen Qualifikation arbeitslos werden, nicht auch noch aus Unkenntnis die Unterstützung der Kollegen auf Reisen zu teil wird.“ Einer der in der Liste aufgeführten fühlte sich durch die gesprochene gedruckte Beleidigung verletzt. Er stellte Strafantrag gegen den Verbands-Schriftführer Richard Zahn, und die Staatsanwaltschaft leitete die Anklage wegen Beleidigung gegen Zahn ein. Zur Kennzeichnung des Angeklagten in seiner Eigenschaft als Streikbrecher führte Zahn vor Gericht an, daß dieser, nachdem er während eines Streiks aus der Verbandsliste abgestrichen und hundert Mark Unterstützung erhalten, in einer gesprochenermaßen Arbeit genommen, und also durch sein Verhalten den Verband schwer geschädigt habe, weshalb er (der Angeklagte) als Verbands-Schriftführer ohne Zweifel in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Der Amtsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof erlachte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Er billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 nicht zu. — Wie der Vorliegende ausführte, ist deshalb auf eine Freiheitsstrafe erkannt worden, weil die Beleidigung eine besonders grobe sei und der Angeklagte dadurch eine Ehranlei ausübt habe auf diejenigen, welche nicht in der Lage (s) waren, sich einem Streik anzuschließen.

Damit ist also die „Verletzung“, welche einem Streikbrecher zugesetzt worden sein soll, der die Klasse seiner Gewerkschaft erheblich anerkennend, in empfindlicher Weise an einem Vertreter der Arbeiterinteressen „geföhnt“ worden. Wenn dagegen von Unternehmerverbänden unter ganz ähnlichen Umständen Verurteilungen ausgesprochen wurden, dann fand sich bisher kein Staatsanwalt, der für die solchergestalt Verletzten eintrete.

Dafür ist der Staat, in dem eine derartige Handhabung der öffentlichen Gewalt möglich ist, auch der Staat der Socialreform!

Ein Staatsanwalt. Eine sehr bedenkliche Ehejente lag der Anklage wegen Verdröhung und Körperverletzung zu Grunde, die gestern die Frau Auguste Schulze und deren Ehemann, den Handelsmann Paul Schulze, vor die erste Ferienkammer des Landgerichts I führte. Die angeklagte Ehefrau gab unter reichlichen Thränen ergüßten eine Schilderung all der Leiden, die sie in ihrer Ehe auszuhalten gehabt. Das Zusammenleben der beiden Angeklagten war ein höchst unglückliches. Der Grund dafür lag nach der Behauptung der Ehefrau in der Trunksucht des Ehemannes, der sie fortgesetzt mißhandelt und für Frau und Kind nicht gesorgt haben soll. Hefige Austritte und Ausereien waren in der in der Gerichtsstube delegierten Wohnung an der Tagesordnung und die Ehemannschreie der mißhandelten Frau drangen wiederholt bis zu den Ohren der Hausnachbarn. Nach einer solchen heftigen Scene soll die Frau in höchster Wut dem Manne die Drohung entgegengeschleudert haben: er könne sich darauf gefaßt machen, daß sie ihn im Schlafe mit der Meißelsteife todschlagen werde. Der Angeklagte dagegen schloß sich eines Tages das Küchenbeil und stieß die Drohung aus, daß er damit die Frau mit dem beiden Kindern „toll machen“ werde. Am 18. Mai kam es wieder zu einem furchtbaren Austritt zwischen den Eheleuten, die Frau behauptet, daß sie der Ehemann wieder gräßlich mißhandelt und dann unter Drohungen die Wohnung verlassen habe. Als der Angeklagte nachts nach Hause kam, fand er die Wohnungstür von innen verschlossen; die geängstigte Frau, welche sich vor der Wut ihres Ehemannes fürchtete, weigerte sich einzulassen, die Thür zu öffnen und brachte dadurch den Angeklagten in solche Wut, daß er sich den Eingang gewaltsam zu erzwingen suchte, indem er die Thür erbrach. Als er mit dem einen Arm und einem Teile des Oberkörpers sich durch die Thür gezwungen hatte, trat die verzweifelte Frau ihm energisch entgegen und schlug zunächst mit einem Küchengerät auf ihn ein; dann griff sie zu dem von dem Ehemann selbst geschliffenen Beil und hieb damit auf ihn los, so daß er bald lamppfahrig wurde und, aus mehreren Wunden blutend, ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Als Zeugen dieser aufregenden häuslichen Scene waren die beiden halb erwachsenen Kinder der Angeklagten geboren, deren Mütterchen an all das Traurige, was sie im Elternhause erlebt hatten, durch fortgesetztes Schreien fast erstickt wurde. Der Staatsanwalt glaubte recht harte Strafen in Antrag bringen zu sollen, einerseits weil er meinte, daß das Vorgehen der Frau fast an verführten Mord (1) grenze, andererseits um den Angeklagten zur Erkenntnis zu bringen, daß ein derartiges Verhalten von Eheleuten gegen einander besonders strafbar sei! Er beantragte gegen die Ehefrau — zu deren schmerzlichen Entsetzen — 1 1/2 Jahre Gefängnis, gegen den Ehemann 6 Monate Gefängnis. — Der Gerichtshof verurteilte die Frau nur wegen Verdröhung zu — einer Woche Gefängnis und sprach sie im übrigen frei, indem er annahm, daß sie sich im Stande der Notwehr befunden habe. Der angeklagte Ehemann wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Verfassungen.

Mit den Vorgängen in der letzten Niddorfer Stadtverordneten-Sitzung beschäftigte sich am Montag eine Volksversammlung, die den großen Saal des Apollo-Theaters in Niddorf bis auf den letzten Nagel füllte. Wie wir bereits berichtet haben,

verließen die, socialdemokratischen Stadtverordneten Niddorfs am letzten Donnerstag den Sitzungssaal, nachdem ihnen die aus bürgerlichen Vertretern bestehende Mehrheit zwei Sätze in einer Kommission, welche Vorschläge zur Wahl einer Steuerveranlagungs-Kommission zu machen hat und damit auch eine Vertretung in der letztgenannten Kommission verweigert hatte. Die Stadtverordneten, Genossen Meyer, Ostermann, Klein und andere, die in der Versammlung das Wort nahmen, führten aus: Die socialdemokratischen Stadtverordneten seien bisher in verschiedenen Kommissionen vertreten gewesen, und sie hätten dort sowohl, wie im Plenum ihre ganze Kraft im Interesse ihrer Wähler und zum Wohle der Stadt eingesetzt. Das sei auch von Mitgliedern des Magistrats reichlich anerkannt worden. Die bürgerlichen Parteien in der Stadtverordneten-Versammlung scheinen es aber darauf abgesehen zu haben, die Socialdemokraten von allen wichtigen Kommissionen auszuschließen, obgleich unsere Genossen die ganze dritte Wählerklasse und somit die Mehrheit der ganzen Einwohnerchaft vertreten. Diese Absicht der bürgerlichen Parteien sei in der letzten Sitzung unverkennbar zum Ausdruck gekommen. Nach einer Ministerial-Verfügung sollen in der Steuerveranlagungs-Kommission möglichst alle Schichten der Steuerzahler vertreten sein. Die bürgerlichen Parteien aber schließen die Vertreter der dritten Wählerklasse von dieser für die Steuerzahlenden Bürger so wichtigen Kommission aus. Die Socialdemokraten nahmen den ihnen angebotenen Kampf auf, sie wollten mit ihrem Protest zeigen, daß sie willens sind, ihre und ihrer Wähler Rechte energisch zu vertreten, und sie würden auch bei geeigneten Gelegenheiten ihre Demonstrationen fortsetzen, bis die Rechte der Vertreter der dritten Klasse anerkannt werden. In den Volablättchen werde jetzt unseren Genossen der Vorwurf gemacht, sie hätten die Politik in die Stadtverordneten-Versammlung getragen. Das Gegenteil ist der Fall. Die bürgerlichen Parteien haben sich von politischen Erwägungen leiten lassen, indem sie unsere Genossen, nur weil sie Socialdemokraten sind, von der Kommission ausschlossen. — Im Laufe der Diskussion fragte Eichholz an, was unsere Genossen zu thun gedenken, damit der Ministerialerlaß, welcher eine Vertretung möglichst aller Steuerklassen in der Steuerveranlagungs-Kommission empfiehlt, zur Durchführung komme. Darauf antwortete Ostermann, was die socialdemokratischen Stadtverordneten thun und welche Taktik sie einschlagen werden, das hängt von dem Verhalten der Gegner ab. Schließlich gelangte folgende von Thomas eingebrachte Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 11. September im Apollo-Theater tagende öffentliche Volksversammlung der Kommunalwähler der dritten Wählerklasse Niddorfs protestiert ganz entschieden gegen den Beschluß der letzten Stadtverordneten-Versammlung, wodurch die Vertreter der 3. Wählerklasse von der Steuerveranlagungs-Kommission ausgeschlossen wurden. Die Versammlung erklärt, daß ein solcher taktloser Akt gegen jeden politischen und parlamentarischen Gebrauch ist, sie erkläre darin eine Zurücksetzung der dritten Wählerklasse und fordert deshalb die socialdemokratischen Stadtverordneten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Resolutionen der bürgerlichen Vertreter, welche allen Anschein nach auf eine der Stadt schädliche Interessenverwirklichung abzielen, Front zu machen. Die Versammlung spricht den socialdemokratischen Stadtverordneten für ihr Verhalten in der letzten Stadtverordneten-Versammlung ihre volle Anerkennung aus und erwartet von denselben, daß sie auch fernerhin rücksichtslos die Interessen der Niddorfer Einwohner vertreten und nicht eher nachlassen, bis sie sich volle Anerkennung verschafft haben und in allen Kommissionen vertreten sind. Die Versammlung überläßt es den Stadtverordneten der dritten Wählerklasse, welche aus der großen Mehrheit der Niddorfer Bevölkerung besteht, ihre Taktik dementsprechend einzurichten mit der Devise: Nieder mit der Interessenverwirklichung! Hoch das gleiche Recht für alle!

Die Bauarbeiter (Pugener) waren am Montag versammelt, um Stellung zu der Arbeitseinstellung der Puger zu nehmen. Vom Referenten Wegener und einigen Diskussionsrednern wurde das fühlbare Verhalten der Puger den Hilfsarbeitern gegenüber scharf getadelt und empfohlen, eine abwartende Stellung einzunehmen. Zwei anwesende Vertreter der Puger bedauern das Wieder-aufleben alter Streitigkeiten; die Puger seien längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie mit den Hilfsarbeitern Hand in Hand gehen müßten; er hoffe, daß auch die Pugerträger dies einsehen und ein gemeinsames Vorgehen beschließen werden. Nachdem auch einige Redner von den Pugerträgern in diesem Sinne gesprochen, gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: Die am 11. September 09 tagende öffentliche Versammlung der Pugerträger Berlin beschließt: In Erwägung, daß die Bauarbeiter Berlin nicht verpflichtet sind, dem Unternehmern irgend welches Arbeitsgerät zu liefern, wird verlangt, daß bis zum 18. September dieses Jahres spätestens sämtliche eigenen Geräte, Wasserfasser, bezw. Mägen und Spaten usw. vom Bau zu entfernen und die Unternehmer verpflichtet sind, alle erforderlichen Arbeitsgeräte für Arbeiter unentgeltlich zu liefern. Mit allen gegen zwei Stimmen gelangte ein Antrag zur Annahme: Die Puger-Hilfsarbeiter stellen an den Unternehmern ein Bünd (nicht an die Puger) die Forderung von 7 M. Tagelohn bei neunstündiger Arbeitszeit; die Puger sind verpflichtet, darauf zu achten, daß nur organisierte Arbeiter bei ihnen beschäftigt werden. Ueberall, wo Bauarbeiter von den Pugern entlohnt werden, ist der Kommission sofort Mitteilung zu machen. Die Forderungen sollen bereits am Dienstag, den 12. September d. J., den vereinigten Unternehmern unterbreitet und das Ergebnis in der öffentlichen Versammlung am Sonntag, 17. September, mitgeteilt werden. Vom Vorsitzenden wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß Eintrittskarten zu der am 24. September auf der Sternwarte stattfindenden Vorstellung an den bekannten Stellen zu haben sind. Mit der Mahnung, nunmehr eilig zu sein, allen Jüst zu begraben und während des Ausstandes die größte Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Zur Lohnbewegung der Puger Berlin und Umgegend. Am Montag haben die Puger, dem Beschluß von der vorigen Woche entsprechend, auf den meisten Bauten die Arbeit eingestellt, auf welchen die Forderungen; 8 1/2 stündige Arbeitszeit, 8 M. tägliche Aufschlagzahlung usw. nicht bewilligt worden sind. In der gestrigen Versammlung im großen Saal der Brauerei Friedrichshagen, zu der die Puger fast vollständig erschienen waren, konnte die Lohnkommission berichten, daß sich bereits 813 Puger bei der Kommission gemeldet haben, die sich an der Lohnbewegung beteiligen. Davon arbeiten auf 28 Bauten bei 27 Unternehmern 270 Puger zu den neuen Bedingungen, die ohne Arbeitsniederlegung bewilligt wurden. 420 Puger sind zur Zeit arbeitslos. Außerdem haben sich 117 Puger als arbeitslos gemeldet. 81 Puger arbeiten noch zu den alten Bedingungen. Auf mehreren Bauten sind die Verhandlungen mit den Unternehmern noch nicht beendet, und wird erwartet, daß in den nächsten Tagen auch hier die Forderungen anerkannt werden. Verschiedene Unternehmer sind wohl gewillt, die Forderungen zu bewilligen, weigern sich aber, die Unter schrift zu geben, um bei gelegener Zeit die Arbeitsbedingungen ohne Schwierigkeiten ändern zu können. Die Arbeitgeber haben bisher auch noch nicht geglaubt, daß die Lohnbewegung derartige Dimensionen annehmen und daß bei dieser Bewegung eine völlige Einmütigkeit unter den Pugern herrschen würde. Die Konjunktur wird von Tag zu Tag günstiger. Es kommen beständig neue Bauten hinzu, auf welchen die Pugarbeiter in Angriff genommen werden müssen, um zur rechten Zeit fertig gestellt zu sein. Es ist infolge dessen zu erwarten, daß die Unternehmer gezwungen sein werden, die Forderungen zu bewilligen, besonders aber dann, wenn die Puger wie bisher einheitlich für dieselben eintreten.

Von den Bauern wird erwartet, daß sie unter keinen Umständen nach nur die geringsten Zugeständnisse verweigern. Die Unter schrift des Revertes von einem Bauweiser bezw. von dem die Arbeit übernehmenden Puger soll nicht, sondern nur die vom Bauherrn resp. dem leitenden Bauweiser anerkannt werden. Ebenfalls sollen von Unternehmern abgeänderten Verträge keine Anerkennung finden.

Jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Puger hat pro Arbeitstag 1 M. an den Streikfonds abzuführen. Die Ausständigen bezw. Arbeitslosen sind verpflichtet, sich täglich in der Zeit von 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends zur Kontrolle zu melden. Zu diesem Zweck sind außer dem Centralbureau Rosenhallerstraße 57 bei Schiller noch folgende Filialen eingerichtet: für den Westen, Schöneberg, Steglitz usw. bei Werner, Wiltonstr. 59; für den Südosten und Niddorf bei Faterath, Stalingerstr. 50/51; für den Osten und Friedrichsberg bei Zabel, Franzfurter Allee; für den Norden, Wedding, Moabit bei Bergermann, Wajenwallerstraße 3; für Charlottenburg bei Lederer, Wilmardstr. 74. — Die Auszahlung der Unterstützung und die Ausstellung der Streikarten findet nur im Centralbureau statt.

Die Posamentiere hielten am Sonntag, den 10. September, eine öffentliche Versammlung ab. Den Vorsitz der Posamentierkommission gab Hr. Berger. Er führte aus, daß die Forderung der Gehilfen bei 10 Firmen mit 38 Gehilfen bewilligt, dagegen bei 29 Firmen mit 100 Gehilfen nicht bewilligt sind. Trotzdem viele Kollegen mit schwerem Herzen von ihrer Arbeitsstätte, auf welcher sie schon 15—20 Jahre thätig waren, schieden, sei es doch eine Freude gewesen, mit anzusehen, wie blutjunge Kollegen mit den Graubärten Arm in Arm davongingen. Alles mögliche haben die Unternehmer versucht, einige zur Umkehr zu bewegen; es ist ihnen dies nur bei sechs bis acht gelungen. Nachdem erfolgte eine lebhafteste Diskussion. Die Tagesleiter Schröder und Wister gaben ihrer Freude Ausdruck über die Einigkeit der Posamentiere und versprochen moralische Unterstützung, welches großen Beifall hervorrief. Wister machte bekannt, daß die Agitationskommission der Textilarbeiter Charlottenburgs zu Mittwoch eine Versammlung einberufen habe zu Gunsten der Posamentiere. Mit einem Hoch auf die Posamentierbewegung schloß die von 300 Personen besuchte Versammlung.

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter hielt Schil einen beifälligen ausgenommenen Vortrag über: Unternehmerorganisation und die Arbeiter. Der Vertrauensmann Krüger spricht im Sinne des Referenten; er erhebt den Vorwurf, daß so häufig die Arbeit niedergelegt werde, ohne, daß man ihn davon in Kenntnis setzt. Krüger und Fischer berichten über die Vorwissenisse bei der Firma Held und Franke. Den Hüllern werden 50 M. Streikunterstützung zugewilligt. Als Redner werden Szekmann und Franz Schmidt, als Jubelstimmgeber für den Wahlen Szekmann gewählt. Zum Schluß wird auf die öffentliche Versammlung am Sonntag, den 17. M., mittags 12 Uhr, im „Englischen Garten“ aufmerksam gemacht.

Die Niddorfer wählten in ihrer letzten Mitglieder-Versammlung Kuchminder zum Vorsitzenden, Meyer zum Kassierer. Sodann verlas Leohardt über den Stand der Lohnbewegung, den er als gut bezeichnet; die Sperre über sämtliche Firmen bleibt bestehen.

Der Verein der Plätterinnen hielt am 5. d. M. seine regelmäßige Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörtere die Versammlung das Andenken des Genossen Jacoben in der städtischen Weise. Den dänischen Arbeitern werden 30 M. bewilligt. Sodann folgte die Erörterung von Vereinsangelegenheiten.

Charlottenburg. In der „Cambrinus-Brauerei“ tagte am 7. d. M. eine öffentliche allgemeine Gewerkschaftsversammlung, in welcher die Diskussion einer früheren Versammlung über die Erweiterung des städtischen Arbeitsnachweises für gelehrte Arbeiter fortgesetzt wurde. Bevor man in die Diskussion eintrat, wurde erst die Wahl einer Bauarbeiterauswahlkommission für Charlottenburg vollzogen. In dieselbe wurden Wagner, Berner, Zimmer, Fischer und Heesche, Bauarbeiter Sabloß und Riser Fleming gewählt. Bled gab nun ein kurzes Resümee über die Verhandlungen der vorigen Versammlung und bat, diese Frage nur heute eintägig zu erledigen. Nach langer Debatte, in der das „Für“ und „Wider“ genügend erörtert wurde, gelangte in vorgerückter Stunde folgender Antrag mit geringer Majorität zur Annahme: Die heutige öffentliche Gewerkschaftsversammlung ist mit dem Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises für gelehrte Arbeiter einverstanden und beauftragt ihre Vertreter im Kuratorium, beim Magistrat dahin zu wirken, jedoch unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschafts-Kongresses.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorfer und Umgegend hielt am Mittwoch, den 6. d. M., eine Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Gerich zu Tempelhof ab. Genosse Martwaldt berichtete über die „Judenfrage“. An der Diskussion beteiligten sich zahlreiche Personen.

Vermishtes.

Auf der Suche nach Andree. Der Dampfer „Ankette“ mit der Kaiserlichen Expedition, welche an der Ostküste Grönlands nach der Andreeschen Expedition geforscht hatte, wurde Montagvormittag weißlich von Eisingen von einem Loosboot angeprochen. Die Expedition hat keine Nachrichten von Andree mitgebracht. — Wandal (Norwegen), 12. September. Die Andreesche Grönland-Expedition passierte gestern hier an Bord des Schraubenschoners „Godthaab“ auf der Rückreise nach Kopenhagen. Das Schiff signalisierte: „Alles wohl!“

Großfeuer in Mannheim. Dienstag früh kurz vor 8 Uhr brach im Stabenbau der Silos der Rhein-Wägenwerke ein Großfeuer aus, durch welches der Dachstuhl und das obere Stockwerk des sechsstöckigen Gebäudes zerstört wurden. Am 10 Uhr war alle Gefahr beseitigt. Es gelang, das Feuer auf die Wägenwerke zu verhindern. Gegen 12 Uhr war der Brand gelöscht, dessen Ursache bis jetzt unbekannt ist. Der Materialschaden ist bedeutend.

Der älteste Veteran aus den „Freiheitskriegen“, August Schmidt, ist im Alter von 104 Jahren in Wolgast gestorben.

Eisenbahnunfall. Gestern früh entgleiste auf der Straße Oberhausen-Ostereid ein Güterzug. Die Lokomotive und 22 Wagen wurden stark beschädigt. Der Materialschaden ist bedeutend; Personen wurden nicht verletzt.

Ein Inzidenz wird berichtet: Seit Sonntagabend herrscht im Gebirge starker Schneefall. Montag früh reichte der Schnee bis auf 1200 Meter herab. Auf dem Brenner liegt er einen halben Meter hoch. Es schneit fort.

In Budapest sind 45 Offiziere des 87. Infanterie-Regiments nach Genus gültiger Hilfe während des Raufes erkrankt. Es ist mit schwerer Mühe gelungen, sie außer Gefahr zu bringen.

In Paris brach Montagabend ein bedeutender Brand in der Rue Darbois in der Nähe der Kirche St. Josef, dem Schauplatz der letzten Straßenschlacht, aus. Eine große Niederlage von Federn und Stoffen wurde eingeschleppt. Vollstän, welche die Straße räumen wollten, wurden vom Pöbel ausgepöbeln, trieben jedoch die Menge auseinander. Die Zahl der bei dem Brande Verletzten beträgt zwölf, darunter drei Feuerwehrleute. Eine Stunde versuchte in die Kirche St. Josef einzubringen, wurde indessen von einer eben vorüberziehenden Truppenabteilung dann verhindert. Der Schaden ist bedeutend. — Aus Toulon und Vaucluse wird ein großer Waldbrand gemeldet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstags und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.

H. B. Mummelburg. Kann unter Umständen als „Verurteilung“ angesehen und verfolgt werden; darum unzulässig.
G. D. Wir wollen in der Angelegenheit recherchieren.

2. 9. 87. Ihre "Rode" soll wahrscheinlich heißen: „Mado in Germany“ — „verfertigt in Deutschland“.

Biesenthal. Hat schon fastgeunden.

Kochemer. Wir empfehlen Ihnen die freie Hilfskasse für Tischler und andere gewerbliche Arbeiter. Ohne ärztliche Untersuchung nehmen freie Hilfskassen keine Mitglieder auf. — **N. 13.** 1. Es gibt in Berlin drei Eisenbahn-Regimenter, außerdem hat Bayern ein Eisenbahn-Battalion.

N. 6. 200. Ja. — E. 45. Nur wenn das Gericht, beziehentlich der Gegner darin einwilligt, sonst nicht. — **N. 100.** Durch bei dem Amtsgericht abzuwickelnden Nachlass. — **N. 100.** 1. Das Testament macht keineswegs die Angabe zu enthalten, wie viel das Vermögen beträgt. 2. Sie dürfen keinen Nichteilhaber (Etern, Kindern, Ehegatten) übergeben. — **M. W., Mantelkuffelstraße, 1. Reim, 2. Ja.**

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist ferner das 51. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Gewerkschaften, Streiks, Streikbrecher und Ruchlosigkeiten. Von G. Begien. — Die oppositionellen Elemente und die Regierungspolitik im modernen Russland. (Aus dem Russischen überetzt.) — Nach zwei Fronten. Eine Antwort an Robt Wang und Sadi Guntur von G. Bernheim. — Charakteristik der Industrie. Von Arthur Stadthagen. — Selbsthänze: Der historische Materialismus. Von V. Doltmann. — Notizen: Die russische Fabrik in Bergangigkeit und Gegenwart. Nachmal der Alkoholindustrie. Von Max Kay. Deutschlands größte Anlage zur künstlichen Ausdehnung von Eisen. Von B. R. Brenne. — Heftigkeit: Herr Theodor Silberstein Schaflik. Von Franz Hille-Fischer.

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist und ferner die Nr. 19 des 9. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf

an die Parteigenossen! — Häusliche Diensthöten in Großbritannien. Von Margaret G. Mac Donald London. — Aus der Bewegung. — Heftigkeit: Der selige Benjamin Franklin. Skizze von Max Iwan. — Notizteil von Lily Braun und Clara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Kinderarbeit. — Diensthötenfrage. — Socialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung.

Marktpreise von Berlin am 11. September 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	15,20	14,60	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	14,80	13,80	Rohfleisch	1,60	1,10
*) Butter-Gerste	13,30	12,80	Hammelfleisch	1,60	1,10
*) Hafer gut	15,20	14,60	Butter	2,60	2,00
*) mittel	14,50	13,90	Eier	60 Stück	4,00
*) gering	13,80	13,20	Kartoffeln 1 kg	2,20	1,20
*) Kiststroh	4,32	4,00	Kohle	2,50	1,20
*) Heu	6,60	4,00	*) Jander	2,60	0,90
*) Erbsen	40,00	25,00	*) Heide	2,20	1,20
*) Erbsenbohnen	50,00	25,00	*) Gerste	1,80	0,80
*) Bohnen	70,00	30,00	*) Weizen	2,50	1,20
Kartoffeln, neue	7,00	5,00	*) Mele	1,40	0,80
Milchfleisch, Rente 1 kg	1,00	1,20	*) Stroh	per Schof	12,00
do. Band	1,20	1,00			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftsanstalt — Notierungsfeste — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 12. September. Den höheren Notierungen der amerikanischen Börsen und der erschienenen amtlichen Bericht der Vereinigten Staaten, welcher die amerikanische Ernte auf nur 70,9 Proz. einer

Durchschnittsernte angiebt, wirkten befestigend. Das Angebot vom Inlande kam reichlich an den Markt, der Umsatz war lebhafter und daher zog Weizen um 1 M., Roggen um 1/2 M. an. Dafer bezüglich wenig verändert; gute Ware fand bezugte Beachtung, Mais konnte sich behaupten. Weizen im Terminmarkt angebotener und matter. Schwächere Kaufkraft befestigte den Spiritusmarkt. Angebotes waren 15 000 Liter 70er Saccharose, die mit 43,40 M. gehandelt wurden. Termine geschäftlich still und unverändert. September notierte 46,50 M.

Kartoffelfabrikate. Berlin 12. September. Prima trockene Kartoffelfabrikate per 100 Kg. 20,25—20,50 M., da. Supra 21,00—20,50 M., da. Sekunda 14—18 M., Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 20,25—20,50 M., da. Supra 21,00—21,50 M., da. Sekunda 14,00—18,75 M. Feinste Kartoffelfabrikate per 100 Kg. 10,90 M. Gd.

Witterungsüberblick vom 12. September 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. p. C. p. H.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. p. C. p. H.
Swinemünde	756 R	6 wolkig	15	Wolkenlos	7	Danzig	768 R	6 wolkig	15	Wolkenlos	7
Hamburg	761 R	2 bedekt	13	Wolkenlos	8	Petersburg	768 R	6 wolkig	15	Wolkenlos	7
Berlin	767 R	3 bedekt	12	Wolkenlos	8	Warschau	768 R	6 wolkig	15	Wolkenlos	7
Wiesbaden	762 R	3 bedekt	13	Wolkenlos	8	Amsterdam	765 R	6 wolkig	15	Wolkenlos	7
München	761 R	6 wolkig	8	Wolkenlos	8	Paris	765 R	6 wolkig	15	Wolkenlos	7
Wien	761 R	4 wolkig	9	Wolkenlos	8						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. September 1899.
Ein wenig kühler, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich häufigen nördlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 13. September.

Cyberhaus. Daniel und Gretel. Bergheimnacht. Anfang 8 Uhr. Schauspielhaus. Land. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Nibelungen. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leistung. Die Fische. Die Lore. Die fittliche Forderung. Liebesdräume. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Haus. (I. Teil.) Anfang 7 Uhr.

Schiller. Iphigenie auf Tauris. Anfang 8 Uhr.

Neues. Kroll. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Der Schlafwagen. Controllen. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Schauspielhaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Playmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.

Waisen. Bunte Kreise. Vorher: Al Heil! Anfang 8 Uhr.

Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Ostend. Am tausend Mark. Anfang 8 Uhr.

Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich. Wilhelmstädtisches. Die Heile nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Berlin lacht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Welle-Milano. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.

Wolke. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Vollge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Invalldenstr. 57/62. Täglich abends von 8—10 Uhr: Sternwarte.

Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.

Die Geisha

oder: Eine japanische Ehegeschichte.

Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen: Der Bettelstudent. Operette in 3 Akten von Willibrod.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstraße 22.

In den wunderbar renovierten Riesen-Pracht-Räumen abends um 8 1/2 Uhr die mit großem Erfolg aufgenommene Berliner Aufführung des Gesangsposse **Spreer-Löffchen!**

Erstausg. Mich. Winkler
Derselbe W. H. Grob
Spreer-Löffchen Helene Voss
Städtischer Beifall!

Helene Voss und Wilhelm Frödel als Tany-Duettschen (Bantow liße re.)
Dazu das phänomenale große **Spezialitäten-Programm.**

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Vollenöffnung 1 Stunde vor Anfang. Billet-Vorverkauf vorm. v. 11—1 Uhr.

Metropol-Theater.

Bühnenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schulz.

Jane Piery,
Alice Bonheur,
Fleury Raynaud-Trlo,
The 6 Dainoffs,

Berlin lacht!

und das sensationelle **Spezialitäten-Programm.**

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
*) Das Haus ist in sämtlichen Räumen geheizt.

Reichshallen.

Stettiner Sänger
(Wesfel, Pietro, Britton, Steidl, Arvon, Kirchmayer, Schneider und Schrader).

Zum Schluß, neu:
Studes Pflingtfahrt.
Ensemble von Wesfel.

Tenor Rückmann
(Wachtel rodovirus).

Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11—1 Uhr.

Die Plätze zu den nummerierten Sigen sind seit 8 Tage vorher zu haben!

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Das Nachtlager in der Jungfernheide.

Posse mit Gesang in 1 Akt von Robert Lindner. Musik von Michaelis.

Berliner Leben.
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerike. Musik von Schmidt. Im Saale: Tanzkränzen.

Alcazar-Theater

Variété I. Ranges
Dresdenerstr. 52-53, Annenstr. 42-43.

Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten

Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée:
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf. (2368*)
Die Direktion:
Richard Winkler.

Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Gem. VII 1711.
Direkt.: V. Baussenweg, C. Emmerich.
Anfang 1/2 Uhr. Zum 5. Mal mit vollständig neuer Ausstattung: **Kobliki!** Die weiße Henne. **Kobliki!** (La poule blanche).
Lauderolle in 3 Akten von Hennequin und Ward. Deutsch v. Volten-Päcker. Musik v. B. Roger. In Paris mit sensationeller Erfolge über 500 mal gegeben.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Der Sieg des Menschen über die Natur.
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Hippels Stettiner Quartett- u. Humoristen-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM

DREYFUS • LABORI
ESTERHAZY • MERCIER
Ohm KRÜGER • Mc' KINLEY
und viele andere Neuheiten.
Vorzügliche Damen-Kapelle.
Lebende Photographien.

Apollo-Theater.

— Stürmischer Erfolg! —
Abends 9 Uhr:

Frau Luna

Fornor:
Otto Reutter,
Yumata Tiero,
Paulette Darty
etc. etc. etc.

Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Victoria-Brauerei

Löhnsstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der **Norddeutschen Sänger**
(Fährmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr.
Entrée 50 Pf. Familienbillet 3 = 1 M.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzen.**

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Der Herzverführer.
Operette in 1 Akt v. Leopold Ely. Brothers Runge. Frères Alexandr. Franziska Heid. Eise Messor. Trude Börgel. Gustav Enlenburg. Paul Frey etc.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Vorzugsfakten an Wochentagen gültig.

Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Gem. VII 1711.
Direkt.: V. Baussenweg, C. Emmerich.
Anfang 1/2 Uhr. Zum 5. Mal mit vollständig neuer Ausstattung: **Kobliki!** Die weiße Henne. **Kobliki!** (La poule blanche).
Lauderolle in 3 Akten von Hennequin und Ward. Deutsch v. Volten-Päcker. Musik v. B. Roger. In Paris mit sensationeller Erfolge über 500 mal gegeben.

CIRKUS BUSCH.

Sonnabend, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse
! Gala-Première!
Unsere Marine.
Grosses Ballett,
getanz von 120 Damen des Corps de Ballet.
Auftreten der neu engagierten Schwestern
Miss Lola Lee und Fräulein Martha Mohrke.

Ziethen aus Busch.

Quadrille in pompöser Ausstattung
auf 12 Schulpferden.

Die neu engagierten Reitkünstler Mr. Charles Clarke, Miss Annie Clarke, Miss Darling.

Direktor Busch mit seinen neuesten Original-Meister-Dressuren.

Der Billet-Verkauf findet im „Invalldenstr.“ und an der Cirkuskasse ab Freitag, den 15. September, von 10 Uhr vormittags ununterbrochen statt. Preise der Plätze:
Logensitz Mk. 5,— I. Platz Mk. 1,50
Sperrsitze „ 3,— II. Platz „ 1,—
Balkon „ 2,— Galerie „ 0,50.

Möbeltischlerei

für 25000*
Wohnungs-Einrichtungen,
sowie einzelne Möbel zu Fabrikpreisen.
G. A. Noack, Tischlermeister, Berlin,
Snisen-Ufer 22, Ecke Dresdenstraße,
am Künsterplatz.
Garantie für dauerhafte und gute Arbeit.
Cataloge franko!

Das beste Waschmittel der Welt
Thomson's Seifenpulver
Das beste und billigste und im Gebrauch

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Schmöllner Original-Stoffwäsche

Grünert & Gerth, Schmölln S.-A.
Fabrik-Lager:
Berlin SO., Neanderstr. 10.
Reinheit in Chemiettes.
D. R. G. M. 102 601.
Unentbehrlich für Stechtragen.
Schmeckt sich dem Halse an und verursacht das beneidete Bündeln ein angenehmes Tragen.
Praktisch! Billig! Dauerhaft!
Von keinen Wäsche nicht zu unterscheiden. — Billiger und dauerhafter als Feinwäsche, weil der Anschlagungspreis nicht das Wohlgeschmack der Feinwäsche übersteigt.
In besseren Papiergeschäften verlangen nur nur Schmöllner Original-Stoffwäsche; denn nur unter dieser Bezeichnung ist die Reinheit zu haben.
Engros-Preise zu erfragen durch den General-Vertreter
p. Dg. 1,00. L. Croseck, Neanderstraße 16. p. Dg. 1,25.

Tuch- und Buckskin-Reste

Spezialität, Angewandte, Paletots und Dolmetsche. Gelegenheitskäufe. Reste zu Anabenanzügen. [25132*]
Engel, Mühlstraße 26. p.

Mittagstisch

(Suppe, Gemüse, Braten, Kompott)
in Bier 50 Pf. Köpenickerstr. 35a.

Charlottenburg.
Zur Feier der Silbernen Hochzeit des Kaisers Wilhelm Deutschen Ehepaars bringen ein denkerndes Hoch Die Genossen im 6. Bezirk.

Danksgang.
Für die rege Teilnahme und Kränzchen bei der Beeridigung meiner lieben Frau und unergieblichen Mutter **Elisabeth Hintz** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Vorstand des Tischlervereins, dem Tischlerverein u. Gesangsverein unser herzlichsten Dank.
25446] C. Hintz nebst Kindern.

Prater-Theater

Rafanien-Allee 7/9.
Täglich: In Freud und Leid.
Vollständiges Gesang und Tanz von Hugo Schulz. Musik von A. Archen. Kompositionen: Franz. Lucio Sarow. Gebr. Milano, Graf. Zwei Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrunn, humoristisches Bilderbuch. Little Parkins und Miss Lizze, Musik. Ezentrick. Vandro-Trio, Exercitien am Hand-Travel.
Konzert und Ball.
Eintritt Sonntags und wochentags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Entrée (Vorverkauf) 30 u. 50 Pf. Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 u. 75 Pf.
Donnerstag und Sonntag nach der Soiree:
Tanz-Kränzen.

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Prachtjäle
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Säge zu allen Festlichkeiten.
R. Ballschmieder.

Von 32 M. an

Anzüge nach Maß, guter reiner Stoff, neueste Muster, haltbare Zuth., zwei Anproben, nur unter Garantie für guten Sitz.
Engel, Mühlstraße 26. p.

Von 30 M. an

Winter-Paletot u. Maß, edelfarb. Sammettragen, warmes, weiches Futter, guter haltb. Stoff in allen Farben. [25142*]
Engel, Mühlstraße 26. p.

„Tip Top“

Cigarre, groß, qualitativ und sehr preiswert sollte jeder rauchen und nicht die teuren Detailpreise zahlen. 100 Stück 5 M. franco geg. Nachn.
Alfred Böcker, Hamburg 11.

Anzüge nach Maß für Herren-Anaben

Großte Auswahl in im und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Hemlleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen (schonend angefertigt in Tuchschmitt bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Die als Reifeinhaber benötigten Damen-Kostümdiecke von 4,50—8 M. Jacken-kostüme von 6—18 M., Goffetas, Staub-u. Regenmäntel von 4,50—15 M. helle am 13. u. 14. Septbr. zum Einzelverkauf.
Moritz Skutsch, Taubenstr. 23, II.

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug, 20 M., haltb. Zuth., zwei Anproben, sandere Robarbeit, nur unter Garantie für guten Sitz.
Winterpaletot 18 M., edelfarbiger Sammettragen, warmes, weiches Futter
Engel, Mühlstr. 26.
Anzugreife, Paletot und Hosenreife, Sportbillige Gelegenheitskäufe.
25122* Engel, Mühlstr. 26. p.

Die Massenausperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 9. September 1899.

Die Ausperrung ist beendet. Heute wird die Arbeit überall wieder aufgenommen. Dieser kolossale gesellschaftliche Krieg hat also vom 24. Mai bis 9. September, oder beinahe 16 Wochen gedauert. Das Vorkampfbild hierzu — die Ausperrung der Tischler — fing schon am 2. Mai an, während der jütländische Tischlerstreik, welcher wiederum ein Vorläufer für diesen war, bereits am 1. April begann.

Vom 2. bis 24. Mai umfaßte die Ausperrung ca. 3500 Mann; vom 24. Mai ab ca. 80 000 Mann, und später wurde sie wiederholt bedeutend ausgedehnt.

Die Absicht der Kapitalisten mit diesem fürchterlichen Kriege war die, die Organisation der Arbeiter, „die centralisierten Gewerkschaftsverbände“, welche ca. 80 000 Mitglieder zählt, zu vernichten, sowie die Bestrebungen der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage auf Jahre hinaus zu lähmen. Gleichzeitig damit wollte man der demokratischen Entwicklung des Landes einen Schlag zufügen! Das Organ der herrschenden konservativen Partei, „Hörbladet“, schrieb am 21. Juni ganz unerschrocken, der Zweck der Ausperrung wäre der, den Arbeitern eine totale, vernichtende Niederlage zu bereiten.

Um einen Vorwand zur Einleitung dieses großen Kampfes zu haben, stellten die organisierten Unternehmer eine Reihe von Forderungen (die berühmten 8 Punkte) auf, von welchen sie wußten, daß diese in der vorliegenden Abfassung für die Arbeiter ganz unannehmbar waren. Dieses bewiesen wir den Unternehmern in einem Schreiben vom 18. Mai, während wir ihnen doch eine Verhandlung anboten. Diese wurde einfach abgeschlagen, und am 19. Mai dekretierte man die große Ausperrung.

Hierauf brachten die Arbeiter die Sache sofort vor das bestehende (privat und freiwillig errichtete) Schiedsgericht, welches nach langwierigen Verhandlungen am 24. Juni das Urteil fällte, daß die Ausperrung den Arbeitern wohl kein Recht auf Schadenersatz gäbe, aber daß sie doch „mit den Voraussetzungen, von welchen auszugehen die Arbeiter bei Abschluß der Verträge mit den Arbeitgeber-Organisationen berechtigt waren, in Widerspruch stünde.“

Also war die Ausperrung ein unzweifelhafter Rechtsbruch!

Auf dieses Urteil nahmen die Unternehmer gar keine Rücksicht, sondern setzten die Ausperrung fort und dehnten sie noch weiter aus.

Das Schiedsgericht erbot sich nun, als Einigungsamt aufzutreten zu wollen. Diese wurde jedoch am 16. Juli gesprengt, indem die Arbeitgeber störrisch an ihren 8 Punkten festhielten. Ihr Vorkämpfer, ein Maschinenfabrikant, nannte diese „die Fahne, unter welcher sie siegen wollten“. Ihre sämtlichen Pressorgane schrieben, daß ein jedes „gegenseitiges Entgegenkommen, ein jeder Kompromiß, eine Niederlage für die Arbeitgeber bedeuten würde.“

Am 19. Juli beschloß der Unternehmerverein eine neue weitere Ausdehnung der Ausperrung. Aber eben, als dieser neue Schlag gegen die Arbeiter ausgeführt werden sollte, schritten gewisse Banken, mit dem Direktor der Privatbank, Heide, als Vertreter ein. Dessen in Verbindung mit zwei Vertretern der demokratischen Partei, den Herren Trier (Vorsitzender der Kopenhagener Stadtverordneten-Versammlung) und Ving (Mitglied der Kommunalvertretung der Kopenhagener Vorstadt Frederiksberg), gelang es nach langen Verhandlungen, den etwas friedlicher gestimmten Teil des Arbeitgebervereins zur Annahme eines Einigungsvorschlages zu bestimmen; in diesem war durchaus Rücksicht auf die Kritik der „8 Punkte“ genommen, welche die Gewerkschaften bereits in ihrem Schreiben vom 18. Mai aufgestellt hatten.

Am 5. August nahm der Arbeitgeberverein nach einem schweren inneren Kampfe diesen Einigungsvorschlag an. Aber an demselben Abend kamen vielen Arbeitern — wahrnehmlich durch Indiskretion von seiten der kriegslustigen Arbeitgeber — Papiere in die Hände, welche bewiesen, daß die Arbeitgeber eine „Berichterstatter-Organisation“ aufgearbeitet und „Schwarze Kammern“ (Voylott-Bureaus) in Aussicht genommen hatten, obgleich beide Teile in Widerspruch mit dem Wortlaut und dem Geiste der Einigungsvorlage standen.

Die zu den „Centralisierten Gewerkschaftsverbänden“ gehörenden Hauptvorstände nahmen den Einigungsvorschlag in der Nacht vom 7. auf den 8. August an, jedoch mit der Bedingung, daß im Widerstreit mit der Einigung keine „Berichterstatter-Organisation“ eingeführt oder keine „Schwarzen Kammern“ errichtet werden dürften.

Am 9. August verlangte der Arbeitgeberverein diese Reservation zurückgenommen. Der Krieg wurde deshalb fortgesetzt und vom 21. bis zum 29. August wurden dann wiederum circa 10 000 Arbeiter, davon eine Masse weibliche Arbeiter, auf die Straße geworfen. Nun warf der Arbeitgeberverein auch seine Rolle ab, indem er den betreffenden männlichen und weiblichen Arbeitern die Wahl gab, entweder sich aus ihren Organisationen auszumelden oder arbeitslos zu werden. Die Arbeiter erwählten das letztere und bewiesen damit, daß sie ihr Organisationsrecht über alles setzten.

Aber auch diese Ausdehnung der Ausperrung war nicht imstande, die Widerstandskraft und das einige Zusammenstehen der Arbeiter zu brechen.

Die ökonomische Folge der Ausperrung für die ganze Gesellschaft trat nun stark hervor, u. a. dadurch, daß es einzelnen Banken schwer wurde, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Leute aus dem Arbeiter- und Mittelstand hoben bedeutende Summen aus den Sparkassen und es drohte mit einer allgemeinen Panik, welche einen ökonomischen Arch herbeiführen konnte. Dieses bewirkte, daß neue Friedensunterhandlungen eingeleitet wurden. Die vorher genannten Einigungshändler arbeiteten einen Anhang zu der angenommenen Einigungsvorlage aus, wodurch man der Reservation sowie mehreren Wünschen der Gewerkschaften entgegenkam.

Dieser Anhang zur Einigung wurde am 4. September von den Hauptorganisationen sowohl der Arbeiter als der Arbeitgeber angenommen, ebenso wie in den darauf folgenden Tagen ein Teil Abstimnungen in den einzelnen Organisationen sich dafür erklärten.

Damit war der Kampf also beendet.

Das Resultat für die Unternehmer ist gleich Null. Nicht ihre „8 Punkte“ haben siegeln, sondern die Kritik der Arbeiter gegen diese hat den Sieg davon getragen. Die Forderung, daß die Gewerkschaften die Alleinherren der Unternehmung bei der Leitung der Arbeit anerkennen und „garantieren“ sollten, ist zurückgeschlagen worden. Der Vergleich behauptet das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung des Arbeitsverhältnisses und anerkennt die Gewerkschaften als die natürlichen Verteidiger der Rechte der Arbeiter.

Die Unternehmer verlangten in ihren „8 Punkten“, daß die Preistarife sämtlicher Branchen gleichzeitig, nämlich am 1. Januar, der für die Arbeiter ungünstigsten Jahreszeit, ablaufen sollten. Dadurch wollten sie alle lokalen und partiellen Lohnbewegungen verhindern und durch die Drohung einer allge-

meinen Ausperrung mitten im Winter eine jede Forderung von seiten der Arbeiter unmöglich machen.

Diese Forderung haben die Unternehmer aufgeben müssen. Sie verlangten weiter, daß die Gewerkschaften den Verkäufern und Vorleuten die Aufnahme als Mitglieder verweigern sollten. Diese Forderung ist ebenfalls aufgegeben worden. Für alle gewöhnlichen Arbeiter ist es als eine natürliche Pflicht festgesetzt worden, in ihren Gewerkschaften zu stehen, indem diese als das einzige Organ anerkannt worden sind, durch welche die Arbeitgeber mit den Arbeitern verhandeln sollten.

Das Recht zum Streiken ist offiziell anerkannt worden und dadurch ist hofentlich dem Zuchtstrafkurs, welcher in unseren Nachbarländern in der letzteren Zeit begonnen hat, in Dänemark ein Riegel vorgeschoben worden.

Es soll ein aus ebenso viel Arbeitern wie Arbeitgebern bestehendes Schiedsgericht, gewählt von den Organisationen und mit einem gemeinschaftlich erwählten Vorsitzenden, errichtet werden. Die dänische Regierung und die leitenden Politiker im Reichstag haben versprochen, diesem Schiedsgerichte gesetzliche Anerkennung zu verschaffen.

Der angenommene Vergleich ordnet ein Hand in Hand gehen an bei der Festsetzung einer Reihe gewerblicher Verhältnisse, namentlich bei der Ausarbeitung von Werkstattordnungen und ähnlichen Bestimmungen.

Die Quintessenz des abgeschlossenen Vergleiches wird in seinem letzten Punkte ausgedrückt, welcher bestimmt, daß alle bestehenden Verträge unverändert aufrechterhalten werden sollen. Und gerade um diese Verträge verändern zu können, war es, daß die Unternehmer den Krieg führten.

Der industrielle Parlamentarismus geht also siegreich aus dem Kampfe hervor, welchen die Unternehmer eröffneten, um den industriellen Absolutismus einzuführen zu können.

Der Unternehmerverein hat ferner alle die „11 neuen Punkte“ aufgeben müssen, welche mitten im Kampfe aufgestellt wurden, und welche u. a. darauf ausgingen, daß die Gewerkschaften ihre ganze demokratische Organisation verändern und daß sie nur als die Handlanger der Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeiter fungieren sollten. Hierbei gehörte ebenfalls die Forderung, daß nur diejenigen Männer, welche das 20. Lebensjahr überschritten haben, das Stimmrecht in ihren Gewerkschaften ausüben dürften.

Der jetzt beendigte Kampf war ein Klassenkampf, von den organisierten Kapitalisten mit den schärfsten Waffen geführt. Sie haben nicht nur ihre eigenen Arbeiter verlos gemacht, sondern sie haben auch durch die Drohung mit dem Vorkauf die Lieferanten und die außerhalb der Bewegung stehenden Meister gezwungen, ihnen zu folgen, ebenso wie sie verurteilt haben, die unabhängige Presse zu mahregeln, ja sie haben sogar den Geistlichen und anderen, welche ihre Sympathie mit den Arbeitern ausdrückten, gedroht. Es ist ferner bekannt, daß sie die dänischen Arbeiter nach dem Auslande hin verfolgten, soweit die Macht der dänischen Kapitalisten und ihrer ausländischen Freunde reichte.

Deshalb hat der Kampf die Wirkung gehabt, daß das Klassenbewußtsein der dänischen Arbeiter erhöht worden ist, und dieses wird in der kommenden Zeit ein großes Wachstum der sozialdemokratischen Bewegung unseres Landes bewirken.

Die ausgesperrten Arbeiter haben während dieses langwierigen und schweren Kampfes eine musterhafte Haltung eingenommen, und geben wir also auch in moralischer Beziehung gekräftigt aus diesem Kampfe hervor.

Daß es uns möglich geworden ist, diesen Kampf mit einem auf allen Punkten guten Resultat zu beendigen, schulden wir unserer guten Organisation und unseren in Arbeit stehenden Genossen, welche eine Opferfreudigkeit ohne Gleichen an den Tag gelegt haben, in Verbindung mit der bedeutenden moralischen und pekuniären Hilfe, welche wir von den Kameraden in den anderen Ländern empfangen haben.

Wir haben finanzielle Hilfe erhalten aus Deutschland, Norwegen, Schweden, Frankreich, England, Holland, Belgien, aus der Schweiz, aus Oestreich, Rumänien, Spanien, Italien, Rußland, Finnland, Grönland, Amerika und Afrika, und wir bringen hierdurch unseren herzlichsten Dank allen unseren Kameraden in diesen Ländern, weil sie unserer Bitte um Hilfe nachkamen und dadurch die Verbindungen, welche zwischen den Arbeitern aller Länder herrscht, konsolidierten, und welche Verbrüderung einmal in der Zukunft die Aufhebung der bestehenden kapitalistischen Klassenherrschaft herbeiführen wird.

Wir bitten unsere Brüder, versichert zu sein, daß wir es als eine liebe Pflicht betrachten werden, in der Zukunft mit allen Kräften ihnen das wieder zu vergelten, was sie für uns getan haben in diesem für unsere Organisation wie für die gesamte Arbeiterbewegung der ganzen Welt so bedeutungsvollen Kampfe.

Hoch die internationale Solidarität der Arbeiter! Hoch die Organisation der Arbeiter! Für die centralisierten Gewerkschaftsverbände in Dänemark!

J. Jensen, Vorsitzender.

P. S. Da es noch geraume Zeit dauern wird, ehe sämtliche Ausgesperrten wieder in Arbeit kommen können, würden wir für eine noch kurze Zeit fortgesetzte Unterstützung sehr dankbar sein. Rechnungsablage wird schleunigst stattfinden.

Der Kongreß in Epernay.

Paris, 8. September.

Der nun erschienene offizielle Bericht gestattet einen Ueberblick über die Leistungen der französischen Arbeiterpartei im abgelaufenen Berichtsjahre und über die Ergebnisse des Kongresses. Von den bekanntlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundenen Debatten hingegen spricht der offizielle Bericht mit keinem Wort.

Am Kongreß beteiligten sich 174 Delegierte, darunter 2 Gewerkschafts-Beisitzer, 1 Bezirksrats-, 27 Gemeinderats-Mitglieder, 11 Bürgermeister oder Bürgermeisters-Adjunkte, 7 Gewerkschafts-Mitglieder, und 8 Abgeordnete. Die Delegierten vertreten 603 Gruppen in 418 Gemeinden, darunter 42 Gewerkschaften und 26 Municipalitäten oder Gemeinderats-Minderheiten. Die Zahl der vertretenen Regional- oder Departements-Verbände beträgt 16.

Den politischen Jahresbericht erstattete im Namen des Nationalrates (Partei-Vorstandes) Genosse Jules Guesde. Zunächst wird darin hervorgehoben, daß der Kongreß um einen Monat früher einberufen wurde infolge des Parteistandes. Der Nationalrat hielt darauf, daß „die ganze Partei sobald als möglich in den Stand gesetzt wird, ihre Taktik zu beschließen, angesichts der ersten und dringenden Probleme, die zur Stunde dem französischen und dem internationalen Sozialismus sich aufdrängen.“

Die Sachaktion hat folgende Ergebnisse geliefert: 100 Gemeinderats-, 3 Bezirksrats-, 14 Generalratsmandate und 1 Abgeordnetensmandat (Jeroson in Ardennes).

Die sonstige Agitationsthätigkeit des Nationalrates, an der 16 Mitglieder desselben (unter 24) beteiligt waren, stellt sich auf 215 Vorträge, Versammlungen, Meetings und Kongresse in 106 Städten. Dazu kommt die Agitationsthätigkeit der anderen rednerischen Kräfte, über die jedoch keine näheren Angaben vorliegen.

Wachstum der Organisation. Die Zahl der Verbände ist auf 16 gestiegen. Während die Verbände des Rhône-Departements und der Alpen sich auflösten, entstanden drei neue Verbände, darunter einer auf der Insel Guadeloupe (Westindien). In Frankreich selbst ist aber die Zahl der Verbände stationär geblieben. Dagegen sind neu entstanden oder neu der Arbeiterpartei beigetreten 101 politische Gruppen, Gruppen sozialistischer Jugend und ländliche Syndikate in 99 verschiedenen Städten, die in 37 Departements gelegen sind.

Die Verbände haben insgesamt 18 Departements- oder Regionalkongresse abgehalten.

Die Parteipresse zählt: das wöchentliche Centralorgan „La Socialiste“, 2 Tagesblätter in Lille und Roubaix, 1 dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt in Calais, 15 Wochenblätter und 1 zweiwöchentliches Blatt. Der Zuwachs im abgelaufenen Jahre besteht aus 1 dreimal wöchentlich, 7 wöchentlich und 1 zweimal monatlich erscheinenden Blättern.

Die gewerkschaftliche Aktion bestand in der organisatorischen Hilfeleistung seitens der Norddepartements-Föderation beim Korzellanerstreik in Saint-Amand, der mit einem Mißerfolg endete, und in der Entsendung von Rednern bei vier anderen Streiks, darunter bei der Massenstreik-Bewegung in Creusot, Ranceau und Umgebung, an welcher sich die Sozialisten aller Richtungen beteiligten.

Zu dem Abschnitt: „Internationale Solidarität“, wird berichtet über die Anwesenheit von Jules Guesde am Stuttgarter Parteitag, die Entsendung der Genossen Lavigne und Delory, die von Tausenden von Parteimitgliedern aus dem Nord-Departement begleitet waren, zur Einweihung des Volkshauses in Präfekt, die Beteiligung der Genossen Delory und Bertrand an der Vorbereitungs-Konferenz zum internationalen Kongreß.

Der parlamentarische Bericht wurde erstattet vom Abg. Krauß. Er beginnt mit der trockenen Konstatierung des Austritts der 13 quersitzlichen Abgeordneten aus der sozialistischen Mannesfraktion infolge des Eintritts Willerands ins Ministerium und mit der Wiederhergabe des bezüglichen Beschlusses des Nationalrates. Dann folgt die Aufzählung der zahlreichen Gesetzentwürfe oder Zusatzanträge und der sonstigen rednerischen Einmischungen der Parteimitglieder.

Der Finanzbericht des Nationalrates, erstattet vom Genossen Fortin, balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 34 714 Francs 20 Centimes. Und zwar erweist er sich aus auf das Centralorgan und die Buchhandlung. Die eigentlichen Einnahmen des Nationalrates betragen 8522 Francs 15 Centimes und setzen sich zusammen aus folgenden Posten: Verkauf von 17 067 Mitgliedskarten zu 25 Cent., Verkauf von 91 439 Stempeln zu 3 Cent., Verkauf von 4970 Partei-Abzeichen zu 25 Cent. und Verkauf von 3343 Parteistatuten zu 10 Cent. Die Ausgaben für die Erwerbung dieses Gegenstände beziffern sich auf 1220 Fr. 65 Cts. Bleibt eine Netto-Einnahme von 7301 Fr. 50 Cts.

Der Umsatz der Buchhandlung: Selbstkosten 3259 Fr. 5 Cts., Erlös 2559 Fr. 90 Cts., Wert des zurückgelassenen Inventars 707 Fr. 40 Cts. Macht einen Gewinn von bloß 8 Fr. 25 Cts. Der Bericht erklärt die Mangelhaftigkeit des Gewinns erstens dadurch, daß ein Teil des Gehalts des Leiters der Buchhandlung im Betrage von 50 Fr. monatlich auf das Buchhandlungskonto gesetzt wurde und zweitens durch den Verkauf zahlreicher Schriften fast zum Selbstkostenpreis. Im ganzen wurden 19 818 Exemplare verkauft, darunter 2264 Broschüren und Bücher von Guesde, 2335 Parteiprogramme mit dem Kommentar von Guesde und Lafargue, 1938 Aquarelprogramme mit dem Kommentar von Lafargue und 10 191 Wiederholungen. Für weitere Kassendetails fehlt der Raum. Nur noch die Angabe, daß der Bericht mit einem Guthabenssaldo von 5860 Fr. 15 Cts. abschließt, der sich wie folgt zusammensetzt: 8960 Fr. 35 Cts. Schuldforderungen (wovon 988 Fr. 55 Cts. Sünden in Bezug zu Schulden sind), 261 Fr. 95 Cts. in Bar, Bücher- und Broschürenbestand 707 Fr. 40 Cts. Im Vergleich mit dem Vorjahr hat sich das Vermögen des Nationalrats um 2421 Fr. 95 Cts. vermehrt.

Nun zu den Kongreßbeschlüssen. Die Frage des Spaltungsmanifests wurde durch folgende Resolution erledigt: Der 17. Nationalkongreß der französischen Arbeiterpartei nimmt zur Kenntnis die Erklärung des Nationalrates, daß er durch sein Manifest niemand zu treffen oder mit dem Bannfluch zu belegen (excommunicieren) gedachte, sowie andererseits die allzu zahlreichen Abweichungen (gleichbedeutend mit Kompromissen), die von der großen Mehrheit der in die Debatte eingetretenen Delegierten gezeichnet wurden, und erkennt an:

1. Daß der Nationalrat von dem ihm auf Grund des Art. 5 des Parteistatuts zustehenden Recht Gebrauch gemacht hat, indem er das Manifest in den damals gegebenen Bedingungen veröffentlichte. 2. Daß er, gemäß den Beschlüssen aller unserer früheren Kongresse, eine Pflicht erfüllt hat, indem er das proletarische und sozialistische Frankreich auf seinen wahren Boden, den des Klassenkampfes, zurückführte.

Zur Frage Willerands: „Der Kongreß erinnert, daß die französische Arbeiterpartei unter der Erobrerung der politischen Macht stets die politische Enteignung der Kapitalistenklasse verstanden hat, mag diese friedlich oder gewaltsam stattfinden; daß sie folglich nur die Befreiung von Wahlpositionen zuläßt, deren sich die Partei mit ihren eigenen Kräften, d. h. mit den Kräften der in einer Klassenpartei organisierten Arbeiter bemächtigen kann.“

Für die Zukunft überläßt der Kongreß dem Nationalrat die Aufgabe, bei sich darbietender Gelegenheit und den Umständen gemäß zu prüfen, ob auch andere Positionen freigezogen werden können, ohne den Boden des Klassenkampfes zu verlassen.“

Beide Resolutionen wurden einstimmig votiert. Ganz begrifflich, da sie ja aller Welt recht geben. Der „Vorwärts“ hat bereits seiner Zeit treffend bemerkt, daß die Resolution über die Frage Willerand ein Kompromiß ist. Das trifft aber auch auf die erste Resolution zu, die die Kammschiff der Spaltungsmanifeste gegen diejenigen, die von neuem versuchen sollten, die Arbeiter von ihren Klasseninteressen und Klassenpflichten abzulenken“, gegen diejenigen, denen die Arbeiter bedeuten sollten, daß die Zeit der Gerechtigkeit vorüber ist — nachträglich in Wohlgefallen auflöst. ... Nunmehr heißt es, daß der Nationalrat niemand zu treffen oder mit dem Bannfluch zu belegen gedacht“ hätte. Ferner ist zu bemerken, daß die Journalesche Taktik in der Dreifragefrage mit seinem Worte bekräftigt wird, während sie im Manifest als die eigentliche Ursache des Bannfluches erscheint.

Man darf also mit Sicherheit annehmen, trotzdem die bezüglichen Debatten unbekannt geblieben sind, daß sich auf dem Kongreß zwei annähernd gleich starke Strömungen gegenüberstanden. Jedenfalls ist es erfreulich, daß die Resolutionen den Weg für eine Verständigung auf dem kommenden allgemeinen Parteitag ebnen zu haben scheinen.

Dasselbe gilt freilich nur bis zu einem gewissen Grade von der Resolution betreffs des Einigungs-Parteitages: „Von dem Wunsche geleitet, die sozialistische Einigung unter Sozialisten möglichst vollständig zu verwirklichen, erklärt der Kongreß, sich dem Vorschlag des Nationalrates auf Einberufung eines allgemeinen Kongresses des französischen Sozialismus anzuschließen. Zu diesem Zwecke erteilt er der ständigen Kommission des Nationalrates die Vollmacht, mit den anderen Organisationen alle Fragen bezüglich der Einberufung, der Tagesordnung und des Datums jenes Kongresses zu regeln, unter der Voraussetzung, daß die Organisationen im Verhältnis zu ihrer Kraft vertreten sein werden.“

Ungeduldig beschließt der Kongreß: 1. Die französische Arbeiter-

partei ist von nun an geneigt, in die Schaffung eines zentralen Organismus (der Gesamtpartei) einzustimmen, sobald sie darin im Verhältnis zu ihren Kräften vertreten sein wird. 2. Die Delegierten der Partei auf dem allgemeinen Kongress sollen sich nach Schluss der Diskussion — während einer Unterbrechung von einem halben Tage — zu einem Sonderkongress konstituieren, um so ein gemeinsames und einziges Gutachten bei der Entscheidung zu sichern. 3. Die ständige Kommission des Nationalrates wird die Zulassungsbedingungen zum allgemeinen Kongress zu bestimmen und sich mit den anderen Organismen darüber zu verständigen haben, daß im Falle der sozialistischen Union der Einigung die sich zum Sozialismus bekennenden Zeitungen der direkten Kontrolle der zentralen Vertretung der Partei unterstellt werden.

Eine weitere Resolution stellt die Beibehaltung der guesdistischen Sonderfraktion der Kammer in Abhängigkeit von den Ergebnissen des Einigungs-Parteitag. Bis dahin hat die Fraktion ihre Tätigkeit in der Kammer und im Lande in Übereinstimmung mit dem Nationalrat zu bestimmen. Das ist ein bedeutender Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand, wo die Abgeordneten tatsächlich unabhängig von jeder Kontrolle waren. Ingleichen verpflichtete der Kongress die Abgeordneten, je zehn Vorträge jährlich in den vom Nationalrat bezeichneten Orten abzuhalten.

Auch der Nationalrat selbst ist zweimächtig organisiert worden. Er besteht fortan aus einer elfgliedrigen ständigen Kommission, die

auf dem Jahreskongress gewählt wird und aus je einem Delegierten pro Departement- oder Regionalverband, der von dem betreffenden Verband gewählt wird. Der gesamte Nationalrat wird mit 27 Mitglieder zählen (bisher 24, die sämtlich auf dem Kongress gewählt wurden). Der neue Modus hat zum Zweck, eine engere Fühlung mit den Verbänden herzustellen. Der engere Rat, die ständige Kommission hat die Verordnungsdelegierten jedesmal einzuberufen, wenn die Ereignisse eine öffentliche und einheitliche Aktion der Partei erfordern. In die ständige Kommission wurden gewählt die Genossen: Chauvin, Dereure, Farjat, Fortin, Guesde, Lafargue, Pédron, Prévost, Roland, Roussel und Abg. Jévasse, der einzige Abgeordnete innerhalb der Kommission, während im bisherigen Nationalrat 11 Abgeordnete (von den 13) saßen. Die Wahl erfolgte diesmal in geheimer Abstimmung anstatt der früheren Aklamationswahl der gesamten Liste.

Ganz verfehlt ist hingegen der Beschluß, daß die ständige Kommission im Falle eines wichtigen Ereignisses, das die Einberufung des weiteren Nationalrates erfordert, der Parteipresse aufzugeben hat, sich über jenes Ereignis auszuschließen („zu enthalten“), bis zur Beschlußfassung des Nationalrates; daß ferner die Parteiblätter die strikte Verpflichtung haben, nachdem sie sich enthalten, sich nach der gefällten Entscheidung (des Nationalrates) zu richten. Das bedeutet ja wohl die vollständige Unterbrechung der freien Diskussion. . .

In Bezug auf die Gemeindevahlen von 1900 wurde beschlossen, die Parteigenossen anzuhalten, daß sie überall, wo das nicht absolut unmöglich ist, im ersten Wahlgang mit eigener Kraft und entfalteterm Programm (programmado deployé) zu kämpfen haben. Diese Resolution zeigt am deutlichsten, von der ständigen Praxis der Arbeiterpartei schon ganz abgesehen, daß die „Besetzung von Wahlpositionen“ ausschließlich aus eigener Kraft, wovon in der Millerand-Resolution die Rede ist, ein theoretisches Postulat bleibt, übrigens vernünftigerweise bleiben muß.

Der Internationale Kongress von 1900 wird der Nationalrat einen Bericht über die dort zu beratenden Fragen an alle Parteigruppen rechtzeitig versenden, damit sie Zeit haben, ihn zu diskutieren. Die Beschlüsse werden dann auf dem nächsten Kongress der Arbeiterpartei gefaßt werden, der in Paris vier Tage vor der Eröffnung des Internationalen Kongresses zusammentreten wird.

Ferner wurde dem Nationalrat ein Entwurf der Reform der Gewerbe- und Industrieurteile zur endgültigen Redaktion überwiesen und die Kammerfraktion der Partei beauftragt, den Entwurf gleich nach Wiedereröffnung der Session einzubringen.

Am Schluß protestierte der Kongress gegen jede Verletzung der politischen Rechte und Gemeindefreiheiten des Proletariats der Insel Guadeloupe (wovon die dortigen bestehenden Klassen und Regere feinde denken) und forderte die Regierung auf, die sozialpolitische Gesetzgebung des Mutterlandes auf jene Insel zu erstrecken.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle, Berlin.
Sente Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstraße 20:

Konferenz der Vertrauensleute der Gürtler und Drücker.

Klempner!

Sente Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Cohn,
Reuthstraße 20/21:

Konferenz der Vertrauensleute.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.
In nachfolgenden Werkstätten befinden sich die Kollegen im Ausstand:
Gerecke, Brinzingstr. 33; Bauer, Mohrenstraße; Sille, Charlottenstraße;
Bogt & Herpmann.
Bevollmächtigt haben die Firmen: Grund; Conrad & Gräßler; Scheidler;
M. Schulz, Alexanderstr. 31; Schulz, Blumenstr. 74; Danneberg &
Cuand; Borch & Flohwin; Bode, mit insgesamt 90 Klempnern.
113/19 Die Ortsverwaltung.

Lederarbeiter Berlins!

Donnerstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Cranz (Victoria-Garten), Sadstraße 12:

Gr. öffentliche Versammlung aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter

als: Weisgerber, Sohngerber, Lederfärber, Zurichter und Vernäher.
Tages-Ordnung:
1. Die Rennwahl des internationalen Sekretariats. 2. Die Resolution
betreffend die Reorganisation der Berliner Gewerkschafts-Kommission. 3. Be-
richt über den Streit in Bitter. 4. Gewerkschaftliches und Bescheidenes.
103/5 Der Vertrauensmann.

Möbel und Polsterwaren. Große Möbel.

Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 24578*
Franz Tutzauer, Brunnstraße 152.

Trinkt vom Fass!

Goldklares Weissbier

aus der Weissbier-Brauerei „Friedrichstadt“ 24800*

Julius Borsdorf, Neue Königstraße 31/32.

Es ist das beste Weissbier und wird stets ohne Wasserzusatz verkauft!

Posamentierer und Tapezierer!

Donnerstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:

Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Streiks. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die
Tapezierer zur Lohnbewegung der Posamentierer?
Das Erscheinen aller Tapezierer ist unbedingt notwendig. Die
Versammlung wird pünktlich eröffnet. 153/6

Tapezierer!

Donnerstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Cohn, Reuthstraße 20/22:

Öffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:
Unsere Lohnbewegung. — Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu er-
scheinen. Der Vertrauensmann: L. Schmidt. 154/7

Vertrauensmänner-Centralisation der Zimmerer.

Am Donnerstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Lange, Dragonerstr. 15:

Versammlung der Platz-Deputierten.

Das Erscheinen sämtlicher Vertreter ist notwendig; auf
denjenigen Plätzen, wo solche nicht vorhanden, ist sofort eine
Wahl vorzunehmen. 256/15
Die Neuer-Kommission.

En gros. Roh-Tabak. En detail.

Große Auswahl zu billigen Preisen. (Sehr preiswerte vor-
züglich braunende Sumatras.) 2511L*
Rud. Vöcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Freireligiöse Gemeinde.

(Zum Besten des Sanfonds.)
Sonntag, den 30. September d. J., abends, in Kellers
großem Saal, Koppenstraße 20:

Direktor F. S. Archenhold

(Tropen-Sternwarte):
„Der Welten Entstehen und Vergehen“.

Großer astronomischer Projektions-Vortrag
mit zahlreichem
Licht- und Drehbildern.

— Vor dem Vortrag, während der Pausen und nach dem Vortrag: —
Instrumental- u. Vokal-Konzert

unter Mitwirkung des gemischten Chors der freireligiösen Gemeinde.
Nachher: TANZ.

Anfang des Konzerts 8 Uhr, des Projektions-Vortrages 9 Uhr.
Eintrittskarten a 25 Pf. sind in den bekannten mit Plakaten ver-
sehenen Billeterverkaufsstellen der freireligiösen Gemeinde, sowie bei folgenden
Mitgliedern der Sanfkommission zu haben: K. Hoffmann, Blumenstr. 14;
B. Pösch, Am Oberbaum 2; G. Paegle, Hildesdorferstr. 48. [62/4

Möbel auf Kredit *

und ganze
Wohnungs-Einrichtungen

bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus
verteilten Ratenzahlungen.

Coulanteste u. beste Bedienung.
Bei Zahlungsschwierigkeiten größte Rücksicht.

Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.
Central-Möbel-Halle, Kommandantenstr. 51,
Ecke Alexandrinenstr.

Hans Kayser

Gürtler Fabrik, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.

Dr. med. Schaper, hombop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Hornleiden Frauen-Krankheiten.

Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend,
Ab. 7-8: Friedrichstraße 14, L.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Schankgeschäft, schöne angrenzende
Wohnung, billig verkauft, Weiden-
weg 78, Ecke Dönhofsstr. 106*

Panzer, Tischensche, Kuchel-
Bettstelle, großer Schreibtisch, Säulen-
spiegel, Anstamersstraße 20. Baden.
111/1

Wandspindeln, 2 verkauft Tischer,
Oranienstraße 74. 25009

Möbelfabrik, Oranienstraße 173,
nebe Deutschespl. Billigster Verkauf
von Wohnzimm.-Einrichtungen, auch
einzelne: Schlaffsofa 33,00, Kleider-
schrank, Vertikal 37,00, Bildergarnitur
15,00, Büchertisch 15,00, Bettstellen,
Matratzen 30,00, Truhen, Büchertisch,
Dresner, Damenschreibstisch, Wandsch-
rank, Wandspindel 18,00, Spiegel,
Spiegelständer 20,00, Küchenmöbel,
auch Teilzahlung. *

Möbelfabrik, ganze Wirtschaft,
wegen Wegzug spottbillig Waldemar-
straße 68, I. Unte. 99K*

Möbel, bar und Teilzahlung,
billig, Franzfurter Allee 110, I. Ecke
Königsbergerstraße. 1572*

Betten, Strohbetten, Gardinen,
Tischdecken, Teppiche, Porzellan, An-
züge, Hüte, Regenschirme, Remontier-
werkzeuge spottbillig Pfandleiche Reander-
straße 6. 111/1*

Küchenschrank, billig, 26399

Kranzwerk mit Stand wegen Aus-
wanderung billig Dudenstraße 6
im Lokal.

Küchenschrank, Kleiderständer,
Perfekt, Bettstellen, Musikschrank,
Kaufmannssofa, neue Küchen-
schrank spottbillig Gartenstraße 32 a,
I. Unte. 1175*

Wohnungsverkauf spottbillig, Ste-
instraße 120 parterre.

Wohnungsverkauf, spottbillig,
Steinstraße 120 parterre. 1178*

Ruhbaum-Wirtschaft, Bettstellen,
Betten, Spinden, Sofa spottbillig
Michaelstraße 1, Preisvergebot.

Sofa, spottbillig, Silber, Frieden-
straße 104. 24135

Pianino, Kommode, Waschküchle,
Spiegel spottbillig, Wallstraße 64,
Badel. 25355

Fahrrad, deutsch, fast neu, teile-
los, 50 Mark, Wippenstraße 5, III,
geradezu. 707*

Fahrräder, zwei, Herr und Dame,
wenig gebraucht, wegen Todesfall
billig zu verkaufen. O. Joch, Vanger-
straße 73. 165

Nähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Bestellung Postkarte,
Wander, Vangerstraße 15. 140*

Schankgeschäft, großes Vereins-
zimmer, Kette Baugewand, aufgabe-
halber verkauft Waldenstraße 24.
111/1

Gardinenband Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 166*

Vermischte Anzeigen.

Elektra, Pringensstraße 55. Neues
Praktikum für Elektrotechnik. Auf-
nahme jederszeit.

Elektrotechnik. Am 13. September
neuer Abendkurs; keine Vorkennt-
nisse; anerkannt beste Lehrmethode,
glänzende Resultate. Prüfung, Ab-
gangzeugnis, Stenographisch. An-
meldung täglich, auch Sonntagvor-
mittags. Jasion, Alte Jakobstraße 24.
111/1

Verenigung. 100 bis 200, mit
Theaterbüchse zu vergeben. Veran,
Schwedterstraße 23/24. 143*

Leitungskarten und Kontingenz-
Stempel liefert seit 20 Jahren für
laufende Karten und Vereine Jean
Dolze, Pandur, Große Dredbahn 45.
Zukunftige Preislisten gratis. 134/1

Jahresärztliche Institut, Juba-
lidenstraße 107, Parterre, 10-12, 3-8.
Stündpreis. 143*

Unfallkassen, Lagen, Eingaben,
Bayer, Sieglitzerstraße 65. 129K*

Mechanische Schmiederei Th.
Klement, Reinholdstraße 56.
Stränge werden auf der Maschine
sauer und billig neu und angefertigt.
Gleichzeitig empfangen auch großes
Lager Wolle und Baumwolle.
Spezialität: Schwelwolle. 1122

Elektra, Pringensstraße 55. Neuer
Abendkurs, beginnend Donnerstag,
21. September. Vorlesung praktische
und theoretische Ausbildung für
Elektromonteur, Installateur, alle
Metallgewerbe, Kleinfabrik. Keine Vor-
kenntnisse. Diplomzeugnis. Stellung-
nahme. Körperlich geprüft. Anmelde-
ung täglich, auch Sonntagvormittag.
111/1

Verloren wurde am 10. Juli ein
Postenmonnaie mit 12 Mark Unter
den Linden, von dem freien Platz
Seitenstraße Nr. 16 bis zum Bahnhof
Friedrichstraße. Der erliche Finder
wird gebeten, das Postenmonnaie gegen
Belohnung Pappe-Allee 2, vom I.
bei Janßen abzugeben. 25346

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle sofort zu
vermieten Wriezenerstraße 71, vom
IV. Frau Adolph. 25405

Schlafstelle für 1 oder 2 Herren
vermietet Straße, Raunstraße 86,
Röhe Oranienplatz. 25336

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann, 25 Jahr, Sattler,
sucht Stellung irgend welcher Art, da
wegen Argenleiden Beruf aufgeben
muss. Korrespondenz bitte abzugeben. Reute,
Boedstraße 11. 140

Stellenangebote.

Zwei Gesellen auf Büffels, Ber-
toldows Kammeldamm, Rantstraße 11.
Tapeziererlehrling sucht Tischer,
Oranienstraße 74. 25055

Sofa ausdauer alter unentgelt-
liche Ausbildung als Modelleur (Ver-
gütung nach 1. Jahr). Vater &
Pohl, Brandenburgerstr. 13. 25210

Arbeiter und Arbeiterinnen ver-
langen Gehr. Siemens u. Co., Choro-
lottenburg, Soljuzer 2. 25046

Barockvergoldeter und farbiger
macher verlangt Tischler, Stahl-
schreiberstraße 18. 25065

Tüchtiger Bergobergehilfe, Hoch-
arbeiter, sofort verlangt dauernd.
Arbeiter, junger, kräftiger, zugleich
für Mänge, sofort verlangt Stahl-
goldarbeiterstraße 20. 25408

Feder, Tüchtigen Feder auf Gold-
schreiber sucht Wermeister, Brunn-
straße 194. 25425

Farbigmacher verlangt Stahl-
schreiberstraße 68. 25455

Tüchtige Glanzhauer und Schleifer
sucht Otto V. Schneider, Wartenburg-
straße 11. 6-7. 25208

Tüchtige Kaufleute, Kaufmänner
suchen dauernde und lohnende Be-
schäftigung. G. Schröder, Schmidt-
straße 6. 25323

Arbeitsbürsche, 14-15 Jahre,
verlangt Hofmann, Ritterstraße 78.
25408

Farbigmacher verlangt Kasse,
Waldenstraße 51. 25455

Bergolde, Beschleifer, Farbig-
macher verlangt Berggarten, Weiden-
König-Platz 32a. 127

Schürzen-Arbeiterinnen verlangt
Kronenfeld, Peterburgerstraße 45. 1455

Wohnenden-Arbeiterinnen in
und außer dem Hause, auch zum
Verlernen, verlangt Schiffer, Wälders-
dorferstraße 26, vom I. 145

Arbeitsmädchen auf Woll für
leichte Buchbinderarbeit suchen Freund
& Co., Alexandrinenstraße 105/106.
121/7

Gebildete Arbeiterinnen auf garnierte
Korsetts und Wollentwurf-Arbeit —
sehr lohnende und dauernde Beschäf-
tigung — suchen sofort Freund & Co.,
Alexandrinenstraße 105/106. 25386

Belegerrinnen, Gebildete Beleg-
errinnen auf Goldleihen sucht Werk-
meister, Brunnstraße 194. 25415

Lehrmädchen und Mädchen für
leichte Arbeit sucht Blumenfabrik
Alexandrinenstraße 68/69. (111/1)

Malerinnen auf Stechzügen und
gehobene Unterzügen in und
außerem Hause sucht R. Treppe,
Schönehauser Allee 107a, Fabrikgebäude
vier Treppen. 25206*

Malerinnen, gebildete, verlangt die
Werkstätten-Gesellschaft, Kienitzstr.,
Raupe u. Co., Holzmarktstraße 67.
111/1

100 Mann auf Heidefeld ver-
langt, Seite zum Steppen gratis.
Jodet 1 Karl, Schulstraße 2.

Malerin auf Gips und wasser-
lösliche Farben verlangt, Diefenbach-
straße 35, vom III. 25200

Zum Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Tischler!

In der Möbelfabrik von Siegel,
Fischerstraße 14, haben sämtliche
Tischler wegen Differenzen die Arbeit
niedergelegt.
108/12*

Achtung, Holzarbeiter!

In der
Möbelfabrik v. Rob. Seelisch,
Blauerstraße 95/96,
haben 31 Tischler, Drechsler, Bild-
hauer, Möbelpolierer und Ma-
schinenarbeiter wegen Differenzen
die Arbeit niedergelegt.
Zugang fernhalten.
121/7 Die Ortsverwaltung.

Ausnahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten:
Robert Wengels, Fruchstr. 30, D.
2. Vogel Wwe., Koppenstr. 33.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.

Nordosten:
J. Reul, Bernstr. 42.

Norden:
W. Gahmann, Schinkelstr. 65.
Karl Mars, Rastanien-Allee 95/96.
Emil Stolzenberg, Wölschstr. 14.
V. Teich, Kasperplatz 24.
H. Vogel, Dammstr. 32.
A. Tich, Juvalldenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Huber, Salzweberstr. 8.

Südwesten:
F. Chuejorge, Bergmannstr. 23, S. II.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
Gans Wank, Dresdenerstr. 62/63.
F. Gutschmidt, Köthener Damm 8.

Südosten:
W. Thiel, Stallerstr. 55.
W. Reiche, Wrangestr. 58.
Marin Weich, Adalbertstr. 24.

Centrum:
V. Gorch, Späthstr. 27.
A. Tich, Breiterstr. 23.

Charlottenburg:
Gust. Schanzberg, Schillerstr. 94 I.

Friedenau:
G. Berner, Kirchstr. 15.

Friedrichshagen:
Anton Kopp, Friedrichs-Ringstr. 4.

Pankow:
Kummert, Keller Friedrichstr. 15.

Rixdorf:
G. Thiermann, Gasse 6.
G. Heerann, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
W. W. Müller, Apothekenstr. 13.

Weißensee:
Georg Bachmann, Ledebstr. 1.
Julius Schiller, Königshäuser Str.
Rob. Reichswager, Gustav-Adolf-
straße 16.